

(Frau Vizepräsident Friebe)

(A) Ich rufe den Punkt 2 der Tagesordnung auf:

Nachwahl von Mitgliedern für den Rundfunkrat des "Westdeutschen Rundfunks Köln"

Wahlvorschlag der Fraktion der SPD  
Drucksache 10/433 (2. Neudruck)

Wird hierzu das Wort gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zur Abstimmung.

Wer dem Wahlvorschlag Drucksache 10/433 (2. Neudruck) seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Ist jemand dagegen? - Die F.D.P.-Fraktion! Enthält sich jemand der Stimme? - Keine Stimmenthaltungen. Dann ist dieser Wahlvorschlag angenommen.

Ich rufe Punkt 3 der Tagesordnung auf:

Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1986  
(Haushaltsgesetz 1986)

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 10/450  
erste Lesung - Beratung

in Verbindung damit:

Mittelfristige Finanzplanung des Landes Nordrhein-Westfalen für die Jahre 1985 bis 1989

(B)

Unterrichtung durch die Landesregierung  
- zur Beratung -  
Drucksache 10/451

und

Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 1986  
(Gemeindefinanzierungsgesetz - GFG 1986)

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 10/452  
erste Lesung - Beratung

Meine Damen und Herren, die Landesregierung hat die Haushaltsentwürfe am 4. Dezember 1985 eingebracht. Heute schließt sich die Beratung an. Inzwischen hat die Landesregierung mit Drucksache 10/500 eine Ergänzung des Haushaltsgesetzes vorgelegt, die ich mit in die Beratungen einbeziehe.

Ich eröffne die Beratung der beiden Gesetzentwürfe und der mittelfristigen Finanzplanung. Für die Fraktion der CDU erteile ich Herrn Abg. Schauerte das Wort.

(C) Schauerte (CDU): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Daß diese Aktuelle Stunde letztlich das schlechte Gewissen der SPD vor den schlechten Zahlen ein wenig kaschieren sollte, wird besonders daran deutlich, daß sie sonst ja schon eine Woche früher, als sie noch viel aktueller war, bei der Einbringung des Landeshaushalts durch den Finanzminister hätte beantragt werden können.

(Beifall bei der CDU)

Gestatten Sie mir eine Vorbemerkung. Ich habe gestern in einer Pressekonferenz bemängelt, daß wir eine regionale Steuerschätzung nicht bekommen haben, aus der sich ergibt, daß dem Land 653 Millionen DM zusätzliche Einnahmen in 1986 aufgrund der günstigen Bonner Steuer- und Wirtschaftspolitik ins Haus stehen. Statt 1,4 Milliarden kann also nach dieser regionalen Steuerschätzung das Land mit 2,053 Milliarden DM Mehreinnahmen trotz aller Steuersenkungen rechnen.

Ich finde es unverantwortlich, daß der Finanzminister dieses Landes einen so wichtigen Tatbestand, immerhin 653 Millionen DM, der Opposition, dem Parlament und dem Haushaltsausschuß nicht mitteilt, obwohl er mit Sicherheit seit Mitte November von diesem Tatbestand Kenntnis hat. Herr Stoltenberg in Bonn hat bereits am 12. November, also unmittelbar nach der Steuerschätzung, seinen Ausschuß in Bonn über dieses wichtige Faktum, das ja auch für den Bund eine bedeutende Rolle spielt, unterrichtet.

(Minister Dr. Posser: Das ist ein Unterschied!)

(D) - Nein, nein! Nur, der Finanzminister unseres Landes, der ja genauso im Finanzplanungsrat beteiligt ist wie der Finanzminister des Bundes, hat mehr auf Herrschaftswissen gesetzt, er hat sich gesagt: "Das halte ich mal schön zurück, das paßt nicht in meine Kampagne, ich möchte ja nachweisen, daß Bonn dem Land so große Schwierigkeiten macht. Also kann ich nicht zugeben, daß da echte Mehreinnahmen fließen."

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Herr Posser, ich meine, der Finanzminister Stoltenberg ist ein feiner Mann, der hat das richtige Demokratieverständnis, der unterrichtet sein Parlament.

(Beifall bei der CDU)

(Schauerte (CDU))

- (A) Sie haben dann durch Ihre Pressesprecherin - so vornehm sind Sie ja: Sie lassen immer durch Ihre Pressesprecherin reagieren; das tun nie Sie selbst - erklärt, Sie hätten vorsichtig sein wollen. Das ist nun die Unlogik par excellence. Die Steuerschätzung aus dem Juni 1985 belief sich auf 1,4 Milliarden DM Mehreinnahmen. Die war noch sehr ungenau für 1986, weil die ja noch viel weiter weg war. Die haben Sie komplett eingebracht. Die aktualisierte, die präzisere Steuerschätzung vom November unterschlagen Sie. Diese bringen Sie nicht rechtzeitig in die Beratungen ein.

(Widerspruch des Ministers Dr. Posser)

Ich halte das für eine grobe Mißachtung des Parlaments, einen miserablen Stil

(Zustimmung bei der CDU)

und kann nur sagen: Wer so in die Haushaltsberatungen einsteigt, zerstört ein Klima, in dem wirklich vertrauensvoll, gemeinsam und im Interesse unseres Landes Nordrhein-Westfalen der Haushalt beraten werden kann.

(Zustimmung bei der CDU)

Ich komme nun zum Haushalt selbst. - Das Land Nordrhein-Westfalen hat nach dem Bund den umfangreichsten Haushalt in der Bundesrepublik Deutschland zu verabschieden. Die Haushalte von Bayern und Baden-Württemberg betragen ca. 60 % des Haushaltsvolumens des Landes Nordrhein-Westfalen. Das bedeutet also, daß dieser Haushalt nicht nur für das Land Nordrhein-Westfalen eine besondere Bedeutung hat, sondern auch für die Bundesrepublik. Er bekommt eine zusätzliche Bedeutung dadurch, daß nun der Ministerpräsident auch als halbfertiger Bundeskanzlerkandidat zur Verfügung steht - halbfertig, weil er sich noch nicht endgültig erklärt hat; er will das ja erst noch an historischem Ort tun, wie ich hörte.

(B)

(Hunger (SPD): Darüber machen Sie sich mal keine Sorgen!)

Deswegen ist dieser Landeshaushalt nicht nur das Schicksalsbuch des Landes Nordrhein-Westfalen, wie man so schön formuliert, sondern er wird auch das Schicksalsbuch dieses Ministerpräsidenten Rau. An ihm wird er in Bonn und im Bund gemessen.

(Zustimmung bei der CDU - Jentsch (SPD): Stoltenberg auch!)

Herr Posser hat nun bei der Einbringung des Haushalts durch sein Finanzministerium

Schwerpunkte formulieren lassen. Ich darf mit Genehmigung präsentieren, Entschuldigung: zitieren. (C)

(Heiterkeit und Zurufe von der SPD)

- Ja gut, er informiert, ich präsentiere; der Unterschied ist nicht sehr groß.

Er hat erklärt:

Bei der Förderung von Ausbildungsplätzen, der Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit und in den in der Regierungserklärung genannten Schwerpunkten der ökonomischen und ökologischen Erneuerung Nordrhein-Westfalens werden klare Prioritäten gesetzt.

Wer so deutlich präsentiert oder informiert - wie immer -, der muß sich fragen lassen: Was kann man denn von diesen Schwerpunkten finden? Sie stehen auf der ersten Seite der Information der Landesregierung NRW. Man stellt dann fest: Bei den Ausbildungsplätzen - gegen die Jugendarbeitslosigkeit - ist ein Minus von 20 Millionen DM festzustellen. Das ist einer der Schwerpunkte, der an erster Stelle genannt wird.

Bei Natur und Umwelt gibt es ein Plus von 108 Millionen DM, bei Technologie ein Minus von 66 Millionen DM. Alles saldiert - die Schwerpunkte, die er ausdrücklich auf der ersten Seite erwähnt -: ein Mehr von 22 Millionen DM. Das bedeutet 0,038 % des Landeshaushalts. Das sind die Schwerpunkte, die diese Landesregierung setzt! (D)

Peinlich ist dies schon. Man muß ja wissen, daß diese Schwerpunkte letztlich die der Regierungserklärung des Ministerpräsidenten sind. Man kann also mit Fug und Recht behaupten: Offensichtlich sind diese 0,038 % des Landeshaushalts die Handschrift des Ministerpräsidenten, der Arbeitsbeitrag des Ministerpräsidenten zu diesem Haushalt.

Lassen Sie mich bei dieser Gelegenheit auch eines sagen. Herr Posser, ich verstehe Sie nicht, wie Sie - wenn Sie seriös sein wollen - etwas "Schwerpunkt" nennen können, das sich allenfalls in Promillesätzen bewegt.

(Zustimmung bei der CDU)

Die Schwerpunkte - und die Betonung liegt auf "schwer" - in diesem Haushalt sind ganz andere:

Erstens. 877 Millionen DM Zinssteigerung! 1985 betrug die Steigerung 420 Millionen DM. Jetzt sind es 877 Millionen DM, also zweimal soviel wie 1984. Die Zinsen steigen auf 6,4 Milliarden DM.

(Schauerte (CDU))

- (A) Zweitens. Es gibt eine Steigerung im Personalkostenbereich von 860 Millionen DM. Im letzten Jahr waren das nur 231 Millionen DM. Das ist in diesem Jahr nun viermal soviel wie im vergangenen Jahr. Die Personalkosten steigen insgesamt auf 22,6 Milliarden DM.

Der dritte Schwerpunkt in diesem Landeshaushalt ist ein Minus bei den Investitionen von 1,28 Milliarden DM. Im letzten Jahr schrumpften sie - vor der Wahl wohlge-merkt! - nur um 676 Millionen DM. Also, die Kürzung bei den Investitionen ist auch in diesem Jahr zweimal so massiv wie im voran-gegangenen Jahr.

Die Quote der Investitionen sinkt im Land Nordrhein-Westfalen, das sonst das Hohelied der Notwendigkeit von Investitionen zur Arbeitsmarkt- und Konjunkturbelebung immer wieder gesungen hat, von 17,7 auf 15,2 %. Insgesamt sinken die Investitionen von 10 Milliarden DM auf 8,7 Milliarden DM. Von diesen fehlenden Investitionsmilliarden ent-fallen 440 Millionen DM auf den Wohnungsbau. Das ist auch ein Schwerpunkt, Herr Finanz-minister Posser, den Sie vorgestellt haben.

(Doppmeier (CDU): Das sind die be-schäftigungspolitischen Maßnahmen, die der Herr Ministerpräsident gefordert hat!)

- Genau, 183 Millionen DM weniger auf Berg-bau und Energie, 112 Millionen DM weniger auf Krankenhausbauten, 61 Millionen DM weniger auf Bauten, 60 Millionen DM weniger auf Straßen und Brücken, 388 Millionen DM weniger Investitionsmittel bei den Gemeinden: Das ist eine fürchterliche "Leistungsbilanz" dieses Landes.

(Zustimmung bei der CDU)

Dieser Rückzug ist in einem Jahr so viel, wie der Gesamtabbau an Investitionen zwischen 1980 und 1985 ausmachte. Man kann nur noch errötend kommentieren: Die Wahlen sind vorbei; die Herren lassen die Maske herunter.

(Zustimmung bei der CDU)

Ein vierter Schwerpunkt ist die eine Milliarde weniger an die Gemeinden. In dieser Milliarde liegen - selbst wenn man die anderen 388 Mil-lionen DM abzieht - wohl noch etwa 400 bis 500 Millionen DM, die sonst in weitere In-vestitionen in den kommunalen Haushalten geflossen wären. Wir können deswegen mit Fug und Recht sagen, daß die Investitions-mittel insgesamt um fast 1,8 Milliarden DM in diesem Jahr schrumpfen.

Ich meine, das ist eine Täuschung nach der Wahl; denn in der mittelfristigen Finanz-planung, die Sie vor der Wahl vorlegten, haben Sie noch für das Jahr 1986 eine prak-tisch gleichbleibende Investitionsquote ver-sprochen. Auch dies ist ein starker Punkt an Unseriosität, wenn nicht gar der Täuschung der Öffentlichkeit!

(Zustimmung bei der CDU)

Wenden wir uns den Einnahmen zu! - Es wird nun wirklich abenteuerlich, wenn man ver-folgt, was für eine Meinungsrolle Herr Posser in den letzten Wochen in Bewegung gesetzt hat. Er erzählt die fürchterlich-grausige Geschichte von den Kürzungen. Selbst Herr Schnoor ist darauf hereingefallen. Als er in Attendorn war, habe ich ihm gesagt: Die Gemeinden kriegen aber trotzdem mehr. - Darauf hat er gesagt: Das muß ich überprü-fen lassen; das weiß ich nicht. - So oft hatte er die Strophe von Herrn Posser gehört, daß ja nun alles gekürzt würde.

Da erklärte Herr Posser: Bonn kürzt beim Land 1,3 Milliarden DM. - Erstens ist das falsch; denn beim Land wird nur 1 Mil-liarde DM gekürzt, der Rest ist der Anteil der Verbundsatzquote bei den Gemeinden. Sie müssen die Summe ja bereinigen, wenn Sie korrekt arbeiten wollen.

(Minister Dr. Posser: Ich arbeite kor-rekt!)

Zweitens ist das eine bewußte Täuschung, die Sie hier wieder - -

(Zuruf des Ministers Dr. Posser)

- Nein, tun Sie eben nicht, Herr Posser! Ich werde Ihnen das an mehreren Punkten nach-weisen. Sie können sich darüber ruhig be-schweren. Das werden Sie sich noch ein paarmal anhören müssen, weil Sie ganz of-fensichtlich nicht mehr korrekt arbeiten. Mag ja sein, daß Sie das früher getan haben; aber zu dieser Haushaltsberatung haben Sie es offensichtlich nicht mehr getan.

(Zustimmung bei der CDU)

Hier wird gesagt: Bonn kürzt um 1,3 Mil-liarden DM - ich sage: Es sind, wenn über-haupt, 1 Milliarde -; aber es wird praktisch verschwiegen, auf den letzten Seiten so schamhaft untergeschoben, daß ja eigentlich immer noch Mehreinnahmen beim Land in Höhe von 1,4 Milliarden DM zu erwarten sind. Das wäre ja korrekt, wenn man das nebeneinander-stellte; denn nur so kann sich der Bürger ein richtiges Bild machen. Wenn ich "Kürzung"

(Schauerte (CDU))

- (A) höre, meine ich, es gibt anschließend weniger als vorher. So haben Sie den Begriff "Kürzungen" auch immer verwandt. Tatsache ist, daß trotz der minderen Steigerungsraten bei den Einnahmen immer noch 1,4 Milliarden DM gleich 3,4 % mehr im Landeshaushalt hängenbleiben.

(Zustimmung bei der CDU)

Wenn ich jetzt die 653 Millionen DM hinzurechne, sind es über 2 Milliarden DM gleich 4,9 % mehr. Das habe ich von Ihnen in dieser notwendigen Deutlichkeit leider nicht gehört. Und wenn ein Finanzminister so arbeitet, arbeitet er nicht korrekt!

(Zustimmung bei der CDU)

Dieser Steigerungsbetrag ist immerhin um 800 Millionen DM höher, als es die mittelfristige Finanzplanung 1985 selbst vorsieht. Sie sind also von der positiven Entwicklung selbst überholt worden und stellen sich immer noch in einer nicht mehr erträglichen Weise hin und jammern über die schwierigen Verhältnisse, die Ihnen Bonn präsentiert.

An diesen Mehreinnahmen wären die Gemeinden mit eigenen Beiträgen beteiligt gewesen und hätten 25,5 % von den höheren Beiträgen über den Verbundsatz bekommen. Das heißt: Ohne daß eine Änderung im Landeshaushalt stattgefunden hätte, hätten die Gemeinden einen mehrfachen 100-Millionen-DM-Betrag, um die 700 Millionen DM, zusätzlich in ihren Kassen gehabt. Auch insoweit argumentieren Sie falsch und unredlich, wenn Sie sagen, das sei eine Kürzung, die Bonn bei den Gemeinden verursache. Die Kürzung um 1 Milliarde DM, die jetzt bei den Gemeinden bitter ankommt, ist ausschließlich die Folge der Entscheidungen dieser Landesregierung, die die Gemeinden nun zum drittenmal als ihre Reservekasse betrachtet.

(B)

Die Einnahmen bestehen ja nicht nur aus Steuereinnahmen, sondern sie bestehen auch aus originären eigenen Einnahmen. Da ist etwa die Abteilung "Beteiligungen". Wenn ich mich da in der Kürze der Zeit im Landeshaushalt umsehe, kann ich nur sagen: Fehlangeige! Daß ein Land wie Nordrhein-Westfalen mit soviel Kapital, das draußen ist, keine eigenen Einkünfte aus wirtschaftlicher Tätigkeit und aus Beteiligungen erzielt, kann nur das Ergebnis von schlechtem Mißmanagement sein.

(Zuruf des Abg. Schlußer (SPD))

Wir erhalten zum Beispiel, Herr Schlußer, im fünften Jahr keine Dividende von der West-

deutschen Landesbank. Ich weiß: Das tut Ihnen weh. Das gibt es in der ganzen Bundesrepublik Deutschland nicht. (C)

(Zuruf des Abg. Dr. Farthmann (SPD))

- Nein, nein! Mich stört ja nicht nur die Nichteinnahme von Dividenden, sondern die Jungen zahlen ja wegen ihrer großen Wertberichtigungsbedürfnisse mittlerweile auch keinerlei Steuern mehr, obwohl sie ein Betriebsergebnis von 1,2 Milliarden DM pro Jahr haben. Allein daran hätte das Land in erheblichem Umfange profitiert und daraus zusätzliche Einnahmen haben können.

Bei dieser Frage geht es ja heute darum, ob denn nun die Neue Heimat oder die DAL das größere Sorgenkind ist. Die sind doch im negativen Wettbewerb und verhindern eine vernünftige Dividendenpolitik und eine vernünftige Steuereinnahme aus den Gewinnen der Westdeutschen Landesbank. Das muß man doch einmal deutlich sagen!

(Zustimmung bei der CDU)

Das ist auch ein Thema, das die Sozialdemokraten nicht gern hören.

Bei "Sonstigen Einnahmen aus Banken und Kreditinstituten" beispielsweise belaufen sich die Einnahmen - nur, um das Mißmanagement zu verdeutlichen - auf plus 1,6 Millionen DM und die Ausgaben zum Betreiben des ganzen Geschäfts auf minus 10,1 Millionen DM. So kommt man natürlich auch keinen Schritt weiter. (D)

Dieser Angelegenheit der eigenen Einkünfte des Landes werden wir in den kommenden Haushaltsberatungen unsere besondere Aufmerksamkeit widmen, und wir werden die Verantwortlichen feststellen und zur Rechenschaft ziehen.

Lassen Sie mich zur Verschuldung kommen, zur Konsolidierung! Konsolidierung erscheint ja wie ein roter Faden. Herr Posser, wenn Sie einmal Ihre Memoiren schreiben, dann werden Sie sagen: Das Wort, das ich am häufigsten gebraucht habe, seitdem ich mit Finanzen zu tun hatte, ist das Wort "Konsolidierung". Seit 1978 - ich habe mir die Protokolle angesehen - -

(Dr. Farthmann (SPD): Dann werden Sie bestimmt nicht erwähnt, Herr Schauerte!)

- Nein, habe ich auch nicht gewünscht. Ich wollte ja sauber bleiben. Das überlasse ich Ihnen, Herr Farthmann. Sie können da gern

(Schauerte (CDU))

- (A) erwähnt werden. Sehr wahrscheinlich hat er viele positive Bemerkungen zu Ihnen zu machen, weil er sich so über Ihre Steuererhöhungsvorschläge gefreut hat.

(Beifall bei der CDU)

Also: Wenn Sie einmal Ihre Memoiren schreiben, werden Sie feststellen, wie häufig Sie hier das Wort "Konsolidierung" - wie ich meine: in unverantwortlicher Weise - gebraucht oder gar mißbraucht haben, in allen Variationen!

1979 - ich zitiere wörtlich -:

Der Ausdehnung der Staatsausgaben sind im Hinblick auf die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte Grenzen gesetzt. Die Verringerung der Nettoneuverschuldung zur Sicherung der politischen Handlungsfähigkeit ist unumgänglich.

Originalton Posser, 1979! Und er nahm in diesem Jahr netto neu 8 Milliarden DM auf!

(Doppmeier (CDU): Hört, hört!)

1980 schreibt er in seinem Haushaltsbericht:

Konsolidierung ist dringend erforderlich.

Und er nahm in diesem Jahr 10,1 Milliarden DM auf.

(Doppmeier (CDU): Hört, hört!)

(B)

1981 schrieb er:

Die Landesregierung hat sich zu folgenden Konsolidierungsvorschlägen entschlossen: Die Konsolidierungsmaßnahmen erstrecken sich über die ganze Breite des Haushalts.

Und er nahm 8,9 Milliarden DM auf!

Nur im Jahre 1982, Herr Posser, als der wirtschaftliche Niedergang der sozial-liberalen Koalition für jedermann perfekt war und Sie die peinliche Aufgabe hatten, 14 Tage vor Wachablösung in Bonn hier noch einen Haushalt einbringen zu müssen, der eigentlich eine Schonungsadresse an Helmut Schmidt sein sollte, als Sie aber schon wußten, daß es nicht mehr gutgeht - nur in diesem einen Jahr haben Sie einmal "Konsolidierung" in der ganzen Haushaltsrede nicht verwandt. Ich meine: Das ist schon sehr bezeichnend. Das Ganze geschieht mit System.

Dann gibt es ja tatsächlich seit 1983 einige wenige magere Fortschritte. Jetzt fragt man natürlich, woher die kommen. Dazu erklärt

Herr Posser mit Sicherheit - wie man das so im Bundestag und sonstwo hört -, das liege natürlich daran, daß das Land Nordrhein-Westfalen seine Ausgaben wie kein anderes Land in diesen Jahren gekürzt habe.

Herr Posser, auch da verlassen Sie den Boden der Redlichkeit. Sie haben im Bundestag erklärt, die Ausgaben des Landes wären in den Jahren 1981, 1982 und 1983 nur um 1,9 % gestiegen.

(Minister Dr. Posser: 2,8 %!)

- 2,8 %, Entschuldigung! Es ist ja schön, daß Sie dabei sind und daß Sie das korrigieren.

(Lachen bei der SPD - Zuruf von der SPD: Das muß man auch!)

- Ja, er hört aufmerksam zu. Das ist doch eine Nettigkeit.

Jetzt wollen wir uns einmal ein bißchen der Frage nähern, wie diese 2,8 % denn zustande kommen. Im Jahr 1981 hat er den Verbundsatz um zwei Prozentpunkte gesenkt. Damit konnte er 600 Millionen DM zusätzlich ausgeben. Im nächsten Jahr hat er den Verbundsatz noch einmal um ein Prozent gesenkt. Damit konnte er weitere 350 Millionen DM zusätzlich ausgeben. In dem anderen Jahr hat er 1 Milliarde DM in Einnahmen und Ausgaben aus dem Haushalt herausoperiert, hat aber damit das Ausgabenvolumen entsprechend reduziert.

Sie haben Rheinland-Pfalz erwähnt und gesagt, dieses Land sei in diesen drei Jahren das Spitzenland gewesen, es habe nur eine Ausgabensteigerung von 6,3 % gehabt. Wenn Sie diese notwendigen, redlichen Bereinigungen vornehmen, kommt das Land Nordrhein-Westfalen in diesen Jahren auf 6,8 % Ausgabensteigerung. In den drei Jahren davor allerdings hatten Sie 37 % Ausgabensteigerung. Herzlichen Glückwunsch zu dieser ruhigen, glücklichen Führung der Ausgabenpolitik des Landes!

Im Jahre 1985 hatten Sie wieder eine Ausgabensteigerung von 4,4 %. Das ist nämlich wieder ein Wahljahr gewesen, und deshalb mußte ein bißchen zugelegt werden. Im Jahr 1986 reduzieren Sie wieder auf 1,3 %, aber nur deswegen, weil Sie den Gemeinden 1 Milliarde DM wegnehmen und diese dann "verbraten" können. Auf hochdeutsch: Ihre normalen Ausgaben im Haushalt wachsen in jedem Jahr deutlich, im Ländertrend nicht geringer als andere und im Angesicht unserer Verschuldungslage in unverantwortlichem Umfang.

(Beifall bei der CDU - Trinius (SPD): Das paßt aber nicht zu dem, was Sie soeben gesagt haben!)

(C)

(D)

(Schauerte (CDU))

- (A) Sie rechnen sich mit eigenartigen Tricks sparsam. Das ist nicht redlich, das haben wir nicht verdient, das hat die Öffentlichkeit nicht verdient, und ich frage mich, warum Sie das in der letzten Zeit so intensiv betreiben.

Die ersten zaghaften Schritte, wirklich zu einer Konsolidierung zu kommen, sind im Grunde ab 1983 möglich geworden, aber nicht deswegen - und damit komme ich zum Ausgangspunkt zurück -, weil Sie Ihre Ausgaben eingeschränkt haben - ich habe Ihnen ja gerade gezeigt, wie Sie das gemacht haben -, sondern weil tatsächlich wieder nennenswerte Steuerzuwächse aufgrund der besseren Bonner Lage kamen. In den Jahren 1983 bis einschließlich 1986 hat dieses Land Steuermehreinnahmen von mehr als 6 Milliarden DM als Folge der verbesserten Bonner Lage bekommen. Ich erinnere daran, daß die sozial-liberale Koalition Ihnen im Jahre 1980 oder 1981 300 Millionen DM minus beschert hatte. Das waren die tatsächlichen Gründe. Deswegen sollten Sie - verdammt noch mal - einmal zu Herrn Stoltenberg fahren und ihn zum Kaffee einladen, um ihm persönlich ein herzliches Dankeschön im Namen des ganzen Landes Nordrhein-Westfalen auszusprechen.

(Beifall bei der CDU - Dr. Farthmann (SPD): Billiges Geschwätz! - Dr. Pohl (CDU): Der wendet sich gegen das Wort "verdammt"!)

- (B) - Die Zahlen stimmen alle, Herr Farthmann. Sie tun weh; das kann ich verstehen.

(Weitere Zurufe von der SPD)

Die Ausgaben - und damit kommen wir zum nächsten Punkt. Der Schuldenstand dieses Landes, nachdem ja nun nach der Aussage von Posser die Konsolidierung seit - -

(Einert (SPD): So schlecht können sie eigentlich gar nicht sein, daß er so etwas hier vorträgt!)

- Herr Einert, ich weiß, Sie sind betroffen. Sie mußten extra eine Staatssekretärin bekommen, weil Sie die Arbeit in Bonn allein nicht erledigen konnten.

(Beifall bei der CDU)

- Sie können auch die andere Variante wählen, nämlich daß Herr Rau eine neue Propagandaministerin brauchte, eines von beiden; Sie sind in der Wahl frei.

(Dr. Farthmann (SPD): Das sind doch dumme Sprüche!)

(C) Der Schuldenstand des Landes Nordrhein-Westfalen per 31. Dezember 1985 - Kreditmarktmittel - beträgt 74 Milliarden DM. Herr Einert, wenn Sie das nicht wissen sollten: Herr Brandt war ja einmal der Meinung, 1 Milliarde DM seien 100 Millionen DM. Das sind aber 1 000 Millionen DM, damit Sie das klar sehen.

(Heiterkeit bei der CDU)

74 Milliarden DM Kreditmarktverschuldung! Das bedeutet pro Einwohner in Nordrhein-Westfalen 4 832 DM.

(Elfring (CDU): Hört, hört!)

Ich habe noch keine neueren Vergleichszahlen aus den übrigen Ländern. Aber der Sprung in Nordrhein-Westfalen nach vorn ist so gewaltig, daß dieses Land bei der Pro-Kopfverschuldung auch in bezug auf die Kreditmarktverschuldung eindeutig an der Spitze liegt.

Wenn ich den Schuldenstand insgesamt zum 31. Dezember 1986 nehme, also einschließlich der Verpflichtungen gegenüber öffentlichen und sonstigen Instituten, betragen die Schulden 90 Milliarden DM. Das bedeutet 5 350 DM pro Einwohner. Ich meine, damit hat Nordrhein-Westfalen einen sehr traurigen Rekord errungen, und dieser Rekord wird uns noch fürchterlich drücken.

(D) Die Zinsausgaben wachsen von 5,4 Milliarden DM im Jahre 1985 auf 6,2 Milliarden DM 1986. Sie wachsen 1987 auf 6,7 Milliarden DM, 1988 auf 7,2 Milliarden DM, und 1989 werden wir, wenn alles so gut bleibt, wie es ist, 7,56 Milliarden DM an Zinsen pro Jahr zu zahlen haben. Das bedeutet bereits im Jahr 1986 je Bürger 371 DM bei angenommenen Steuereinnahmen pro Bürger im Jahr - Landesanteil - von 2 200 DM. Damit sind die Ausgaben für Zinsen im Jahre 1986 - Herr Einert, an die Größe Ihres Ministeriums brauchen wir jetzt gar nicht zu denken - erheblich größer als die Ausgaben im gesamten Innenministerium - 3,7 Milliarden DM -, im Justizministerium - 2,8 Milliarden DM -, im Wissenschaftsministerium - 5,5 Milliarden DM -. Selbst Ihr einstiges Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales, Herr Farthmann, hat ein Gesamtvolumen von 3,7 Milliarden DM. Die Kosten für Zinsen sind doppelt so hoch wie der Haushalt des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales im Lande Nordrhein-Westfalen. Nur die Ausgaben für Kultur, für die Schulen, sind mit 10 Milliarden DM höher.

(Einert (SPD): Was hat denn diese Gegenüberstellung für einen Aussagewert? Das ist doch Schwachsinn!)

(Schauerte (CDU))

- (A) - Wissen Sie, Sie dürfen nicht immer alles schönen. Ich weiß, daß das wehtut.

(Lachen und Zurufe von der SPD)

- Herr Einert, an diesen Zahlen wird Herr Rau im Bundestagswahlkampf gemessen werden; denn das ist seine Leistungsbilanz.

(Beifall bei der CDU)

Diese wird man außerhalb des Landes Nordrhein-Westfalen mit sehr großem Interesse registrieren.

(Einert (SPD): Wenn Sie Einzelhaushalte mit Personaliteln und Investitionen den Ausgaben für Zinsen gegenüberstellen, ist das Schwachsinn, wie er schlimmer nicht geboten werden kann!)

- Entschuldigen Sie! Mark ist Mark, Herr Einert! Oder ist das nicht so? Ich hätte diese 6,2 Milliarden DM entschieden lieber in Investitionsbereichen eingesetzt, ich hätte 1 Milliarde DM davon entschieden lieber im Arbeits- und Gesundheitsministerium eingesetzt, und ich hätte entschieden lieber etwas für Personal oder sonstiges damit getan. Das geht nur an Zinsen weg. Lassen Sie mich das noch einmal verdeutlichen!

Zinsen sind ja - und das tut den Sozialdemokraten im Prinzip weh - die schlimmste und ungerechteste Umverteilung von unten nach oben, die man sich vorstellen kann.

(B)

(Beifall bei der CDU - Elfring (CDU): Sehr richtig!)

In diesem Landeshaushalt gehen 6,4 Milliarden DM ausschließlich an Bürger, die wir nicht zu den sozial Schwachen zählen.

(Elfring (CDU): So ist es!)

Soviel bekommt keine andere sozial schützenswerte Gruppierung in diesem Lande; das geht exakt in die falsche Richtung - notwendige Konsequenz von Verschuldungspolitik!

(Beifall bei der CDU)

Dabei gibt es auch keinen Sozialrabatt, wie Sie den sonst immer wünschen. Dabei gibt es sogar nur das Gegenteil: Hier zahlen die sozial Schwachen noch mit, damit die Zinsen gezahlt werden können.

(Trinius (SPD): Sie plärieren für ein anderes Steuersystem.)

Da meine ich in der Tat, daß deswegen Steuersenkungen, bei denen alle beteiligt

werden, die viel bessere Rezeptur für unsere Bürger und für unser Land sind als solch eine miserable Umverteilung von unten nach oben, die das Ergebnis sozialdemokratischer Wirtschafts- und Finanzpolitik ist. (C)

(Beifall bei der CDU)

Posser und Rau erhöhen wie kein anderes Pärchen in der Bundesrepublik Deutschland Jahr für Jahr diese Umverteilungsmasse zugunsten der Wohlhabenden und zu Lasten der Schwachen. Das ist konkrete sozialdemokratische Politik.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Herr Stoltenberg hat mit seinen Zinssenkungen wenigstens etwas getan, damit diese Situation nicht explodierte.

(Einert (SPD): Mit seinen Zinssenkungen?)

1 % Zinssenkung bedeutet 800 Millionen DM weniger an Zinszahlungen.

(Matthiesen (SPD): Kennen Sie die Verschuldungssituation in Schleswig-Holstein?)

- Wollen Sie eine Zwischenfrage stellen, Herr Matthiesen?

(Matthiesen (SPD): Herr Stoltenberg ist als der größte Schuldenmacher in die Geschichte des Landes Schleswig-Holstein eingegangen. Fragen Sie mal in Schleswig-Holstein, was er da angeordnet hat, ihn als Kronzeugen!) (D)

Frau Vizepräsident Friebe: Herr Trinius möchte gern eine Zwischenfrage stellen. Gestatten Sie die?

Schauerte (CDU): Herr Matthiesen, ich kann mir das ja vorstellen. Als Sie gesehen haben, daß die drei, die dort saßen, nicht zuretkamen, haben Sie geacht: Geh von der Regierungsbank mal runter und hilf den Jungs!

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU)

Frau Vizepräsident Friebe: Herr Abg. Schauerte, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Schauerte (CDU): Dafür habe ich Verständnis, Sie sind ja auch wirklich eine Bereicherung für dieses Land.

(Beifall bei der SPD)

(Schauerte (CDU))

**(A)** 1 % Zinssenkung bedeutet - -

(Matthiesen (SPD): Stoltenberg zitieren, den größten Schuldenmacher!)

- Ich hatte Sie bisher für einen disziplinierten Demokraten und nicht für einen Schreihals gehalten.

(Beifall bei der CDU)

1 % Zinssenkung bedeutet für dieses Land eine Zinnersparnis von 800 Millionen DM, bei 2 % sind es allemal 1,6 Milliarden DM. Ohne die Zinssenkungen durch die Bonner Wirtschafts- und Finanzpolitik müßte dieses Land in diesem Jahr über 8 Milliarden DM an Zinsen zahlen. Ich meine, diese unerträgliche Umverteilung ist richtigerweise durch eine gute Politik in Bonn gestoppt worden.

(Beifall bei der CDU - Grevener (SPD): Da klatschen noch nicht einmal die eigenen Leute.)

Verschuldung im Ländervergleich: Da hören wir immer, das solle man nicht machen, das sei unfein, das schaue dem Land, wenn wir solche Vergleiche ziehen. Ich will deswegen auch weitgehend auf Ländervergleiche verzichten und mich auf Herrn Posser beziehen, der ja Vergleiche gefunden hat, die uns im Traum nicht eingefallen wären:

(Dorn (F.D.P.): Sehr wahr!)

**(B)** In den letzten Jahren ist die negative Entwicklung besonders stürmisch verlaufen. Bis 1980 lag das Land hinter Bayern in der Pro-Kopf-Verschuldung noch an zweitbesten Stelle. Seither ist es jedes Jahr um einen Platz abgesackt. 1981 hatte es auch Baden-Württemberg überholt, 1982 zusätzlich Hessen, 1983 Niedersachsen und 1984 Rheinland-Pfalz. Als nächstes wird es Schleswig-Holstein überholen.

Herr Matthiesen, was hat es bereits getan.

(Matthiesen (SPD): Wo Herr Stoltenberg herkommt und 12 Jahre regiert hat! - Minister Matthiesen nimmt seinen Platz auf der Regierungsbank wieder ein.)

Es ist ein armes Land gewesen, während Nordrhein-Westfalen ein reiches Land war. Das ist ja der Punkt; weil Schleswig-Holstein so ein armes Land war, ist Herr Matthiesen in das reiche Land Nordrhein-Westfalen gegangen, und er ist jetzt erschrocken, daß es bei uns auch nicht besser ist.

(Heiterkeit und Beifall bei CDU und F.D.P.)

Von Ende 1977

**(C)**

- immer noch Originalton Posser -

bis Ende 1984 hatten die übrigen Flächenländer im Durchschnitt einen Verschuldungsanstieg von 188,9 % zu verzeichnen, darunter Hessen mit 86 % den geringsten und Saarland mit 198 % den stärksten. Im selben Zeitraum ist die Verschuldung von Nordrhein-Westfalen aber um nicht weniger als 408 % angestiegen, nämlich von 13 Milliarden auf 66 Milliarden DM.

Der Brief ist schon ein paar Monate alt; die akkurate Zahl muß heute heißen: "auf 74 Milliarden DM".

Dann fragt er in seinem berühmten Brief an das Kabinett: "Wo liegen denn die Ursachen?" und sagt:

Weitere Hauptursachen sind in sonstigen Mehrausgaben zu suchen, die wir als sozialdemokratisch geführte Regierung und Fraktion aus politischer Überzeugung in der Vergangenheit auf uns genommen haben, aber in diesem Umfang nun nicht mehr überall durchhalten können.

Zum Beispiel Sonderausgaben Ruhrprogramm, angeblich gemeindefreundliche Politik, überproportionale Leistungen im Wohnungsbau usw., usw. Dann fragt er seine Kollegen: Was können wir denn tun? Da kommt als Antwort - hilflos -: nichts.

**(D)**

Daß in dieser Situation ein beauerlicher Widerspruch liegt, ist nicht zu verkennen. Wir haben für die gesamten 80er Jahre die absolute Mehrheit im Landtag und können sie, soweit diese Mehrausgaben erfordern, nur wenig nutzen.

Herr Posser, so hilflos kann eine Landesregierung, die hoch dotiert und hoffentlich auch mit Fachleuten besetzt ist,

(Nagel (CDU): Daran zweifelt sogar Herr Matthiesen. - Minister Matthiesen: Jetzt werde ich auch noch in Anspruch genommen.)

vor einer solch schwierigen Aufgabe nicht stehenbleiben. Sie muß was machen, sie muß was ändern. Das weiß sogar Herr Matthiesen; deswegen regt er sich ja auf, weil ihm das nicht genug vorangeht.

Ich will Ihnen einmal ein paar Vorschläge machen. Der erste Vorschlag, den ich wirklich sehr ernst meine, ist: Die Bundesre-

(Schauerte (CDU))

- (A) gierung in ihrer Wirtschafts- und Finanzpolitik kräftig unterstützen

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Zuruf des Abg. Trinius (SPD))

und mithelfen - das ist ganz wichtig, was ich jetzt formuliere, Herr Trinius -, daß der Ministerpräsident dieses Landes nicht Bundeskanzler wird;

(Dr. Farthmann (SPD): Damit Sie uns noch mehr Steuern wegnehmen!)

wenn offensichtlich hat er von Wirtschaft und Finanzen keine Ahnung.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Es wäre gut, wenn wir einmal anfangen, die Wirtschaft im Lande zu unterstützen und zu fördern und sie nicht mit neuen Steuererhöhungsplänen - auf die ich nachher noch komme - abzuschrecken. Steuererhöhungspläne fallenlassen, Mehrkosten bei den Gesamtschulen streichen - das sind so lockere 100 Millionen im Jahr -; da muß man nicht nach Bonn gehen und einen Prozeß führen, der in zehn Jahren nicht zu Ende ist bzw. keine Änderung erreicht, sondern da muß man einmal konkret anfangen; Bürokratie abbauen und vieles andere mehr.

(Trinius (SPD): Wo? - Zuruf von der SPD: Ist das alles?)

- (B) - Ich komme nachher noch zu den Personalkosten, Herr Trinius.

(Dr. Farthmann (SPD): Wie lange wollen Sie denn noch machen? Ich habe geguckt, Sie wären bald fertig.)

- Nein, da müssen Sie sich noch ein bißchen gedulden; Sie können ja schon essen gehen, wenn Ihnen das zuviel wird.

Die Steuereinnahmen des Landes Nordrhein-Westfalen - weil hier immer gesagt wird, wir schaueten dem Land durch unsere Steuerpolitik, und das sei früher alles besser gewesen - entwickeln sich von 1981 bis 1989 wie folgt. 1981 hatte das Land bei den Steuereinnahmen ein Minus von 0,9 %, 1982 von 3,1 %, 1983 - da war bereits Helmut Kohl Bundeskanzler - plus 4,3 %, 1984 plus 4,8 %, 1985 plus 5,5 %, 1986 trotz Steuersenkung plus 4,9 %, 1987 trotz Steuersenkung plus 6,3 %, 1988 trotz Steuersenkung plus 4,4 % und 1989 - so sind die Prognosen, die auch der Minister in seiner mittelfristigen Finanzplanung hat; das sind nicht meine Zahlen - plus 6,1 %.

Gleichzeitig wächst die Steuerdeckungsquote - das ist die Quote, mit der sich das Land aus Steuereinnahmen finanziert - von 1969, damals bei 69,9 % gelegen, kontinuierlich auf 81,7 % in 1989. Ich meine, das ist eine stetige, konsequente Steuereinnahmepolitik zugunsten des Landes, und da muß der Finanzminister schon sehen, daß er mit diesen Einnahmen zurechtkommt.

(Zustimmung bei der CDU)

Sozialpolitiker, Herr Farthmann, können schon einmal träumen,

(Dr. Farthmann (SPD): Sie sind doch kein Sozialpolitiker.)

- Das sind Sie nicht mehr? Haben Sie das vergessen? -, aber Finanzpolitiker sollten sich doch auf die konkreten Tatsachen einstellen und sich nicht Wolkenkuckucksheime bauen, ständig lamentieren und erklären: "Was wäre, wenn? Wenn wir das und das noch bekommen hätten, dann ginge es uns gut." - Ich meine, das ist für einen Finanzminister nicht zulässig.

Die Steuern entwickeln sich auch - anders als der Finanzminister sagt - völlig gerecht und nicht überproportional zugunsten des Bundes und zu Lasten der Länder, sondern im Gegenteil. Ich darf die Steuerschätzungsergebnisse vortragen:

In 1984 nahm der Bund plus 3,6 % ein, die Länder plus 5 %, die Gemeinden plus 6,2 %.

In 1985 nahm der Bund plus 5,1 % ein, die Länder plus 6,4 % und die Gemeinden plus 6,4 %.

In 1986 wird der Bund plus 2,1 % haben, die Länder plus 4,8 % und die Gemeinden plus 4,2 %.

In allen drei Jahren schneiden die Länder und Gemeinden bei den Steuereinnahmen besser ab als der Bund. Da kann man nicht hingehen und sagen, dies sei ungerecht.

Vizepräsident Dr. Klöse: Herr Abg. Schauerte, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Trinius?

(Schauerte (CDU): Gern, jetzt ja.)

Trinius (SPD): Herr Kollege Schauerte, wie erklären Sie sich angesichts Ihrer Behauptung, daß sich künftig die Finanzen bei Land, Gemeinden und Bund gleichmäßig entwickeln würden, die Tatsache, daß die Finanzminister von Baden-Württemberg und

(C)

(D)

(Trinius (SPD))

- (A) Niedersachsen den Bundesfinanzminister uringenu aufgefordert haben, bei der Verteilung der Umsatzsteuer zu einem ganz anderen Ergebnis zu kommen, damit die Länder im Finanzausgleich überhaupt ein entsprechendes Finanzvolumen erhalten?

Schauerte (CDU): Wissen Sie, Herr Trinius, was ist bei den Ländern so wie bei den Gemeinden. Alle Gemeinden im Lande Nordrhein-Westfalen sind, gleich welcher Parteifarbe - das wissen Sie -, der Meinung, sie bekämen immer zu wenig. Das ist bei den Ländern gegenüber dem Bund ganz genauso. Daß es eine Interessengemeinschaft besteht, vom Bund möglichst viel Steuern zu bekommen, ist noch keine Widerlegung meiner Behauptung, daß die Steuereinnahmen der Länder und der Gemeinden nach wie vor prozentual stärker wachsen als die Steuereinnahmen des Bundes.

(Zustimmung bei der CDU)

Daß sie trotzdem mehr haben wollen, kann ich ja verstehen. Aber ob sie es bekommen, ist eine andere Frage. Ich hatte mir eine klügere Frage erhofft.

Vizepräsident Dr. Klose: Herr Abg. Schauerte, gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage?

(Zustimmung des Abg. Schauerte (CDU))

- (B) Trinius (SPD): Unterstellt, Sie hätten mit Ihrer Annahme recht, daß die Länderfinanzminister zum Beispiel von Niedersachsen und Baden-Württemberg vorrangig das Interesse ihrer Länder sehen, frage ich Sie: Welches Interesse vertreten Sie denn hier vorrangig - das Interesse des Landes oder das Interesse des Bundes -, wenn sich herausstellt, daß das Land Nordrhein-Westfalen über Jahre durch bestimmte Mechanismen der Bundesgesetzgebung im Länderfinanzausgleich und in anderen Bereichen benachteiligt wird?

(Beifall bei der SPD)

Schauerte (CDU): Herr Trinius, ich vertrete uneingeschränkt die Interessen des Landes Nordrhein-Westfalen.

(Lachen bei der SPD)

Aber - damit wir uns völlig klar verstehen -: Ich bin nicht bereit, mit Halbwahrheiten in eine solche Gesprächsrunde mit dem Bund zu gehen,

(Beifall bei der CDU)

sondern es müssen die realen Zahlen auf den Tisch. Diese werden uns bisher verwei-

(C) gert. Hier wird ein falscher Eindruck erweckt. Ich bin nicht bereit, bei einem Kartenspiel mitzumachen, wo die Karten gezinkt sind, sondern ich will klare, realistische Zahlen haben. Wir werden sonst dabei auf den Bauch fallen. Das ist das ganze Dilemma der Versuche dieser Landesregierung, in Bonn mehr loszulegen. Das ist doch durchsichtig, was es getürkt wird, was es nicht richtig an Zahlen präsentiert wird. Deswegen ist unser Standung so schlecht, und deswegen nimmt im Bundesrat und an anderen Stellen, wo über diese Fragen verhandelt wird, niemand mehr etwas vom Lande Nordrhein-Westfalen.

(Zustimmung bei der CDU - Lachen bei der SPD)

Kommen wir zur Steuersenkung! Da hört man - Herr Farthmann und andere haben es gesagt -: Steuersenkungen sind Gift für unser Land. Ich kann nur sagen: Steuersenkungen sind das Gebot der Stunde. Sie wirken nachfragebelebend, wie die Sachverständigen alle geschrieben haben. Das ist für mich so interessant: Der Sachverständigenrat hat der Bundesregierung zur momentanen Wirtschafts- und Finanzpolitik einen einzigen kritischen Punkt ins Stammbuch geschrieben, und das ist der, daß die Steuersenkung nicht in einem Schritt, sondern in zwei Schritten erfolgt.

(Trinius (SPD): Da haben Sie einen Punkt vergessen!)

(D) - Nur den einen wichtigen Punkt, und genau diesen Punkt stellen Sie auf den Kopf und sagen: Wir wollen überhaupt keine Steuersenkungen, weil sie Gift sind! Wissen Sie: Ich bin dafür, daß in einer solchen Situation wie heute der Bürger einen Teil der heimlichen Steuererhöhungen zurückbekommt,

(Zustimmung bei der CDU)

und dafür wird die CDU kämpfen, und danach müssen sich auch Länderfinanzminister, auch die der SPD, richten. Denn sonst leben sie wie in der Vergangenheit nach wie vor über ihre Verhältnisse, und dieses Dilemma haben wir hier.

(Erneute Zustimmung bei der CDU)

Diese Steuersenkung 1986/1988 ist leistungsfördernd, sie ist familiengerecht. Sie beinhaltet die Anhebung der Kinderfreibeträge, die Erhöhung des Grundfreibetrages und die Abflachung der Steuerprogression. Ab 1986 wird der Grundfreibetrag um 324 DM beziehungsweise 648 DM erhöht. Als Zwischenentlastung wird eine erste Tarifverbesserung

(Schauerte (CDU))

- (A) eintreten, die ein Volumen von 3,6 Milliarden DM hat, und der steuerliche Familienlastenausgleich wird in einer Größenordnung von 5,2 Milliarden DM deutlich verbessert.

Die Steuersenkung ist auch sozial ausgewogen. Auch da trickst Herr Posser. Da machen wir eine Steuerentlastung zugunsten der Familien mit Kindern, und dann führt er uns hier Zahlen vor: immer Leute ohne Kinder.

Also, es ist natürlich klar. Er kann auch noch weitergehen und sagen: Bei dieser Steuerentlastung hat der gar keinen Vorteil, der keine Steuern zahlt. Da hat er völlig recht. Nur, so können wir doch nicht miteinander umgehen!

Folgendes macht mich so stutzig: Herr Posser hat in seiner Einbringungsrede am 17. Oktober 1979 in Vorbereitung des Steuerentlastungsgesetzes 1981 der damaligen Regierung Schmiut, das in der Tat für das Land nennenswert größere Einnahmeausfälle hatte und nicht so sozial ausgewogen war, weil es eben keine Familienkomponente hatte, wörtlich erklärt: Die Landesregierung wird die Pläne der Bundesregierung, die Lohn- und Einkommensteuer abermals zu senken, unterstützen.

- (B) Das war damals, 1979. Rau bereitete seinen Wahlkampf 1980 vor: "Rau wählen, damit Schmiut weitermachen kann." Da unterstützte der Landesfinanzminister und mit ihm die SPD-Fraktion dieses Hauses eine Steuersenkung, die dem Lande 1981 1,7 Milliarden DM Steuern nahm - regelrecht nahm. Das war dann auch das Jahr, wo die Pleite sichtbar wurde, wo Herr Posser 10,2 oder 10,3 Milliarden DM Nettoneuverschuldung machen wollte. Das wurde damals klaglos unterstützt. Da gab es kein sozialpolitisches Gewissen, da war das in Ordnung.

Wenn die CDU-Regierung etwas Besseres macht, und zwar sozial ausgewogener, als es seinerzeit geschah, dann paßt es nicht ins Konzept, dann wird hier unter dem Deckmäntelchen von sozialpolitischer Verliebtheit im Grunde krasse Parteipolitik und krasse Haushaltspolitik ausschließlich zugunsten dieses verschuldeten Landes betrieben.

(Anhaltender Beifall bei der CDU)

Wo bleibt da die Ehrlichkeit? - Ich muß mich verbessern: die Minusereinnahmen von 1,7 Milliarden DM für Nordrhein-Westfalen waren nicht 1981, sondern 1982. Auch das ist eine Zahl, die Herr Posser selbst präsentiert hat.

(Trinius (SPD): Eben, so ehrlich ist er!)

(C) - Ja, damals hat er aber darüber nicht geklagt, sondern das einfach festgestellt, und heute lamentiert er. Schauen Sie sich einmal die Rede vom 17. Oktober 1979 an; es ist ganz interessant. Was er damals schon alles anders gemacht hat als heute, das ist erstaunlich.

Nun hören wir in dieser Steuerdiskussion - damit komme ich auch zu dem, was Herr Farthmann zu dieser Debatte beigetragen hat - durch Herrn Heinemann von Überstundenbesteuerung und von Ausbildungsplatzabgabe. Ich will nur einige Steuererhöhungsmodelle vorstellen, die hier im Moment so herumgeistern:

Lohn- und Einkommensteuererhöhung ohne Sozialstaffelung, 10 % für jeden. Der Vorschlag war so töricht, daß sich Ministerpräsident Rau in der Fragestunde nicht einmal dahinterstellen konnte.

Fiktive Hebesätze werden bei dem jetzt zu beratenden GFG um durchschnittlich 9 % angehoben, Grundsteuern um 15 bis 23 % - Vorschlag von Schnoor und Posser.

(D) Die Gewerbesteuern im Lande Nordrhein-Westfalen sind seit 1970 schneller als in jedem anderen Land der Bundesrepublik zum Spitzenplatz vorgestoßen, sind um mehr als 32 % gewachsen. Wir sind jetzt in der Gewerbesteuer ganz vorn in der Bundesrepublik Deutschland, mit Ausnahme weniger städtischer Ballungszentren in Süddeutschland. Ich meine, das ist auch kein Beitrag zur Verbesserung der Wirtschafts- und Arbeitsmarktlage in Nordrhein-Westfalen.

Dann schlägt Herr Apel die teilweise Abschaffung des Ehegattensplitting vor. Herr Spöri schlägt die Quellensteuer auf Umwegen vor. Wir warten jetzt eigentlich nur noch auf einen Vorschlag von Herrn Ministerpräsident Rau. Aber manchmal haben wir den Eindruck, daß er nach seinem Ausflug in die sozialpolitische Reform keine Vorschläge mehr machen darf.

Herr Posser hat sich in seinen Reden mehrfach beschwert, daß die Länder keine Steuerkompetenz haben und keine eigenen Entscheidungen treffen können. Bei diesem Gruselkabinett von Steuererhöhungen, das ich hier oben vorfinde, kann ich eigentlich nur sagen: Es ist ein Glück für die Bürger in Nordrhein-Westfalen, daß Nordrhein-Westfalen keine eigenen Steuern in dem Sinne beschließen kann.

(Beifall bei der CDU)

(Schauerte (CDU))

- (A) Wir als Bürger dieses Landes würden sonst durch diese Forderungen, die hier auf dem Papier stehen, in einer Weise zur Auer gelassen, die ich unerträglich finde.

Nordrhein-Westfalen entwickelt sich schon jetzt, was die Vorschläge betrifft, und es würde sich erst recht, wenn Sie Kompetenzen bekämen, zum Zentrum der Steuertreiberei in der Bundesrepublik Deutschland entwickeln. Das ist ein trauriger Ruhm.

(Beifall bei der CDU)

Ich habe vorhin schon diese Geschichte mit den Steigerungsraten bei den Ausgaben erwähnt. Ich will darauf nicht mehr eingehen. Ich halte die Zahl, die Herr Posser in die Debatte eingeführt hat, für zutiefst unseriös und wieder einmal für ein Beispiel für Rechenrickerei, die man besser sein ließe.

Die Probleme des Landeshaushalts Nordrhein-Westfalen liegen eigentlich darin, daß wir in allen großen wichtigen Bereichen deutlich über den Zuwächsen der anderen Bundesländer liegen. Wir liegen in der Zeit von 1978 bis 1981 in der Gesamtausgabensteigerung deutlich über den anderen Bundesländern. Wir liegen im Personalzuwachs über den anderen Bundesländern - im Zuwachs wohlge-merkt. Wir liegen im Zinszuwachs über den anderen Bundesländern. Wir haben geringere Steuereinnahmenezuwächse als die anderen Bundesländer wegen der hier nicht richtig funktionierenden Wirtschaftspolitik. Da liegen im Prinzip die Probleme des Landeshaushalts.

(B)

Die Personalkostenquote, auf die man sich dann so gerne beruft, täuscht in dem Zusammenhang, Herr Trinius. Wenn wir mit 39 oder mit 39,5 % - je nachdem, wie ich rechne - im Grunde im unteren Bereich der Länder liegen, dann dürfen wir doch nicht vergessen, daß wir z. B. 30 000 Mitarbeiter bei den Landwirtschaftsverbänden über die Gemeinden finanzieren, obwohl sie Landesaufgaben erfüllen, die in den anderen Ländern diese Länder selbst erledigen. Das heißt: Wenn ich korrekt sein will, muß ich diese 30 000 dazurechnen. Dann liege ich schon bei 42 % Personalkostenquote und damit nicht mehr im unteren Drittel. Deswegen warne ich davor, die Personalkosten-schere so massiv zu öffnen, wie das in diesem Jahr mit den 850 Millionen DM ganz offensichtlich wieder geschieht.

Ich möchte noch etwas zur Investitionsquote sagen. Die Investitionsquote - das habe ich erklärt - geht von 17,7 auf 15,3 % zurück. Sie nimmt damit um 1,3 Milliarden DM, gleich 13 %, ab. In der mittelfristigen Finanzplanung vor der Wahl sah es noch so aus, als würde sie praktisch bleiben.

Sie nimmt nun ab, auch im Vergleich mit den übrigen Ländern, Herr Matthiesen. Schleswig-Holstein steigert die Investitionsquote auf 16 %, Bayern steigert sie auf 22 %; Hessen kürzt sie um 5,7 % auf 16,9 %; Rheinland-Pfalz steigert sie auf 17,1 %. Und Nordrhein-Westfalen senkt sie auf 15,3 %. Sozialdemokratisch regierte Länder in der Bundesrepublik Deutschland senken zur Zeit die Investitionsquote - Hessen um 5,7 %, Nordrhein-Westfalen um 2,4 Punkte, um im System zu bleiben -, und christdemokratisch regierte Länder in der Bundesrepublik Deutschland erhöhen die Investitionsquoten.

(C)

(Bravo! bei der CDU)

Ich meine, die Kürzung der Investitionsquote ist im Grunde ein schwerer Verstoß gegen sozialdemokratische Prinzipien; denn keine Partei in der Bundesrepublik Deutschland hat in der Vergangenheit immer wieder so deutlich herausgestrichen, wie notwendig und wichtig gerade die Investitionsquoten für die Arbeitsplatzbeschaffung, für die Wirtschaftsbelebung etc. sind. Sie wollen ja sogar mit Schulden in Höhe von 50 Milliarden DM ein neues Arbeitsplatzbeschaffungsprogramm über öffentliche Mittel finanzieren, und da, wo Sie in der Verantwortung sind, kürzen Sie die Investitionsquoten in massiver Weise. Das ist ein schlechter Stil und zählt insbesondere dann, wenn gerade Wahlen gewesen sind, nicht zu vertrauensbildenden Maßnahmen.

Ich darf ein Zitat vom 7. November 1984 präsentieren:

(D)

Der Arbeitslosigkeit wirken auch die nach wie vor hohen Investitionen des Landes entgegen, mit denen die Konjunktur gestützt, das Wachstum angeregt und Arbeitsplätze mittelbar gesichert oder neu geschaffen werden.

Originalzitat von Herrn Posser! In diesem Jahr stimmt das im Prinzip noch genauso. Nur: Das Land - ich habe es ausgeführt - streicht 1,7 bis 1,8 Milliarden DM an Investitionsmitteln total aus dem Landeshaushalt heraus.

Es ist in dem Zusammenhang interessant, daß die Bonner Opposition genau das von der Bundesregierung fordert, wessen exaktes Gegenteil sie mit absoluter Mehrheit im Lande Nordrhein-Westfalen regierende SPD tut. Ich kann mir vorstellen, daß Herr Rau da noch ein sehr schickes Betätigungsfeld hat, um diese unterschiedlichen Bestrebungen, Ideen, Vorschläge und Anregungen unter einen Hut zu bringen.

(Schauerte (CDU))

- (A) Lassen Sie mich zum Thema "Sonderlasten" kommen. Auch hierzu singt Herr Posser - nicht seit 1978; in der Zeit war das einmal ein freundlicher kleiner Hinweis, man müßte auch einmal darüber nachdenken - das Hohe-Lied, nachdem die Bundesregierung in Bonn die Farbe gewechselt hat. Seitdem ist das zur nationalen Katastrophe ausgewachsen. Warum wohl? - Das ist Parteipolitik zu Lasten des Landes Nordrhein-Westfalen.

Sonderlasten setzen doch im Grunde voraus, daß es besondere Bedingungen gibt, die andere Länder nicht haben. Natürlich gibt es Sonderbedingungen im Lande Nordrhein-Westfalen, die andere Länder so nicht haben. Aber ein Schuh wird doch erst daraus, wenn wir fragen, ob denn die anderen Länder auch besondere Bedingungen oder Sonderlasten haben.

(Zustimmung bei der CDU)

Diese einseitige Sicht nur auf unsere Sonderlasten hilft uns doch im Ergebnis nicht weiter, wenn wir sogar befürchten müssen, daß andere mit Sonderlasten kommen, die viel gravierender sind. Die anderen können eben solche Sonderlasten haben und haben sie auch. Ich denke zum Beispiel einmal an dünn besiedelte Gebiete,

(Zuruf des Abg. Hunger (SPD))

- (B) landwirtschaftliche Gebiete, in denen es nur ein ganz geringes Steueraufkommen gibt, in denen aber dennoch hohe Infrastrukturkosten anfallen. Ich denke einmal an den Küstenschutz, an die Werftindustrie, an Investitionen nicht konkret in Arbeitsplätze, sondern in notwendige Infrastrukturmaßnahmen, die andersorts problematischer sind als hier. Wir bekommen das Konzert in Bonn nur bewegt, wenn wir eine realistische Gesamtschau machen und nicht der eine hü und der andere hott schreit, alle gegeneinander sind und nachher sechs Mann wegen des Länderfinanzausgleichs beim Verfassungsgericht in Arnberg

(Heiterkeit bei der CDU)

- ich bin ja zugelassen -,

(Erneut Heiterkeit bei der CDU)

in Karlsruhe klagen und wir uns am Ende eigentlich nur noch einen Helm aufsetzen können, weil wir auf hoher See und vor Gericht alle in Gottes Hand sind; denn das, was da eingeklagt wird, kann genauso gut nach hinten wie nach vorn losgehen. Ich halte das für eine miserable Interessenvertretung des Landes Nordrhein-Westfalen.

(Zustimmung bei der CDU)

(C) Ich warte im Haushalts- und Finanzausschuß darauf, daß der Finanzminister einmal eine umfassende Darstellung der Sonderlasten aller Länder der Bundesrepublik Deutschland abgibt, damit wir eine verlässliche Argumentationsbasis bekommen.

(Beifall bei der CDU)

Alles andere sind doch unverantwortliche Schnellschüsse, die die Gefahr des Rohrkrepierers in sich bergen. Und bei solchen Rohrkrepierern bin ich, da ich vorsichtig bin, nicht bereit, mitzumachen, weil mir dabei etwas ins Gesicht fliegen könnte, und davor habe ich Angst.

Auch Mischfinanzierungen bei den Industrien - das darf man nicht vergessen -, werfen in der Tat Steuern ab.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Vizepräsident Dr. Klose: Ich bitte, etwas mehr Ruhe zu wahren.

Schauerte (CDU): Ich bin der Meinung, daß zum Beispiel Investitionen in die Fläche beim Finanzminister fast nie wieder vorbeikommen, aber Investitionen in Arbeitsplätze und Industriebetriebe in nennenswerten Beträgen wieder vorbeikommen, das heißt sich zum Teil selbst finanzieren. Deswegen verstehe ich Ihre Zahl nicht, Herr Finanzminister, die Sie auch im Bundestag genannt haben. Sie haben gesagt, bei 81 Milliarden DM Gesamtsteueraufkommen - ich glaube, 1983 war das Stichjahr - flößen aus Kohle und Stahl insgesamt nur - korrigieren Sie mich, wenn es nicht richtig ist; ich sage es jetzt nur aus dem Kopf -, um die 180 Millionen DM Steuern, nicht einmal - so haben Sie, wie ich glaube, formuliert - 1/4 Prozent. Also, wenn Sie die 81 Milliarden DM Gesamtsteuern nehmen, dann sind das auch Lohn- und Einkommensteuern und nicht nur Gewerbe- und Industrie-steuern. Bei diesen 81 Milliarden DM Gesamtsteuern mir weismachen zu wollen, daß zum Beispiel im Kohlebereich mit 134 000 Beschäftigten nur 180 Millionen DM Lohn- und Einkommensteuer gezahlt würde, ist ein Witz.

(Minister Dr. Posser: Ich habe die Körperschaftsteuer gemeint!)

- Aber Sie haben doch im Lande Nordrhein-Westfalen kein Aufkommen an Körperschaftsteuer von 81 Milliarden DM. Sie haben doch die Bezugsgröße von allen Steuern genommen und dann die Körperschaftsteuer dagegen gesetzt und gesagt: Das ist nicht einmal 1/4 Prozent.

(Dautzenberg (CDU): Roßtäuschung!)

(Schauerte (CDU))

- (A) Das ist der Punkt. So argumentieren Sie. Die Gesamtsteuerbetrachtung möchte ich einmal sehen. Was kommt denn an Einkommen- und Lohnsteuer aus diesen Bereichen wieder in die Finanzkasse des Landes? Was kommt denn an Umsatzsteuer wieder in die Finanzkasse des Landes? Erst dann reden wir realistisch und richtig.

(Zustimmung bei der CDU)

Alles andere ist Kurpfuscherei!

Dann hat jetzt einer erklärt - ich glaube, es war auch Herr Posser -, eine Sonderlast sei, daß wir zuviel Geld an die Gemeinden gezahlt hätten.

(Widerspruch des Abg. Trinius (SPD))

- Als Sonderlast; das ist gesagt worden: soviel hätte es gekostet. Da könnte man auch noch Zins und Zinseszins daraufrechnen; das ist jetzt ja die beliebte Methode.

Zu dieser Methode möchte ich nun auch übergehen. Über das, was da heute geschieht, diese sonderbare Berechnung von Sonderlasten, kann man nur den Kopf schütteln. Wenn wir das im Haushalt einführen wollen, Herr Finanzminister, dann kann ich Sie dazu herzlich einladen, falls wir etwa sagen wollen: Wir haben jetzt eine Milliarde meinetwegen für Stahl gezahlt. Das war vor zehn Jahren; jedes Jahr haben wir 10 % Zinsen, und nun sind es schon 2 Milliarden! - So haben Sie ja gerechnet mit Ihren 12 Milliarden, die jetzt 21 Milliarden sind, und Herr Farthmann plappert das alles fröhlich nach!

(Dr. Farthmann (SPD): Davon haben Sie doch gar keine Ahnung!)

- So rechnen Sie ja in einer solchen Situation. Nun will ich wirklich einmal genau wissen, was da Sache ist! Dann wollen wir einmal beim Klinikum Aachen nicht mehr von 2,4 Milliarden DM reden, sondern rechnen für die nächsten zwanzig Jahre die Zinsen dazu.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU - Zurufe von der CDU: Sehr gut!)

Das ist genau die vergleichbare Situation! Dann will ich beim Ruhrprogramm nicht mehr von 6 oder 7 Milliarden reden, sondern wir rechnen die Zinsen mit dazu. Wir müssen uns dann nur noch darüber unterhalten, ob wir die Tiefstzinsen oder die Höchstzinsen nehmen, und müssen dann bei den Zinseszinsen die gleiche Frage beantworten; dann kommen

wir weiter - das ist doch eine Verurteilung der Leute, was hier passiert!

(C)

(Zustimmung bei der CDU und bei Abgeordneten der F.D.P.)

Ich mache Ihnen einen weiteren konstruktiven Vorschlag: Berechnen wir doch die Personalkosten jedes Beamten in diesem Lande einschließlich Zins und Zinseszins; sagen wir ihm, wie teuer er ist!

Wir können theoretisch und praktisch jede Position dieses Haushalts so darstellen, als käme sie aus den kreditfinanzierten Mitteln; dann kann ich sie mit Zins und Zinseszins rechnen. Dann müssen wir aber auch drei- und viermal umfangreichere Haushaltsrechnungen machen; dann kommen wir mit den fünf Kilogramm, die Sie uns beim letzten Mal als Haushaltsplan überreicht haben, nicht mehr aus; dann brauchen wir dafür siebzehn Kilo, und es findet sich keiner mehr darin zurecht. Vielleicht gehört das dann zur neuen Vernebelungstaktik, damit Sie weiter Ihre Spielchen treiben können.

Ich halte das für ein abenteuerliches Verfahren, Kosten des Landes hochzurechnen und damit alle Leute kopfscheu zu machen!

(Zustimmung bei Abgeordneten der CDU)

So gewinnen wir im Bundesrat und in Bonn keinen einzigen Blumentopf!

(Erneut Zustimmung bei Abgeordneten der CDU)

(D)

Sie verraten mit solch unseriösem Theater im Grunde wieder einmal die Interessen des Landes Nordrhein-Westfalen.

(Zuruf des Abg. Dr. Farthmann (SPD))

Ich meine, das muß ein Ende haben. Lassen Sie uns einen gemeinsamen Weg finden, mit diesem Unsinn aufzuhören. Wir können ihn aber auch wechselseitig verlängern; wir sind ungeheuer kreativ, Ihnen nachzuweisen, was zum Beispiel der neue Staatssekretär kostet - mit Zins und Zinseszins. Das können wir alles machen.

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der CDU - Zuruf des Ministers Dr. Posser)

Mit den Taschenrechnern ist das heute kein Problem mehr, Herr Posser; heute kann das auch die Opposition, nicht nur die Regierung.

(Beifall bei der CDU - Dr. Farthmann (SPD): Wie lange machen Sie das noch?)

(Schauerte (CDU))

- (A) - Herr Farthmann, es tut mir leid. Müssen Sie nachher in ärztliche Behandlung?

(Dr. Farthmann (SPD): Nein, aber dies anzuhören fällt mir schwer!)

- Ich glaube Ihnen das.

Dieser Haushalt ist ein Haushalt der geplatzten Illusionen und der gebrochenen Wahlversprechungen; deswegen ist Herr Ministerpräsident Rau auch nicht hier.

(Lachen bei der SPD)

Er verstößt gegen alles, was die SPD an haushaltspolitischen Leitsätzen und Prinzipien in der Vergangenheit verkündet hat.

(Zustimmung bei der CDU und bei Abgeordneten der F.D.P.)

Er schauigt die Konjunktur, er verteilt um von Arm nach Reich - zu Lasten der Armen, zugunsten der Reichen, von unten nach oben - in einer Größenordnung von 6,4 Milliarden DM.

(Zurufe von der SPD)

Trotz aller Wahlerfolge, die schnell verblasen, holt Sie nun die Wirklichkeit ein. Die Zahlen sind unerbittlich und knallhart. Sie werden die Meßlatte bis zum Bundestagswahlkampf sein und auch danach - eine Meßlatte, der, wie ich meine, nach den ersten "Ausflügen" der Ministerpräsident dieses Landes nicht gerecht werden wird.

(B)

Ich beanke mich für Ihre große Geduld mit mir, Herr Farthmann.

(Anhaltender Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Klose: Ich erteile jetzt Herrn Abg. Dorn für die Fraktion der F.D.P. das Wort.

Dorn<sup>\*</sup> (F.D.P.): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zu Beginn meiner Rede möchte ich zwei Vorbemerkungen machen.

Erste Vorbemerkung: Um die gravierenden Unterschiede zwischen den Worten und den Taten des Ministerpräsidenten, seiner Regierung und der SPD-Fraktion sichtbar zu machen, werde ich eine Reihe von Zitaten des Ministerpräsidenten und anderer Mitglieder der Landesregierung sowie Texte aus dem NRW-Programm für die achtziger Jahre der SPD vortragen. Dazu bitte ich den Herrn Präsidenten vorab um seine Genehmigung.

Zweite Vorbemerkung: Bei der ersten Lesung des Haushaltsplans werde ich heute weniger über Zahlen und Prozente reden; das ist bereits ausführlich geschehen. Dafür möchte ich mehr über Politik reden, über die Politik der Regierung Rau, die sie in unserem Lande macht oder gewähren läßt. Da Herr Rau immer darüber spricht, daß er gegenüber der Politik der Bundesregierung das soziale Gewissen sein will, wird es notwendig sein, daß wir uns ausführlich mit den Auswirkungen und den Zielvorstellungen seiner Politik, die im Landeshaushalt ihren Niederschlag findet, befassen.

(C)

Der von Finanzminister Dr. Posser vorgelegte Haushaltsentwurf 1986 ist der finanzpolitische Offenbarungseid der Regierung Rau.

(Beifall bei der F.D.P. und bei Abgeordneten der CDU)

Wenn der Finanzminister bei einer Nettoneuverschuldung von 6,9 Milliarden DM und einer monatlichen Zinsbelastung von 500 Millionen DM für aufgenommene Kredite dann auch noch von einer Politik der Konsolidierung spricht, nimmt er sich selbst und die Wähler, die am 12. Mai dieses Jahres die SPD gewählt haben, auf den Arm.

(Dr. Pohl (CDU): Richtig! - Zustimmung bei der F.D.P.)

Und wenn er dann auch noch öffentlich unsere Finanzlage mit der der Schuldländer Mexiko, Polen und Brasilien gleichstellt, zeigt er unmißverständlich auf, daß die SPD mit ihrer Finanzpolitik in Nordrhein-Westfalen enugütig gescheitert ist.

(D)

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Daß die Regierung Rau wieder einmal am Ende ist, zeichnete sich ja schon im November dieses Jahres ab, als der Finanzminister eine Haushaltssperre verkünden mußte, um die letzten sechs Wochen dieses Jahres finanziell überhaupt noch zu überstehen.

Dieses finanzpolitische Debakel war vorhersehbar. Auch in der NRZ, einer der Landesregierung nahestehenden Zeitung, konnten wir bereits am 23. September dieses Jahres lesen - ich zitiere -:

Daß Finanzminister Posser nun endlich alle bestürzenden roten Zahlen nennt, ehrt ihn. Zu fragen bleibt jedoch, warum er so lange damit gewartet hat, warum er nicht schon früher der Regierungspartei den Weg zum finanzpolitischen Abgrund versperrt hat.

(Beifall bei der F.D.P.)

(Dorn (F.D.P.))

- (A) Daß diese Frage berechtigt ist, wird von uns Freien Demokraten nicht bestritten. Doch das ist zu wenig, meine Damen und Herren! Jetzt müssen von der Regierung endlich Konsequenzen gezogen werden.

Die SPD-Regierung hat nach dem Motto "SPD vorn" mit ihrer unverantwortlichen Schulpolitik in den letzten fünf Jahren das Land in eine verhängnisvolle Situation gebracht. Die Schulpolitik der Regierung Rau hat seit 1980 ein vorher nie gekanntes Ausmaß angenommen. Diese Regierung hat weder die Kraft noch den Mut, durch Senkung der Ausgaben zu einer langfristigen Konsolidierung der Finanzen zu gelangen.

(Zustimmung bei F.D.P. und CDU)

Noch entscheidender als die Zahlen sind die politischen Konsequenzen, die aus ihnen gezogen werden müssen. Die beauerliche Entwicklung des Landeshaushalts zeigt sich besonders in der Investitionspolitik. Hier sehen wir auf drastische Weise, daß die Landesregierung nicht begreift, welche Bedeutung die Investitionspolitik und die damit verbundenen Zukunftsinnovationen für unser Land haben. Dies ist ein besonders kritisches Beispiel für die miserable und nicht in die Zukunft gerichtete Politik der Landesregierung.

- (B) Wir stellen fest: Die Politik der Staatsverschuldung hat die Möglichkeiten für Investitionen geschwächt und dadurch die Arbeitslosigkeit erhöht. Der Handlungsspielraum für die Schaffung neuer, dringend notwendiger politischer Prioritäten ist auf Jahre hinaus so eingeeengt, daß er praktisch keine Möglichkeiten mehr bietet.

Meine Damen und Herren, noch mit den Erfahrungen der F.D.P.-Politik bis 1980 sah Ministerpräsident Rau das in seiner Regierungserklärung vom 4. Juni 1980 so:

Geordnete Finanzen gehören zu den Voraussetzungen für ein stabiles politisches System und für die Erhaltung und den Ausbau der sozialen Demokratie. Die notwendige Kreditaufnahme muß auch in Zukunft auf das fiskalisch Mögliche und auf das wirtschaftspolitisch Notwendige begrenzt werden. Ziel bei allem bleibt, die finanzielle Handlungsfähigkeit des Landes auch in Zukunft zu wahren, um das jeweils Notwendige zu tun.

Doch was ist daraus geworden? Die SPD-Alleinregierung lebt auf Kosten der Steuerzahler unseres Landes weit über ihre Verhältnisse. Mit ihrer Finanzpolitik beschneidet sie in vielen Bereichen die notwendigen Zukunftschancen der jungen Generation.

(C) Heinz Kühn sagte einmal, als er noch Ministerpräsident war, in einer seiner vielen bemerkenswerten Reden in diesem Hause, primär an die Adresse seiner eigenen Genossen gerichtet: "Das Maximum des Erreichbaren ist die Sicherung des Erreichten." Was hat Ihre Regierung, Herr Ministerpräsident, in den letzten fünf Jahren zur Absicherung des Erreichten getan? Die Schaffung oder Erhöhung von Ausgabepositionen allein ist noch kein Erfolg. Es kommt vielmehr darauf an, was man damit bewirkt.

Die Finanzierung der Staatsausgaben war in den vergangenen fünf Jahren so, wie sie die Regierung vorgenommen hat, nicht zu verantworten. Das bescheinigt ja auch inzwischen der Finanzminister seinem eigenen Regierungschef. Der Ministerpräsident und sein Kabinett haben, unterstützt von der absoluten Mehrheit der SPD-Fraktion im Landtag, eine der wichtigsten Positionen einer soliden Finanzpolitik beiseite geschoben. Dabei hätten Sie wissen müssen, daß die Verschuldung eines Staates schon deshalb bestimmte Grenzen nicht überschreiten darf, weil die internationale Kreditwürdigkeit eine nicht zu entbehrende Grundlage jeder wirtschaftlichen und finanziellen Stabilität und des Vertrauens in eine in die Zukunft gerichtete vernünftige Politik ist.

Auch Sie, Herr Ministerpräsident - vielleicht können Sie es lesen, wenn Sie nicht im Plenum anwesend sein können -, werden erkennen müssen, daß durch Ihre Politik der erhöhten Staatseinnahmen durch zusätzliche Kredite nur sehr kurzfristig und vorübergehende Wahlkampfaussagen finanziert werden können, aber das Erwachen aus einer solchen Politik angesichts Ihrer Verantwortung, vor allen Dingen gegenüber den Menschen, dann um so grausamer ist.

(Zustimmung bei F.D.P. und CDU)

Dieses Stadium haben Sie jetzt erreicht. Der Haushalt Ihrer Regierung für 1986 beweist eindringlich, wie sehr Sie sich durch Ihre falsche Politik selbst so geknebelt haben, daß Ihre Fraktionskollegen zum Teil nur noch mit geballter Faust in der Tasche feststellen, wie parlamentarisch handlungsunfähig sie trotz der Wahl geworden sind.

Herr Ministerpräsident, Sie sind selbst neben Ihrem Finanzminister der beste Zeuge für die Berechtigung unserer harten Kritik. In Ihrer Regierungserklärung am 19. November 1981 teilten Sie dem Landtag mit:

Trotz Sonderlasten und trotz der hohen Investitionen in der Vergangenheit hat

(Dorn F.D.P.)

- (A) Nordrhein-Westfalen keinen übermäßig hohen Schuldenstand. Zur Jahresmitte 1981 lag er mit 1 955 DM je Einwohner immer noch unter der durchschnittlichen Verschuldung der übrigen Flächenländer.

Nun, Herr Ministerpräsident, am Ende des Jahres 1985 beträgt die Verschuldung je Einwohner 4 379 DM, das ist mehr als eine Verdopplung in vier Jahren.

Meine Damen und Herren, ich möchte an dieser Stelle für uns Freie Demokraten noch einmal in aller Deutlichkeit feststellen, daß wir uns zu der von uns mitgetragenen Finanzpolitik während unserer Regierungsbeteiligung bekennen; aber das war eben auch eine Politik der Stabilität und des Einsparens. In den zehn Jahren von 1970 bis April 1980 hat unser Land Kredite in Höhe von 27 Milliarden DM aufgenommen, in den letzten fünf Jahren der SPD-Alleinherrschaft haben Sie rund 47 Milliarden DM an Krediten aufgenommen. Deutlicher, als Sie es mit Ihrer absoluten Mehrheit getan haben, kann man eine nicht zu verantwortende Schuldenpolitik nicht demonstrieren.

(Beifall bei der F.D.P.)

Inzwischen hat Ihnen Ihr Finanzminister das ja auch schriftlich bestätigt. Aus seinem Brief an die Kabinettskollegen und die SPD-Fraktion möchte ich einige Passagen zitieren. Die Zitate, die sich mit den anderen Ländern und dem Abstieg des Landes Nordrhein-Westfalen befassen, kann ich mir jetzt ersparen, weil Herr Kollege Schauerte sie vorgetragen hat. Ich fahre mit einem anderen Zitat aus dem Brief des Finanzministers fort:

- (B) Seit Anfang der achtziger Jahre hätten wir Jahr für Jahr etwa drei bis vier Milliarden DM weniger Neuverschuldung auf uns nehmen dürfen, als wir es tatsächlich getan haben.

Der Finanzminister fährt fort:

Es liegt auf der Hand, daß sich eine solche spezielle Verschuldungspolitik nur wenige Jahre durchhalten läßt, weil die dramatisch rasch steigenden Zinslasten den Landeshaushalt sonst in Kürze geradezu erdrosseln würden, wie am abschreckenden Beispiel anderer hochverschuldeter Länder - Brasilien, Mexiko, Polen, aber auch Bremen und das Saarland - zu studieren ist.

Und er schließt dann:

Die Lage der Landesfinanzen gleicht einer chronischen Krankheit.

Meine Damen und Herren, kein Politiker der Opposition in diesem Hause kann eine vernichtenderes Urteil über die Finanzpolitik der Regierung fällen,

(Zustimmung bei F.D.P. und CDU)

als der Finanzminister es getan hat, der dieser Regierung angehört.

Um den Unterschied zwischen den Worten und Taten des Ministerpräsidenten und seiner Partei sichtbar zu machen, erlauben Sie mir noch zwei Zitate dazu. Im Programm der SPD für die achtziger Jahre heißt es:

Wir Sozialdemokraten sichern mit unserer Finanzpolitik geordnete Staatsfinanzen. Sie sind eine Voraussetzung für ein stabiles politisches System sowie die Erhaltung und den Ausbau der sozialen Demokratie. Geordnete Staatsfinanzen erlauben es, die staatlichen Leistungen solide zu finanzieren, die gesamtwirtschaftlichen Ziele Vollbeschäftigung und Preisstabilität zu unterstützen und die Steuerlasten sozialgerecht zu verteilen. Die gesamtwirtschaftliche Entwicklung hat die Richtigkeit dieser Politik bestätigt. Die Arbeitslosigkeit konnte eingedämmt, die Konjunkturbelebung eingeleitet werden.

Soweit das Zitat aus dem SPD-Programm! - Und Johannes Rau sagte in seiner Regierungserklärung am 19. November 1981 vor dem Landtag:

Die Landesregierung ist fest entschlossen, die Stabilität der Staatsfinanzen und damit die politische Handlungsfähigkeit des Landes zu wahren.

Für uns stellt sich jetzt schon die Frage, ob der Ministerpräsident und die SPD mit ihren finanzpolitischen Vorstellungen an ihrer eigenen Finanzpolitik enugütig gescheitert sind.

Der Herr Finanzminister hat in seiner Einbringungsrede versucht, dem Bund die Schuld für die schlechte Finanzlage des Landes zuzuweisen. Daß dieser Versuch kläglich mißlingen mußte, war offensichtlich. Ich möchte daher auch hier noch einmal darauf hinweisen, daß die Steuereinnahmen des Landes in den letzten vier Jahren um über fünf Milliarden DM gestiegen sind und daß die Zuschüsse des Bundes an unser Land allein in den letzten fünf Jahren 24 Milliarden DM betragen haben. Dies alles hat der Finanzminister in seiner Rede vornehm verschwiegen.

(C)

(D)

(Dorn (F.D.P.))

- (A) Meine Damen und Herren, es ist schon interessant, wenn man gelegentlich Veranstaltungen besucht, auf denen der Ministerpräsident als Redner angekündigt ist. So erlebte ich ihn am 11. November 1985 in Bonn bei der Vereinigung der ehemaligen Bundestagsabgeordneten. Er gab eine glänzende Vorstellung als Fremdenführer für Nordrhein-Westfalen; aber er bewies erneut, wie ihm manchmal Bemerkungen gelingen, die meilenweit an der Wahrheit vorbeilaufen. In dieser Veranstaltung antwortete er auf eine Frage nach der Verschuldung des Landes wie folgt:

Die höchste Kreditaufnahme in den letzten Jahren hatten wir 1980, als wir noch mit der F.D.P. regiert haben.

Auf meinen Zuruf "Das stimmt nicht!" sagte er: "Darüber können wir in Düsseldorf reden." - Das will ich jetzt tun.

(Heiterkeit bei F.D.P. und CDU - Nagel (CDU): Sehr gut!)

Herr Ministerpräsident, Ihre Behauptung war wieder einmal falsch. Wir glauben an dieser Stelle dem Finanzminister, der uns schriftlich mitgeteilt hat, daß die Nettoneuverschuldung 1981 um rund zwei Milliarden DM, 1982 um rund eine Milliarde DM höher war als 1980.

- (B) Lassen Sie mich ein Wort zu der Frage der Fortgeltung von Kreitermächtigungen sagen. Der Finanzminister hat uns in seiner Vorlage vom 8. November eine Stellungnahme zur Fortgeltung von Kreitermächtigungen, die der Landtag bewilligt hatte, zugestellt. Er setzt sich darin mit dem Gutachten, das Prof. Dr. Birk und Herr Wolfgang von der Universität Münster für den Bund der Steuerzahler erstellt hatten, auseinander. Die Gutachter kommen in der Frage der Verfassungsmäßigkeit der Inanspruchnahme von fortgeltenden Kreitermächtigungen zu völlig anderen Ergebnissen als der Minister. Es wird sicher notwendig sein, diese Frage einer ernsthaften Prüfung zu unterziehen, da nicht nur die verfassungsrechtliche Seite dieser Angelegenheit von Bedeutung ist, sondern vor allem auch die Sicherstellung parlamentarischer Kontrolle bei der Haushaltsabwicklung.

Immerhin bezweifelt auch der Landesrechnungshof in seinem Prüfbericht 1984/85 - ich zitiere -

daß damit ohne weiteres von einer ausreichenden Grundlage für eine Berücksichtigung dieser zusätzlichen Kreitermächtigung bei der Entscheidung über den Haushalt ausgegangen werden kann.

Der Landesrechnungshof verlangt eine realistische Begrenzung, damit die durch das Haushaltsgesetz gezogenen Grenzen der Schuldenaufnahme beim Haushaltsvollzug nicht mit Hilfe fortgeltender Kreitermächtigungen faktisch unterlaufen werden können.

(C)

Inzwischen hat sich ja herausgestellt, daß die Jahre 1980 und 1982 überhaupt nur durch dieses trickreiche Verfahren der Landesregierung finanziell bewältigt werden konnten. Ohne diese verfassungsrechtlich beunruhigende Entscheidung hätte die Regierung Rau bereits vor Jahren praktisch den Staatsbankrott erklären müssen.

Da haben wir Freien Demokraten in den Jahren 1975 bis 1979 immer wieder - ich gebe zu: mit intensiver Unterstützung des damaligen Finanzexperten der SPD, Karl Josef Denzer, unserem heutigen Landtagspräsidenten - in vielen Verhandlungen und Koalitionsausschußsitzungen unser ganzes Engagement darauf verwandt, daß die Kreitermächtigungen immer nur zu 50 % oder geringfügig darüber verausgabt wurden, und wir waren damals gemeinsam stolz darauf, meine Kolleginnen und Kollegen von der SPD, daß wir auf diese Weise in diesen Jahren 9,3 Milliarden DM eingespart haben und dafür dann natürlich auch keine Zinsen zahlen mußten. Auch damit konnten wir jährlich mehrere hundert Millionen DM an Zinsleistungen einsparen.

Doch kaum waren wir nicht mehr im Parlament und in der Regierung, da gaben Landesregierung und SPD-Mehrheitsfraktion nicht nur die Neubewilligten Kreite in voller Höhe aus, sondern sie verfrühstückten zusätzlich die eingesparten 9,3 Milliarden DM.

(D)

Im nächsten Jahr besteht unser Land 40 Jahre. Aber zu keiner Zeit hat eine Regierung eine so unverantwortliche Schuldenpolitik betrieben wie das Kabinett Rau in den letzten fünf Jahren.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Die schriftliche Bestätigung des Finanzministers dafür nutzt uns nicht viel, genauso wenig wie seine nachträglichen Klagen darüber und die Vorwürfe an seine eigene Partei uns auch nicht helfen. Die Zeche zahlen wir alle, insbesondere die nächste Generation.

Johannes Rau hat im Wahlkampf immer wieder erklärt, man mache seiner Partei den Vorwurf, sie könne mit Geld nicht umgehen. Und als Erwiderung sagte er dann immer, aber die

(Dorn (F.D.P.))

- (A) Bundesregierung und die Bonner Koalitionsparteien könnten nicht mit Menschen umgehen, und das sei viel schlimmer.

(Beifall bei der SPD)

Aber ich sage dazu: Die verheerenden Auswirkungen dieser Politik dieser Regierung werden in den nächsten Jahren gerade die Menschen unseres Landes in besonderer Weise treffen.

(Zustimmung bei F.D.P. und CDU)

Dann werden Sie spüren, daß die Erklärung des Ministerpräsidenten auch für die Sozialdemokraten ein Bumerang ist.

Es ist oft darüber diskutiert worden, und uns ist ja auch in dieser Legislaturperiode von einigen Kollegen der SPD wie früher auch von Kollegen der CDU der Vorwurf gemacht worden, die F.D.P. habe zuviel Einfluß in den jeweiligen Koalitionen gehabt. Ich möchte dazu einen neutralen Beobachter anführen: Prof. Dr. Kurt Sontheimer. Er sagte:

Dank ihrer fast ununterbrochenen Beteiligung an Regierungskoalitionen gelang der F.D.P. auch der Nachweis, daß diese kleine, aber politisch stets einflußreiche Partei nicht ungeeignet war, den großen Bruder im Regierungsbündnis in Schach zu halten, ihn im Interesse des Ganzen vor manchen politischen Schachzügen und Manövern zu bewahren. Die Partei konnte eine maßvoll korrigierende Funktion im Interesse der Sicherung eines gewissen Grades an individueller und gesellschaftlicher Freiheit ausüben, was ihr oft genug die Verärgerung und den Verdruß beider Hauptparteien eintrug. Daß dies für die Republik nützlich sein konnte, läßt sich kaum bestreiten.

(B)

Soweit das Zitat von Prof. Sontheimer, und ich glaube, durch die finanzpolitische Mitarbeit der F.D.P., als sie in der Regierungsverantwortung stand, ist das eindeutig unter Beweis gestellt worden.

(Beifall bei der F.D.P.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir alle wissen, daß der größte Ausgabenblock in unserem Haushalt die Personalkosten sind. Die Landesregierung stellt dazu fest, daß rund 9500 Stellen eingespart werden - um dann in einem Nebensatz zu sagen, daß nur rund 700 Stellen abgebaut werden und 8800 Stellen einen kw-Vermerk erhalten. Da diese Vermerke aber auch Stellen erfassen, die zum Teil erst in 10 oder 20 Jahren wegfallen können,

wenn die Stelleninhaber ausscheiden, ist die Bemerkung, daß 9500 Stellen eingespart werden, schlicht eine Irreführung der Öffentlichkeit.

(C)

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Außerdem ist der Abbau von 700 Stellen bei 338 000 Landesbeuiensteten kein Weg, um zu einem wirklichen Personalkostenabbau auf 37 % des Landeshaushalts zu kommen, wie es 1980 der Fall war.

Von allen Bundesländern hat Nordrhein-Westfalen mit 139 % die höchste Steigerungsrate der Personalkosten. Aber wenn wir eine wirkliche Konsolidierung der Landesfinanzen erreichen wollen, geht das entscheidend nur über den Weg von Ausgabenkürzungen, und hierbei werden die Personalkosten eine wichtige Rolle spielen müssen. Dabei ist zuzugeben, daß der Weg dahin mit vielen Hürden gespickt ist. Es wird auch sicher notwendig sein, die einzelnen Bereiche sehr differenziert zu behandeln.

Die Ergebnisse der Prüfungen des Landesrechnungshofes im Geschäftsjahr 1984/85 zeigen auch in einer Reihe von Feststellungen, daß die personalpolitischen Entscheidungen bei einigen Ministerien einer gründlichen Überprüfung und Veränderung bedürfen. Hier wäre sicher die parlamentarische Kontrolle wünschenswert.

Außerdem wäre es sehr hilfreich, wenn der Ministerpräsident einzelnen Mitgliedern seines Kabinetts - ich denke dabei besonders an den Minister Heinemann - und auch den Bundestagsabgeordneten seiner Partei klarmachte, daß sie ihren immer wieder öffentlich geäußerten Widerstand gegen zeitlich begrenzte Arbeitsverhältnisse endlich aufgeben sollten.

(D)

(Hunger (SPD): Das werden sie nie machen!)

- Interessant, was aus dem Kreis der SPD-Fraktion als Zwischenruf aufzunehmen; denn das, Herr Kollege, was die SPD auf Bundesebene noch massiv bekämpft, hat die gleiche SPD auf der Ebene unseres Landes nicht nur bei den Lehrern bereits eingeführt.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Sie wird es auch in anderen Bereichen fortsetzen. Dies hat der Ministerpräsident in seiner Regierungserklärung am 10. Juni 1985, die Sie vielleicht noch einmal nachlesen sollten, wie folgt begründet:

(Dorn (F.D.P.))

- (A) Um einer möglichst großen Zahl junger Wissenschaftler die Chance zu weiterer Qualifikation auch für Tätigkeit außerhalb der Hochschule zu geben, kann auf zeitlich befristete Beschäftigungsverhältnisse nicht verzichtet werden.

Zu dieser realistischen Einschätzung der Notwendigkeiten können wir den Ministerpräsidenten nur beglückwünschen.

Nun lassen Sie mich ein Wort zu der Frage sagen, ob der Ministerpräsident primär Ministerpräsident oder Kanzlerkandidat ist. - Es heißt ja immer: Reisen bildest. Ich habe keinerlei Veranlassung, das zu bestreiten; auch ich habe auf meinen Reisen unendlich viel gelernt. Aber ich habe auch eine zweite Feststellung treffen können, nämlich: "Lesen informiert ungemein."

(Zustimmung bei F.D.P. und CDU)

So habe ich in vielen Monaten - auch zur Vorbereitung meiner heutigen Rede - intensiv viele Reden von Johannes Rau, Dr. Posser, Dr. Worms, Prof. Bieuenkopf und anderen Politikern gelesen.

(Elfring (CDU): Und wer küßt uns?)

Denn man wußte ja Anfang April noch nicht genau, welche Zitate man unbedingt in dieser Legislaturperiode brauchen würde.

- (B) (Heiterkeit bei F.D.P. und CDU)

So las ich 1982 im "Playboy" ein hochinteressantes Interview mit Herrn Rau. Der Ministerpräsident sagte darin auf die Frage, ob er der Kronprinz der SPD sei:

Ach, wissen Sie, ich bin jedenfalls keiner; denn mein Bedarf an politischer Wirkung ist voll erfüllt. Ich sage das nicht aus taktischen Gründen, ich will nichts mehr werden. Ein Mann, der mit 52 Regierungschef im größten Bundesland ist, dem sollte das aber wohl genügen.

Auf die Frage des Interviewers "bis zur Pensionierung?", antwortete Johannes Rau: "Gerne."

So stellt sich nicht nur uns, sondern auch denjenigen, die am 12. Mai Herrn Rau gewählt haben, die Frage: Wie ernst sollen sie seine Versprechungen vor der Wahl nehmen?

Am 21. Januar 1985 konnten wir in der "Westdeutschen Allgemeinen" lesen:

Ministerpräsident Johannes Rau kandidiert für die Landtagswahl am 12. Mai mit dem

Ziel, für die gesamte Legislaturperiode Regierungschef in Nordrhein-Westfalen zu bleiben. (C)

(Evertz (CDU): Sehr wahr!)

Und in der "Westfälischen Rundschau" vom selben Tage hieß es:

Er habe, so ließ Raus Regierungssprecher Müller-Reinig ergänzend erklären, die Absicht, in der vollen nächsten Wahlperiode Regierungschef in Düsseldorf zu bleiben.

(Evertz (CDU): Sehr wahr!)

Auf dem SPD-Landesparteitag im Februar 1985 erklärte Johannes Rau unter großem Beifall:

Laßt euch nicht von Spekulationen irremachen. Ich kandidiere nicht um irgendeines anderen Mandates willen. Ich will wieder Ministerpräsident werden, und ich will es bleiben.

(Schwartz (SPD): Wann sprechen Sie wieder zum Haushalt?)

Nach allen Erklärungen von Johannes Rau ist also die Schlagzeile der "Westdeutschen Allgemeinen" vor der Wahl - "Ich kandidiere in NRW für die volle Amtsperiode" - heute nicht mehr das Papier wert, auf dem sie geschrieben wurde.

(Zustimmung bei der F.D.P.) (D)

Diese Bemerkung gilt nur den Erklärungen des Ministerpräsidenten. Die Wähler werden im Januar 1987 mit ihrer Entscheidung dann schon dafür sorgen, daß Johannes Rau gezwungen sein wird, sein Wort einzuhalten, und als geschlagener Kanzlerkandidat wieder in Düsseldorf regieren darf.

(Zustimmung bei F.D.P. und CDU - Rohe (SPD): Das ist aber Wunschenken!)

- Herr Kollege Rohe, es gibt ja nun über viele Jahrzehnte Erfahrungen, die alle sammeln durften.

(Zuruf des Abg. Hunger (SPD))

Der Herr Ministerpräsident hat in seiner Regierungserklärung nur wenige konkrete Ankündigungen gemacht. Eine lautet:

Wir werden unsere eigenen Interessen und Positionen innerhalb der Europäischen Gemeinschaft künftig selber vertreten. Wir wollen ein eigenes Büro in Brüssel eröffnen.

(Dorn (F.D.P.))

- (A) Ich habe damals den Zwischenruf gemacht: "Und eines bei der UNO." Damit wollte ich verdeutlichen, mit welchen Illusionen der erste Schritt des Ministerpräsidenten in den Bereich der Außen- und Europapolitik verbunden ist.

Meine Damen und Herren, solch ein Vorschlag kann wirklich nur jemand machen, der keine Sachkenntnis über die vielfältigen und komplizierten Zusammenhänge bei der EG und den Verhandlungsstrategien dort hat.

(Zuruf des Abg. Kuhl (F.D.P.))

Ich selbst habe viele Jahre der Beratungskommission bei der EG, die über die Zulassung der Berufsausübung für Architekten und Ingenieure verhandeln mußte, angehört. Und wer weiß, wie unendlich langwierig Verhandlungen sind, die von nationalen Regierungen zum Erfolg, Teilerfolg oder Mißerfolg geführt werden, und wie vielschichtig auf den verschiedensten Ebenen verhandelt werden muß, kann sich ein ungefähres Bild davon machen, wie hoch qualitativ und wie stark quantitativ ein solches Büro ausgestattet sein müßte, um dann festzustellen, wie wenig gegenüber den Vertretern der nationalen Regierungen angesprochen und wie noch viel weniger verhandelt werden könnte.

- (B) Wer dazu noch daran denkt, wie unendlich schwer es ist, auf Ministerkonferenzen oder Kommissionssitzungen auf nationaler Ebene Teilerfolge zu erreichen, der müßte sich auch vorstellen können, wie wenig eine Provinz oder ein Bundesland bei der EG bewirken kann.

Doch das ist nur der eine Aspekt. Es kommt ein viel wichtigerer hinzu, der in seinen Auswirkungen dem Ministerpräsidenten wohl auch nicht bekannt war; sonst hätte er sicherlich diesen Vorschlag gar nicht erst gemacht.

Bereits 1984 war in den Zeitungen, die in unserem Lande erscheinen, zu lesen, daß Nordrhein-Westfalen von allen Bundesländern bisher am meisten von den Finanzhilfen der EG profitierte. Bis zum 31. 12. 1983 bekam Nordrhein-Westfalen allein 1 358 000 000 DM an Zuschüssen und 5 245 000 000 DM an Darlehen aus Förderfonds der EG.

Meine Damen und Herren, damit floß von allen Zuschüssen, die von der EG in die Bundesrepublik vergeben wurden, fast jede dritte Mark nach Nordrhein-Westfalen, und von den Darlehen gingen sogar 48,8 % nach Nordrhein-Westfalen.

(C) Lieber Herr Rau, Sie sollten diesen Teil Ihrer Regierungserklärung schnellstens ad acta legen, bevor die Steuerzahler unseres Landes mit ansehen müssen, daß Ihre Regierung jährlich einige Millionen DM aus der jetzt schon leeren Landeskasse nutzlos verpulvert.

Es wäre sicher sehr reizvoll, auch noch auf das einzugehen, was der Ministerpräsident mit seinem Ausflug in die Sozialpolitik erlebte. Nachdem er sich von seinen Äußerungen zu den sozialpolitisch notwendigen Änderungen auf der Bundesebene wieder zurückgezogen hat, können wir uns dem anschließen, was die "Zeit" dazu feststellt:

Die Vorschläge haben die ganze sozialpolitische Unbedarftheit des Herrn Rau bewiesen.

(Beifall bei der F.D.P. - Evertz (CDU):  
Wer hat das geschrieben: Herr Schmidt?)

Ich will deshalb mit ihm auch heute über diesen Komplex nicht weiter streiten, stelle allerdings fest: Wer mehr für die beschäftigungswirksamen Ausgaben des Staates tun will, muß tiefer, noch viel tiefer in die Sozialleistungen reinschneiden.

Dies sagte Bundeskanzler Schmidt am 30. Juni 1982 vor der SPD-Bundestagsfraktion und führte dazu weiter aus:

(D) Einige haben bemängelt, daß in diesem Paket nicht genug getan werde zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Ich sage denen: Dies ist leider wahr. Wer mehr tun will, muß in die Geld- und Sozialleistungen tiefer hineinschneiden, als es in dem Kompromißpaket von mir vorgeschlagen wurde. Von den beiden Möglichkeiten scheitert die eine - es nämlich durch höhere Kreditaufnahme zu finanzieren - an mir. Ich kann das nicht verantworten. Die zweite Möglichkeit scheitert an euch.

Soweit das Zitat von Helmut Schmidt.

Ob der jetzige Rückzieher des Ministerpräsidenten allerdings so politisch falsch und verheerend ist, wie der Vorsitzende der SPD-Fraktion, Professor Farthmann, es vor dem Vorstand der SPD-Landtagsfraktion geäußert hat, wird die Zukunft erweisen;

(Aigner (SPD): Sie waren doch gar nicht dabei!)

denn als ehemaliger Arbeits- und Sozialminister hätte er wissen müssen, daß von den insgesamt 190 Milliarden DM, die auf den Sozialabbau entfallen, allein 160 Milliarden DM

(Dorn (F.D.P.))

- (A) auf Entscheidungen der SPD-geführten Bundesregierung beruhen und nur 30 Milliarden DM auf die jetzige Regierung entfallen.

(Dr. Farthmann (SPD): Erzählen Sie das einmal den Bürgern! Die lachen Sie aus!)

- Das ist die Wahrheit! Daß Ihnen das nicht gefällt, Herr Farthmann, ist eine völlig andere Frage.

(Dr. Farthmann (SPD): Das ist eine groteske Rechnung!)

Dabei darf aber nicht vergessen werden, daß diesen Kürzungen seit 1983 einkommenswirksame Leistungsverbesserungen von jährlich 40 Milliarden DM gegenüberstehen - ohne die Anrechnung der Stabilitäts- und Zinsgewinne.

Schließlich darf auch nicht übersehen werden, daß Kürzungen im Sozialbereich unabdingbar geworden waren. Und der Herr Ministerpräsident unseres Landes hatte diese Erkenntnis sogar schon früher gewonnen als Bundeskanzler Schmidt. Dies hat er in seiner Regierungserklärung am 19. November 1981 im Landtag bewiesen. Damals formulierte er das so:

Wir müssen wissen: Ohne Wachstum unserer Wirtschaft wird das soziale Netz auf Dauer brüchig werden. Wir werden die öffentlichen Leistungen so nicht aufrechterhalten können. Die Finanzierungsspielräume haben sich spürbar verringert. Wir waren deshalb zu Eingriffen auch in gesetzliche Leistungen gezwungen. Wir wissen, daß manche Einschränkungen von den Betroffenen als schmerzlich empfunden werden. Das ist verständlich. Auch uns wäre es lieber gewesen, wir hätten den Bürgern Einschränkungen ersparen können.

So Johannes Rau 1981.

Meine Damen und Herren! Wir als demokratische Parteien sollten bei aller Unterschiedlichkeit politischer Entscheidungen und ihrer Begründungen keinen Zweifel darüber aufkommen lassen, daß es unsere Aufgabe ist, das Allgemeinwohl zu bewahren und unsere soziale Verpflichtung gegenüber denen zu erfüllen, die benachteiligt sind.

(Zustimmung bei der F.D.P.)

Deshalb helfen uns auch demagogische Vorwürfe über die Einführung alter oder neuer Armut nicht weiter. Ich sage das heute vor allen Dingen an die Adresse einiger SPD-

Abgeordneter, wie ich es genauso deutlich an die Adresse des CDU-Abgeordneten Barzel gesagt habe, als dieser vor 10 Jahren erklärte:

Die sozial-liberale Koalition hat eine Landkarte der Armut gezeichnet.

(Aigner (SPD): Deswegen habt ihr die Vermögensteuer abgesenkt!)

- Also, auf diesen Zwischenruf möchte ich jetzt nicht eingehen.

Wir alle haben Anfang der 70er Jahre gesündigt - wir alle ohne Ausnahme, alle Fraktionen dieses Hauses, alle Fraktionen im Deutschen Bundestag -, als wir glaubten, das Füllhorn der sozialen Geschenke sei unerschöpflich. Doch dann mußten wir erkennen, daß wir alle über unsere Verhältnisse gelebt hatten, und mußten Konsequenzen ziehen. Deshalb sollten wir uns jetzt nicht durch Beschimpfungen und falsche Vorwürfe noch zusätzlich den sonst berechtigten Vorwurf der Unglaubwürdigkeit einhandeln.

(Pohlmann (SPD): Haben die Arbeitslosen über ihre Verhältnisse gelebt?)

- Bitte?

(Pohlmann (SPD): Meinen Sie damit den kleinen Rentner und den Arbeitslosen, die über ihre Verhältnisse gelebt hätten?)

- Ich meine den, den auch Helmut Schmidt mit seinem Zitat gemeint hat, und auch den, den Johannes Rau mit seinem Zitat gemeint hat, das ich vorhin hier vorgetragen habe.

(Pohlmann (SPD): Sie haben gesagt, wir alle hätten über die Verhältnisse gelebt!)

Wir alle gemeinsam müssen wissen, daß eine gute Sozialpolitik nur zu erreichen ist, wenn wir eine vernünftige Wirtschafts- und Finanzpolitik betreiben. Abraham Lincoln, einer der bedeutendsten Präsidenten der Vereinigten Staaten, hat das vor mehr als 120 Jahren einmal so formuliert:

Ihr werdet die Schwachen nicht stärken, indem ihr die Starken schwächt. Ihr werdet denen, die ihren Lebensunterhalt verdienen müssen, nicht helfen, indem ihr die ruiniert, die sie bezahlen. Ihr werdet keine Brüderlichkeit schaffen, indem ihr Klassenhaß schürt.

(Abg. Meuffels (CDU): Hochaktuell!)

(C)

(D)

(Dorn (F.D.P.))

- (A) Ihr werdet den Armen nicht helfen, indem ihr die Reichen ausmerzt. Ihr werdet mit Sicherheit in Schwierigkeiten kommen, wenn ihr mehr ausgibt, als ihr verdient. Und ihr werdet kein Interesse an den öffentlichen Angelegenheiten und keinen Enthusiasmus wecken, wenn ihr dem einzelnen seine Initiative und seine Freiheit nehmt. Ihr könnt den Menschen nie auf die Dauer helfen, wenn ihr für sie tut, was sie selber für sich tun sollten und könnten.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Meine Damen und Herren, eindrucksvoller, uns alle mahnender und aktuell verpflichtender kann das heute nicht formuliert werden als vor 120 Jahren.

Ich möchte etwas zu den Dingen sagen, die uns in der letzten Zeit, Herr Ministerpräsident, sehr bewegt haben, die das Bundesratsministerium und Ihre Entscheidungen angehen. Zu der Bedeutung des Bundesratsministeriums muß ich feststellen, daß sie oft unterschätzt worden ist. Allerdings ist die Wirksamkeit für unser Land auch weitgehend von einer qualitativ guten Besetzung abhängig.

- (B) Nun hat Minister Einert in der letzten Zeit eine Reihe von Erklärungen abgegeben, die ihn und sein Ressort in eine völlig überflüssige Schiefelage bringen. Was soll eine Formulierung wie, die Bundesregierung wolle mit ihrer Kritik den Kanzlerkandidaten Rau bewußt niedermachen und das Land vorsätzlich ausbluten? Und dann stuft er Kritik an Rau auch noch als Angriff auf Nordrhein-Westfalen ein, nach dem Motto: "L'Etat c'est moi."

Mit solchen Rundumschlägen kann doch nichts Positives bewirkt werden, vor allen Dingen wenn er dann auch noch Beispiele anführt, die ihn in seiner Argumentation erst recht unglaubwürdig machen. So sagte er:

Da Nordrhein-Westfalen das Geld für die Kohle auf Pump besorgen mußte, hat es in den Jahren 1966 bis 1984 nicht nur 12 Milliarden DM direkt für Kohle ausgegeben, sondern auch noch 9,5 Milliarden DM für die damit verbundenen Zinszahlungen.

Herr Einert, wenn das stimmte, was Sie gesagt haben, dann müßten Sie uns schon sagen, wo das Land die Zinsen zu solchen Wucherpreisen aufgenommen hat, damit der dafür Verantwortliche in Regreß genommen werden kann.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

(C) Die Landesvertretung in Bonn ist in vielen Jahren von einem Minister und in einigen Jahren von einem Staatssekretär geleitet worden, wie das bei anderen Landesvertretungen auch geregelt ist. Der Ministerpräsident hat nun entschieden, daß zu dem Minister noch eine Staatssekretärin eingesetzt werden soll.

(Aigner (SPD): Sehr gut!)

Er hätte sich besser an ein Wort von Ralf Dahrendorf erinnert, der gesagt hat: "Um Neues zu schaffen, braucht man nicht Ämter, sondern in erster Linie Argumente."

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Doch die haben wir bis zum heutigen Tage weder vom Ministerpräsidenten noch vom Kabinett gehört.

(Aigner (SPD): Daran halten Sie sich in Bonn, nicht?)

Ich habe bereits in meiner Rede zum Haushaltsvollzug 1985 zu der damaligen Absicht, eine Staatssekretärin für die Landesvertretung einzustellen, Stellung genommen. Heute möchte ich im Namen der Freien Demokraten noch einmal unmißverständlich erklären: Frau Dörrhöfer-Tucholski ist sicherlich eine gute Journalistin, und als solche soll sie ja auch in Bonn tätig werden, und zwar mit dem klaren Auftrag, "die bundespolitische Plattform für den Kanzlerkandidaten Rau zu vergrößern",

(D) (Ministerpräsident Dr. Rau: Nein!)

wie es die "Westfälische Rundschau", eine der SPD nahestehende Zeitung, nach ihrer Ernennung zur Staatssekretärin schreibt. Auch nach den Erklärungen fast aller nordrhein-westfälischen Zeitungen soll ihre Aufgabe darin bestehen, ihr Amt als Staatssekretärin zur Journalistenaufklärung und Propaganda für den SPD-Kanzlerkandidaten Rau wahrzunehmen.

Herr Ministerpräsident, diese Aufgabe hat mit dem Landesinteresse nichts, aber mit den Parteiinteressen der SPD alles zu tun.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Deshalb gab es dafür auch nur eine vertretbare Lösung, die ich Ihnen bereits im Oktober vorgeschlagen habe: Beurlaubung aus den Diensten der Staatskanzlei und für diese anderthalb Jahre Bezahlung aus der Parteikasse der SPD.

(Erneuter Beifall bei F.D.P. und CDU - Aigner (SPD): Sie haben die Regierungserklärung nicht gelesen!)

(Dorn (F.D.P.))

- (A) - Auf die Regierungserklärung komme ich gleich zu sprechen; seien Sie ganz unbesorgt!

Diese Gleichsetzung von Wahrnehmung der Parteiinteressen und Bezahlung durch den Staat hat mich, Herr Rau, auch persönlich sehr betroffen gemacht. Ich habe es aufgrund der langjährigen und auch vertrauensvollen Zusammenarbeit mit Ihnen einfach für ausgeschlossen gehalten, daß Sie sich zu einem solchen parteipolitischen Mißbrauch von öffentlichen Mitteln hergeben würden.

(Ministerpräsident Dr. Rau: Das tue ich auch nicht!)

Diese Art von Entscheidungen erinnert in fataler Weise an das, was der Staatsrechtler Carl Schmitt zum Thema Legalität und Legitimität erklärte:

Wer die Mehrheit hat, macht die geltenden Gesetze. Außerdem macht er die von ihm gemachten Gesetze selber geltend. Geltung und Geltendmachung, Produktion und Sanktion der Legalität ist sein Monopol. Das wichtigste ist aber, daß das Monopol der Geltendmachung des geltenden Gesetzes ihm den legalen Besitz der staatlichen Machtmittel und damit eine über die bloße Normengeltung weit hinausgehende politische Macht verleiht. Die herrschende Partei verfügt über das ganze Übergewicht, das der bloße Besitz der legalen Machtmittel in einem von dieser Art Legalität beherrschten Staatswesen mit sich bringt.

(B)

(Aigner (SPD): Das merken wir in Bonn sehr deutlich!)

Die Mehrheit ist jetzt plötzlich nicht mehr Partei, sie ist der Staat selbst.

So weit das Zitat.

(Beifall bei der F.D.P.)

Die Grenze zu dem "Wehret diesen Anfängen" haben Sie, Herr Ministerpräsident, leider überschritten.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Gegen die von Ihnen praktizierte Politik der Gleichsetzung von Partei und Staat und der Durchsetzung auch zweifelhafter Entscheidungen mit Ihrer absoluten Mehrheit setze ich ein Wort von Elias Canetti, der in seinem Buch "Masse und Macht" u.a. schreibt:

Niemand hat je wirklich geglaubt, daß die Meinung der größeren Zahl bei einer

- (C) Abstimmung durch ihr Übergewicht auch die klügere sei.

Nun erhält dieses für die Regierung so unangenehme Thema durch die Pressemeldungen des gestrigen Tages noch einen besonders akzentuierten vorläufigen Abschluß. Herr Ministerpräsident, wenn der Artikel in der Ihnen politisch nahestehenden "NRZ" stimmt,

(Ministerpräsident Dr. Rau: Er stimmt nicht!)

daß nunmehr der leitende Beamte des Bundesratsministeriums in Bonn ausscheidet, um eine sachlich durch nichts zu begründende Position in Düsseldorf zu übernehmen, dann widerspricht das auch Ihrer Regierungserklärung, in der Sie angekündigt haben, Sie wollten das Bundesratsministerium in Ihrem Kabinett in seiner Bedeutung stärken. Vorausgesetzt, die Pressemeldung stimmt,

(Ministerpräsident Dr. Rau: Nein, die stimmt nicht!)

dann stärken Sie das Ministerium, das die Interessen unseres Landes im Bundesrat und gegenüber dem Bundestag und der Bundesregierung vertreten soll, nicht, sondern Sie erreichen das Gegenteil.

Einen hochqualifizierten Ministerialdirigenten, der seit vielen Jahren seine hervorragenden Sachkenntnisse und vor allen Dingen seine in vielen Jahren der Verhandlungen erworbenen Personalkenntnisse seiner Gesprächspartner aus den anderen Bundesländern im Interesse unseres Landes eingesetzt hat, ersetzen Sie nun durch eine Staatssekretärin, die für diese Aufgaben nicht die geringsten Kenntnisse mitbringt.

(D)

(Kuhl (F.D.P.): Er ist doch nicht der erste!)

Auf jeden Fall - Herr Ministerpräsident, lassen Sie mich das sehr persönlich sagen - sollten Sie in Zukunft darauf verzichten, uns den Vorwurf zu machen, wir könnten nicht mit Menschen umgehen.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Die wirtschaftspolitische Entwicklung in unserem Lande ist zwar in den letzten Monaten langsam, aber spürbar besser geworden. Doch wir brauchen in vielen Bereichen der Wirtschafts- und Finanzpolitik einen neuen Anfang mit neuen Ideen und einer Vielzahl neuer Initiativen. Wir müssen den Menschen nicht nur wieder Mut machen, wir müssen ihre Phantasie und auch ihre

(Dorn (F.D.P.))

- (A) erbrachte Leistung anspornen und belohnen; denn zur Bewältigung der Zukunftsaufgaben müssen auch über den Haushalt neue politische Prioritäten gesetzt werden.

Dies gilt in besonderer Weise für die Beseitigung wirtschaftlicher Monostrukturen, um die Schaffung neuer Arbeitsplätze und ihre Sicherung für die Zukunft zu erreichen. Daß wir das nicht allein für Nordrhein-Westfalen erreichen können, ist bekannt. Auch der Ministerpräsident erklärte in dem vorhin schon zitierten Interview im "Playboy":

Wir haben es ja gegenwärtig

- so 1982! -

mit der längsten weltwirtschaftlichen Phase einer Krise zu tun, einer Rezession, die zu einer Depression geraten kann. Da ist natürlich die Frage: Gibt es bei dieser wirtschaftspolitischen Lage nationale Rezepte? Ich bezweifle das.

Wenn ich daran denke, daß das Ruhrgebiet allein in den Jahren 1973 bis 1978 aus 190 staatlichen Maßnahmen 27 Milliarden DM über den Landeshaushalt an Mitteln erhielt, daß daneben noch weitere 5 Milliarden DM Bundesmittel im gleichen Zeitraum im Ruhrgebiet eingesetzt wurden, daß die Hilfsmaßnahmen in Milliardenhöhe fortgesetzt wurden und daß trotzdem kein arbeitsmarktpolitischer Durchbruch erzielt wurde, müssen wir uns doch alle fragen, ob wir nicht vielleicht falsche Wege beschritten haben und ob nicht andere Maßnahmen möglicherweise erfolgreicher gewesen wären.

(B)

Alle diese Überlegungen sollten für uns Veranlassung sein, den Mut zu haben, mit Energie nach neuen wirtschaftspolitischen Konzeptionen zu suchen, ohne die bisher erfolgreichen Maßnahmen zu vernachlässigen.

(Beifall bei der F.D.P.)

Bei diesen Überlegungen denke ich allerdings nicht, daß Minister Zöpel mit seiner Bemerkung auf dem SPD-Landesparteitag im Februar 1985 recht hat, als er sagte:

Wir haben zu lange auf wirtschaftspolitisches Wachstum gesetzt und zu spät auf Erhard Eppler gehört.

(Lachen bei der CDU)

Herr Zöpel, die Epperschen Vorstellungen helfen uns genausowenig wie die des Ministers Heinemann, der - kurz im Parlament und schon im Kabinett - öffentlich die Finan-

zierung von Beschäftigungsprogrammen forderte. Vermutlich hatte er im Wahlkampf bei seiner Stellungnahme zu den Prüfsteinen des DGB, die uns Landtagsabgeordneten zugesandt waren, dies dem DGB versprochen. Aber der Fraktionsvorsitzende der SPD, Prof. Farthmann, hat ihm dann ja, Gott sei Dank ebenfalls in der Öffentlichkeit, klargemacht, daß diese unsinnige Forderung keine Chance der Verwirklichung haben wird.

Es gibt eben leider kein Patentrezept, das schwere Problem der Arbeitslosigkeit kurzfristig zu lösen. Schon am 19. Januar 1981 sagte Herr Rau in seiner Regierungserklärung vor dem Landtag: "Die Arbeitslosigkeit in unserem Lande ist zu hoch." 1981! In seiner Regierungserklärung am 10. Juni 1985 mußte er feststellen:

Auch wir konnten und können nicht verhindern, daß zur Zeit 700 000 Menschen in unserem Land keine Arbeit finden.

(Aigner (SPD): Wenn auf die Wirtschaftspolitik in Bonn gewartet wird!)

Insofern bestätigt der Ministerpräsident auch die Unrichtigkeit der Aussage im SPD-Programm für die 80er Jahre, wo es heißt: "Es ist Aufgabe des Staates, durch Vollbeschäftigungspolitik Ausbildungsplätze und Arbeitsplätze zu schaffen und zu sichern." Die Berufskritiker in der SPD sollten sich daran erinnern, daß CDU/CSU und SPD in der zahlenmäßig großen Koalition des Deutschen Bundestages im Jahre 1987 im Stabilitätsgesetz die Vollbeschäftigung qua Gesetz beschlossen haben.

(D)

(Aigner (SPD): Sie meinen 1967!)

- 1967, das habe ich gesagt.

(Aigner (SPD): Sie sagten "1987".)

Diese Koalition verfügte damals über 100 % der Stimmen im Bundesrat und über 90 % der Stimmen im Deutschen Bundestag. Sie hätten also alles durchsetzen können, was Sie wollten. Aber wie kläglich war das Ergebnis, an dem die SPD voll beteiligt war!

Ferner möchte ich die Kolleginnen und Kollegen der SPD daran erinnern, daß wir gemeinsam mit Ihnen in den 70er Jahren in der sozial-liberalen Koalition Sonderprogramme für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen auf Bundesebene in Höhe von über 50 Milliarden DM beschlossen haben,

(Aigner (SPD): Woran waren Sie eigentlich nicht beteiligt?)

(Dorn (F.D.P.))

- (A) und am Ende der sozial-liberalen Koalition 1982 hatten wir 1,8 Millionen Arbeitslose.

(Aigner (SPD): Jetzt haben wir 2,2 Millionen!)

Präsident Denzer: Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Trinius?

(Zustimmung des Abg. Dorn (F.D.P.))

- Herr Kollege Trinius, Sie haben das Wort.

Trinius (SPD): Herr Kollege Dorn, muß man bei solchen kritischen Bemerkungen zur Wirkung von Wirtschaftsförderungsprogrammen nicht auch erwähnen, daß dieses Zukunftsinvestitionsprogramm innerhalb von zwei Jahren mindestens 900 000 Arbeitsplätze in der Bundesrepublik zusätzlich geschaffen hat?

Dorn (F.D.P.): Herr Kollege Trinius, natürlich haben bestimmte Maßnahmen zu vorläufigen und manchmal auch - allerdings in selteneren Fällen - zu weiteren Arbeitsplätzen für eine längere Zeit geführt. Nur, im Endergebnis stehen wir vor der Frage: Gibt es nicht doch die Notwendigkeit, neue Überlegungen anzustellen, wie es gelingen könnte, dieser Seuche Arbeitslosigkeit wirklich Herr zu werden? Die bisherigen Lösungsmöglichkeiten haben leider den Beweis erbracht, daß sie nicht ausreichend waren; nur deswegen spreche ich das hier an. Die Behauptung, daß also mit staatlichen Milliarden-Verschuldungsprogrammen die Arbeitslosigkeit auf Dauer abgebaut werden könne, beruht daher auf illusionären Vorstellungen. Auch durch ständiges Wiederholen gewinnt sie nicht an Wahrheitsgehalt.

(B)

Ende November haben die fünf Weisen in ihrem Herbstgutachten noch einmal betont, daß die Arbeitslosigkeit nur durch einen langfristigen Gesundungsprozeß der Wirtschaft ernsthaft reduziert werden kann. Dazu wirkt sich in den nächsten Jahren die Bevölkerungsentwicklung durch die geburtenschwachen Jahrgänge auf dem Arbeitsmarkt aus. Aber sowohl die Sachverständigen wie auch die Bundesbank zeichnen eine eindeutig positive Perspektive für das nächste Jahr, nachdem bereits in diesem Jahr festgestellt werden konnte, daß das Sozialprodukt seit 1982 real um 100 Milliarden DM gewachsen ist. Im gleichen Zeitraum sind die reale Kaufkraft der privaten Haushalte um 20 Milliarden DM, bei den Unternehmen die realen Bruttoinvestitionen in dieser Zeit um 47 Milliarden DM und die öffentlichen Investitionen um 16 Milliarden DM gestiegen. Als Vergleich dazu ist festzuhalten, daß der Anstieg der

Verbraucherpreise nur 1,8 % betrug; dies ist die niedrigste Preissteigerungsrate seit 15 Jahren. (C)

Es ist also festzuhalten, daß der Kurswechsel von der Expansionspolitik zur Stabilisierungs- und Konsolidierungspolitik der letzten Jahre auch nach Meinung des Sachverständigenrates unausweichlich war.

Nun hat der Finanzminister in seiner Einbringungsrede eine Reihe von Sonderlasten angesprochen. Ich möchte nur wenige Worte zu dem Thema Kohle sagen. Es ist anzuerkennen, daß der Landeshaushalt seit Jahren in besonderer Weise durch die Ausgaben für Kohle und Stahl großen Belastungen unterworfen ist. Nur: Die jetzt so massiv vorgebrachten Vorwürfe und Argumente gegen die jetzige Regierung nützen uns wenig, weil das Problem ja bereits seit 1966 besteht. Wir könnten die Landesregierung fragen, welche Initiativen sie ergriff, welche Erfolge sie gegenüber der SPD-geführten Bunderegierung hatte und was sie erreichte.

Heutiges Klagen nützt aber nichts, wenn man in der Vergangenheit, als man politische Chancen hatte, diese auch nicht realisieren konnte. Die jetzigen Klagen der SPD-Landesregierung erhalten einen makaberen Beigeschmack, wenn man schon 1980 in dem NRW-Programm der SPD für die 80er Jahre lesen konnte - ich zitiere:

Die Kohlenkrise ist überwunden. Unsere vorausschauende Politik sicherte die Kohle als heimischen Energieträger. Damit hat Nordrhein-Westfalen den entscheidenden Beitrag zur Energieversorgung der Bundesrepublik geleistet. Wir werden an unserer Politik "Vorrang für die Kohle" festhalten. (D)

Nach der programmatischen Erklärung der SPD 1980 ist also die Kohlenkrise - wenn Worte noch einen Sinn haben sollen - schon mindestens seit fünf Jahren überwunden. Oder sollte die SPD das, was sie damals geschrieben hat, gar nicht gemeint haben? Die Herren Posser und Rau führen mit ihren jetzigen Aussagen über die finanzielle Belastung des Landeshaushalts durch die Kohleprobleme wohl doch ihr eigenes landespolitisches Programm ad absurdum.

Eine andere Frage drängt sich allerdings auch auf, nämlich warum die Landesregierung nicht früher in Sachen Länderfinanzausgleich geklagt hat. Nun verlangt die Bundestagsfraktion der SPD, nachdem sie in der Opposition ist, daß der Bund zwei Drittel der Kosten für den Kohlebereich übernimmt. Bundeskanzler Schmidt hat aber mit Unterstützung der SPD-

(Dorn (F.D.P.))

- (A) Bundestagsfraktion, als sie noch in der Regierung war, im August 1982 der nordrhein-westfälischen Landesregierung schriftlich mitgeteilt - ich zitiere:

Ich bitte Sie um Verständnis, daß die Bundesregierung aus haushaltspolitischen und auch aus präjudiziellen Gründen an dem Beteiligungsschlüssel 50 : 50 Bund und Land festhalten muß.

(Schauerte (CDU): Das ist doppelte Moral!)

Auch die SPD-Bundestagsabgeordneten aus Nordrhein-Westfalen haben in dieser Frage keine Änderung in der Haltung des Bundeskanzlers herbeigeführt. Wir wissen nicht einmal, ob sie das überhaupt versucht haben.

In seiner Regierungserklärung hat der Herr Ministerpräsident sich dazu geäußert, was er in dieser Frage von den anderen, dem Bund und der Wirtschaft, erwarte, als er sagte - ich zitiere:

Wir halten fest am Vorrang der heimischen Kohle. Unsere Kohle hat Zukunft... Der Bund muß... mehr in die Zukunft der deutschen Steinkohle investieren... Wir erwarten vom Bund, daß er die langfristigen Perspektiven der Steinkohle und die bewährten Instrumente der Kohlehilfe sichert.

- (B) Nun hat der Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages, in dem ja bekanntlich die SPD nicht die Mehrheit hat, in einem wichtigen Punkt entschieden. Er beschloß eine Verdoppelung der Kokskohlenbeihilfe auf 1,4 Milliarden DM für den Haushalt 1986.

Wir meinen aber auch, die SPD wäre gut beraten, wenn sie nicht ständig Hilfe von anderen erwartete, sondern einmal selbst handeln würde. Die gleichen SPD-Abgeordneten, die im Landtag wie eine Eins stramm in der Kohlefraktion stehen, sorgen mit ihren absoluten Mehrheiten in den Stadtparlamenten im Ruhrgebiet dafür, daß immer weniger Kohle und immer mehr Gas für Heizzwecke verbraucht wird.

Verstehen Sie mich recht: Ich bin nicht gegen die Gasversorgung. Doch es wundert mich schon, daß die gleichen SPD-Leute, die ständig um die Kohleversorgung im Lande kämpfen, gleichzeitig alle paar Monate, zum Teil auch in Zeitungsannoncen, voll Stolz verkünden, daß die Gasversorgung der Bevölkerung immer weiter ausgebaut wird und durch langfristige Verträge mit in- und ausländischen Erdgaslieferanten bis ins

nächste Jahrtausend gesichert ist. Wie sagte doch die NRW-SPD in ihrem Programm für die 80er Jahre: Die Kohlenkrise ist überwunden. Kann man das eigentlich noch verstehen? (C)

Nun gibt es in unserem Landeshaushalt eine Vielzahl von Ausgabenpositionen, die dadurch entstanden sind, daß der Staat Aufgaben übernommen hat, die von Privatunternehmern besser und preiswerter übernommen werden sollten. Der Jahresbericht 1983 enthält die Leitlinie, die Staatstätigkeit auf ihre eigentlichen Aufgaben zu konzentrieren und öffentliche Dienstleistungen möglichst auf Private zu übertragen, wo diese sie besser erfüllen könnten, und öffentliche Vermögen dort zu privatisieren, wo dies ohne Beeinträchtigung staatlicher Belange möglich ist.

In seinem Jahresgutachten 1984 führt der Sachverständigenrat an, daß die Privatisierung von bisher öffentlichen Leistungen und öffentlichem Vermögen, Herr Finanzminister, auch hilfreich bei der Entlastung und Umschichtung der öffentlichen Haushalte sein kann. Auch die Berichte der Neubauer-Kommission in Bayern und der Ellwein-Kommission in Nordrhein-Westfalen enthalten dafür Beispiele.

Natürlich ist bei der Prüfung von Privatisierungsvorstellungen sicherzustellen, daß durch eine Privatisierung keine neuen Kontrollbürokratien und keine Monopolstellung privater Institutionen, wie zum Beispiel beim TÜV, entstehen. Die Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen soll für uns Liberale kein Instrument einer Entstaatlichungs-ideologie sein. Aber diese Diskussion sollte auch den Blick für bessere wirtschaftliche Lösungsmöglichkeiten in Teilbereichen schärfen. Es ist ja nicht zu bestreiten, daß es dafür in vielen Bereichen Ansatzpunkte gibt. (D)

Wir denken dabei unter anderem an die Landesentwicklungsgesellschaft, die mit vielen von ihr durchgeführten Arbeiten den Architektur-, Planungs- und Ingenieurbüros Aufgaben wegnimmt, die von diesen besser und preiswerter durchgeführt werden könnten. Wir denken auch an die Auflösung der Wohnungsbauförderungsanstalt, die eine Fülle von Aufgaben verwaltet, die an anderer Stelle besser und viel billiger erledigt werden könnten. Das System der Subventionierung ist auf jeden Fall so nicht länger zu ertragen, weil es zu kostspielig ist.

In diesem Zusammenhang finde ich sehr interessant, was Herr Biedenkopf in einem Vortrag vor der Friedrich-Ebert-Stiftung vorgeschlagen hat. Er meinte, als erstes seien in harten Schritten die Wohnungsbausubventio-

(Dorn (F.D.P.))

- (A) nen zu streichen, einschließlich des Einkommensteuer-Paragrafen 7 b, mit anschließender Auflösung des Wohnungsbauministeriums. Er begründete das so: Die Förderung sei politischer Unfug und halte nur einen nicht funktionierenden Markt zum Schaden aller aufrecht.

Meine Damen und Herren, wir wissen sehr wohl, daß die Entscheidung über Entstaatlichungsmaßnahmen nur von Fall zu Fall und nach sorgfältiger Prüfung durchgeführt werden darf. Jede Ideologisierung ist hier fehl am Platze, weil es um die Berücksichtigung der Interessen des Allgemeinwohls geht.

Deshalb sind wir Freien Demokraten für eine zukunftsorientierte Privatisierungspolitik. Um dafür eine sachgerechte Prüfung für unser Land zu erreichen, schlagen wir vor, daß der Landtag eine Arbeitsgruppe einsetzt, die eine Überprüfung der Landesbeteiligungen und der öffentlichen Dienstleistungen des Landes auf ihre Aufgabenbewältigung und ihren wirtschaftlichen und finanziellen Nutzen durchführt.

Ich möchte noch ein Wort zu der Entwicklung der Leistungen des Landes an die Gemeinden sagen. Nach dem Ausscheiden der F.D.P. aus dem Landtag 1980 nahmen diese betont negative Formen an. Im Haushalt 1980 gab es für die Mittelzuweisungen an die Kommunen noch ein Plus von 16,2 %, und bei der Verabschiedung dieses Haushaltes stellte die F.D.P. noch den dafür zuständigen Innenminister. Mit der Alleinherrschaft der SPD begann dann der radikale Abstieg der Zuschüsse des Landes an die Gemeinden.

Insgesamt wurden die Zuweisungen des Landes an die Gemeinden in den letzten fünf Jahren um 21,5 % gekürzt. Die der SPD angehörenden Oberbürgermeister der Ruhrgebietsstädte haben ihren massiven Protest gegen die Entscheidung der SPD-Landesregierung angemeldet. Aber außer verbalen Kraftmeiereien wird wohl wieder nichts dabei herauskommen.

Ich meine sogar, die für die Gemeindefinanzen verhängnisvolle Tendenz wird von der SPD noch weiter verschärft. Statt die gemeindliche Pluralität und Individualität zu respektieren, will die Landesregierung nunmehr die überwiegend verantwortungsbewußte Finanzpolitik der Kommunen bestrafen. Und über dieser miserablen Politik steht dann als Obersatz ein Wort des Ministerpräsidenten, der in seiner Regierungserklärung am 19. November 1981 im Landtag sagte:

Die Leistungen an die Gemeinden werden nicht weiter gesenkt, obwohl die Systematik unseres Verbundsystems dies eigentlich mit sich brächte. Wir haben bewußt anders entschieden, weil wir unsere Verantwortung auch für die Handlungsfähigkeit der Gemeinden ganz ernst nehmen.

Aber an diese Worte, Herr Ministerpräsident, wollen Sie sicher nur noch ungern erinnert werden.

Die Glaubwürdigkeit, Herr Ministerpräsident, ist eine Frage, die sich jedem stellt. Die "Lüdenscheider Nachrichten" formulierten das im Leitartikel am 30. November 1985 so:

Auch wenn Johannes Rau nicht Kanzlerkandidat der SPD wäre, müßte er sich den Vorwurf gefallen lassen, daß zwischen seinen Reden und Taten Widersprüche sichtbar werden.

(Beifall bei der F.D.P. und bei Abgeordneten der CDU)

Wenn wir uns die heutige Parteienkonstellation im Landtag ansehen, dürfen wir Freien Demokraten mit Befriedigung feststellen, daß die politischen Gedankenspiele und Wunschvorstellungen des Herrn Rau - auch Professor Biedenkopf hat sich da betätigt - vom Wähler nicht honoriert worden sind. Beide haben mehrfach, aber nicht weniger eindrucksvoll und überzeugend in der Öffentlichkeit erklärt, daß das Zweiparteiensystem doch wohl die bessere Lösung sei. Herr Ministerpräsident Rau meint auch zusätzlich, daß die F.D.P. völlig überflüssig sei.

(Rohe (SPD): Sehr richtig!)

- Nun, nach der Wahl, Herr Kollege Rohe, sieht das völlig anders aus.

Wir begrüßen die Passage des Ministerpräsidenten aus seiner Regierungserklärung vom 10. Juni 1985, als er sagte:

CDU und F.D.P. sollen wissen, daß wir Ihre Anregungen und ihre Kritik mit Aufmerksamkeit und Respekt aufnehmen werden.

Allerdings wäre es noch besser, Herr Kollege Rohe, wenn diese Feststellung vom Kabinett und der SPD-Landtagsfraktion auch realisiert würde.

(Zustimmung bei der F.D.P.)

Aber vielleicht braucht man dazu noch eine gewisse Zeit als Schamfrist.

(Erneuter Beifall bei der F.D.P. - Zuruf des Abg. Rohe (SPD))

(C)

(D)

(Dorn (F.D.P.))

(A) Heinz Kühn sagte 1971:

Ein kraftvolles Parlament sollte von keiner Regierung als eine Last empfunden werden. Es ist eine Selbstverständlichkeit der Demokratie.

Nun kann man darüber diskutieren, welches die Aufgabe der Opposition ist. Der italienische Politiker Manzoni formulierte das so:

Die Kunst der Opposition besteht darin, den Ast, auf dem die Regierungspartei sitzt, so abzusägen, daß man selbst darauf Platz nehmen kann.

Ich weiß, daß das in diesem Lande noch ein weiter Weg ist.

Lassen Sie mich zum Schluß noch eine Bemerkung über die F.D.P. und unsere Aufgabe sagen. Wer sich zu schade ist, die Aufgabe der Opposition wahrzunehmen, hat das System der parlamentarischen Demokratie mißverstanden. Die staatspolitische Bedeutung von Regierung und Opposition ist nämlich demokratisch gleichwertig. Deshalb werden wir Freien Demokraten die uns vom Wähler zugewiesene Aufgabe, als Opposition die Regierung zu kontrollieren, erfüllen. Dabei werden wir die Regierung davor warnen, falsche politische Entscheidungen zu treffen, und sie auf die daraus entstehenden Folgen aufmerksam machen. Aber wir werden uns auch nicht scheuen, die Regierung zu unterstützen, wenn sie richtige Wege beschreitet.

(B)

Stets aber werden wir unsere Opposition im Geiste demokratischer Verantwortung in diesem Hause betreiben. Dabei wissen wir, das Maß der Freiheit entscheidet über Fortschritt, Wohlstand und Sicherheit. Freiheit schafft den Wettbewerb der Ideen und Leistungen, der uns in Wirtschaft, Kultur und Gesellschaft voranbringt. Ideologische Miesmacherei hilft niemandem; denn der Staat sind wir alle. Und der Staat wird so gut oder so schlecht sein, wie wir ihn gestalten. Daher ist unsere Mitwirkung in unserer Mitverantwortung begründet. Wir werden uns dieser Verpflichtung nicht entziehen.

(Beifall bei der F.D.P. und bei Abgeordneten der CDU)

Präsident Denzer: Ich danke Ihnen, Herr Abg. Dorn. - Für die Fraktion der SPD hat Herr Abg. Trinius das Wort.

Trinius (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zu Beginn seiner Ausführungen hat Herr Kollege Schauerte gesagt, der Finanzminister habe

den Landtag nur ganz undeutlich über die sich aus der Schätzung vom Juli ergebenden Steuereinnahmen unterrichtet. Nur ganz undeutlich! Herr Kollege Schauerte, es gibt in einer Rede immer vorn einen Punkt, der Aufmerksamkeit erregt, und sicherlich einen gegen Ende. Vielleicht haben Sie der Rede des Finanzministers nicht bis zum Ende zugehört. Auf einer der letzten Seiten findet sich der genaue Hinweis:

Gegenüber dem Haushaltsplan 1985 beträgt die Zuwachsrate 3,4 % oder 1,4 Milliarden DM. Mit diesen Steuereinnahmen können rund 75 % der bereinigten Gesamtausgaben des Landes finanziert werden.

Das ist sehr deutlich ausgesprochen; man braucht auch nicht lange zu suchen.

Aber Sie haben diesen Vorwurf gebraucht, um dann einen Schritt weiterzugehen und zu sagen, der Finanzminister habe eine bewußte Täuschung vorgenommen und sich undemokratisch verhalten, indem er dem Landtag nicht mitgeteilt habe, um wieviel höher denn die neue aus dem November resultierende Steuerschätzung für Nordrhein-Westfalen ausfalle. Sie hatten sie mit 653 Millionen DM beziffert. Sie lassen dabei außer acht, was der Finanzminister in seiner Einbringungsrede gesagt hat, nämlich:

Die neue Prognose des Arbeitskreises Steuerschätzung vom 11./12. November hat unsere Einnahmeerwartungen für 1986 im wesentlichen bestätigt. Mit Mindereinnahmen gegenüber dem Haushaltsentwurf ist nicht zu rechnen.

(D)

Darauf hinzuweisen hatte er ein gutes Recht, weil wir mehrfach im Jahresergebnis hinter den Steuerschätzungen zurückgeblieben sind.

Der Finanzminister fügt dann hinzu: "eher mit geringfügigen Mehreinnahmen". Dann folgt der entscheidende Satz:

Verlässlichere Aussagen dazu sind erst möglich, wenn das Ist-Ergebnis der Steuereinnahmen 1985 vorliegt.

Dieses lag zum 10. Dezember 1985 vor und ist noch nicht bekannt, mir jedenfalls noch nicht. Aber wir alle aus dem Haushalts- und Finanzausschuß wissen aus den Beratungen, daß uns der Finanzminister monatlich über die Eingänge der Steuern im Lande Nordrhein-Westfalen unterrichtet. Dabei wurde uns eine Entwicklung aufgezeichnet, die man vom Januar bis zum September als zufriedenstellend oder noch zufriedenstellend bezeichnen konnte. Dann kam im Oktober ein Einnahme-

(Trinius (SPD))

- (A) loch. Darüber ist im Haushalts- und Finanzausschuß ausführlich gesprochen worden. Es war unter den Fraktionen überhaupt keine Frage, daß eine Aussage, wie denn das Haushaltsjahr 1985 abschließen werde, erst möglich sei, wenn das Dezember-Ergebnis vorliege.

Präsident Denzer: Herr Abgeordneter, lassen Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Evertz zu?

(Trinius (SPD): Ja!)

- Herr Evertz, Sie haben das Wort.

Evertz (CDU): Herr Kollege Trinius, haben Sie eigentlich kein Gefühl dafür, daß es eine unangebrachte Behandlung des Parlaments ist, wenn sich die Regierung auf der einen Seite in der Lage sieht, Ergänzungsvorlagen einzubringen, soweit es um Stellenpläne geht, dann aber, wenn auf der anderen Seite drastische Abweichungen in den Steuereinnahmen mitzuteilen sind, diese dem Parlament nicht bekanntgibt?

(Zustimmung bei der CDU)

Trinius (SPD): Das mag ja auf den ersten Blick so aussehen;

(Schauerte (CDU): Das ist auch so!)

- (B) nur, die Situation im Oktober hat Veranlassung gegeben, eine haushaltswirtschaftliche Sperre zu verhängen, um das drohende Loch von etwa einer halben Milliarde DM bei den Einnahmen rechtzeitig auf der Ausgabenseite abdecken zu können.

Da wir die Beobachtung machen, daß das Land Nordrhein-Westfalen eine unterdurchschnittliche Steuereinnahmen-Entwicklung hat, verglichen mit anderen Ländern, halte ich es nur für verantwortungsbewußt, nicht die erste Schätzung glattweg zu übernehmen, sondern die Schätzung, damit sie reell ist, für das Jahr 1986 vorzunehmen und in den Entwurf einzustellen, wenn man das Ergebnis für das gesamte Jahr 1985 angesichts der besonderen Situation vorliegen hat. Denn wenn wir die Schätzung für 1985 erreichen wollen, Herr Kollege Schauerte, brauchen wir allein für den Dezember 1985 einen Zuwachs zum Vergleichsmonat von rund 35 %. - Da liegt eine gewisse Unwahrscheinlichkeit, und das ist auch der Grund für eine vorsichtige und zurückhaltende Übernahme solcher möglichen Schätzungen.

Präsident Denzer: Herr Abgeordneter, lassen Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Schauerte zu?

(Trinius (SPD): Bitte sehr!)

- Sie haben das Wort, Herr Kollege Schauerte. (C)

Schauerte (CDU): Herr Kollege, halten Sie das Parlament und den Haushalts- und Finanzausschuß nicht für fähig, so verantwortungsbewußt wie die Landesregierung mit einer noch nicht endgültigen Schätzung umgehen zu können?

Trinius (SPD): Sie haben ja heute gezeigt, wie Sie damit umgehen!

(Zustimmung bei der SPD)

Aber ich halte beide Seiten für dazu verpflichtet und dessen fähig und kann nur an das appellieren, was Sie eben hier versprochen haben, damit Sie es auch einhalten.

Einen weiteren Punkt möchte ich gern nennen, Herr Kollege Schauerte. Sie sprachen von der Entwicklung der Zinsen und sagten, die Belastung des Haushalts mit etwa 6,2 Milliarden DM an Zinsen, die im Jahre 1986 zu zahlen seien, stelle die unsozialste Form der Verteilung dar, die man sich denken könne. - Ich will das noch vergrößern: Dieses Geld fließt aus den Taschen des regelmäßig Steuern zahlenden Bürgers in die falschen Taschen, wohin es gar nicht gehört, wohin es gar nicht zu kommen braucht.

(Zuruf des Abg. Schauerte (CDU))

- Richtig! Nur, die Alternative dazu kann allein sein, daß Sie sich überlegen, wie eine stetige Entwicklung der öffentlichen Einnahmen möglich ist. Dann müssen Sie an eine Steuergesetzgebung heran, die den Namen auch verdient: Steuerreform zu sein. Sie aber tun ja etwas ganz anderes. (D)

Wenn Sie von Zinssenkung sprechen, die in der letzten Zeit erreicht worden sei, dann muß ich Sie daran erinnern, daß der Realzins immer noch bei 4 % und höher liegt; das ist ein unwahrscheinlich hoher Zins.

(Schauerte (CDU): Aber Herr Trinius!)

Ich hatte Sie fragen wollen, Herr Schauerte: Wenn Sie so über die Situation des Landes Nordrhein-Westfalen klagen - und die Lage unseres Landes ist schwierig -, warum lassen Sie dann außer acht, was sich dort an Entwicklungen ergibt, wo Sie - in Bonn zum Beispiel - die unmittelbare Verantwortung tragen?

Ich will Ihnen das kurz darlegen. In der Verantwortungszeit der CDU in Bonn stiegen die Zinsbelastungen des Bundeshaushaltes von

(Trinius (SPD))

- (A) 22 Milliarden DM im Jahre 1982 über 26,6 Milliarden, 27,8 Milliarden, 29,5 Milliarden auf voraussichtlich 32 Milliarden DM im Jahre 1986. Diese Zahlen sauge ich mir nicht aus den Fingern, sondern sie stammen aus den Mitteilungen des Bundesministers für Finanzen in Bonn selbst.

So, wie Sie dort vielleicht etwas verhaltener argumentieren müssen, wenn Sie von der Zinsbelastung reden, müßten Sie das auch hier tun, damit die Vernunft eine Chance bekommt. Wie kann man denn an einer solchen Belastung öffentlicher Haushalte langfristig etwas ändern? Dann darf man im Lande nicht beklagen, was man sich im Bund als Wohltat zurechnet; das ist schlechterdings nicht möglich.

(Zustimmung bei der SPD)

Ich bäte auch darum: Wenn Sie schon den Sachverständigenrat zum Kronzeugen für Ihre Politik machen, weil er erklärt hat, eine Steuersenkung, wie Sie sie vorhaben, sei das Beste, das man unternehmen könne, dann unterschlagen Sie doch vor diesem Hause nicht die Kritikpunkte, die der Sachverständigenrat auf der anderen Seite geltend gemacht hat.

Der entscheidende Kritikpunkt des Sachverständigenrates - das ist auch Ihnen bekannt - lautet: Es ist unsolid, in der mittelfristigen Finanzplanung des Bundes, vorgelegt von Minister Stoltenberg, eine Entnahme von Bundesbankgewinnen Jahr für Jahr in einer Größenordnung von 12 Milliarden DM vorzusehen; allenfalls seien 7 Milliarden DM angemessen.

(B)

(Erneuter Zuruf des Abg. Schauerte (CDU))

Was dort an kritischen Punkten angemerkt wird, sollte, glaube ich, genauso Beachtung finden.

Durchaus aufgeschlossen will ich die Anregung aufnehmen, die Sie gegeben haben: eine verlässliche Übersicht über alle Sonderlasten von Ländern einmal zu erhalten. Dann wird vielleicht um so deutlicher, welche Sonderlasten das Land Nordrhein-Westfalen noch zu tragen hat, die nicht anerkannt werden, und welche Sonderlasten gleichsam längst ausgefallen sind, aber immer noch als Argument in Anspruch genommen werden.

Für Schleswig-Holstein gibt es als eine Begründung für steigende Bundesergänzungszuweisungen die besondere Aufgabe, Flüchtlinge einzugliedern. Das ist zu sehr frühen Zeiten

einmal ein guter, ein triftiger Grund gewesen. Ist diese Aufgabe jetzt aber nicht ausgefallen? (C)

Für das Saarland wird die späte Eingliederung in das Bundesgebiet noch heute als Argument herangezogen, dort die Abgeltungsbeträge um, so glaube ich, 10 Millionen DM auf etwa 65 Millionen DM zu erhöhen. - Ist diese Aufgabe der späten Eingliederung des Saarlandes in die Bundesrepublik Deutschland nicht zwischenzeitlich gelöst?

Der Haushaltsentwurf, vom Finanzminister vorgelegt, setzt den dornigen Weg der letzten Jahre sicherlich fort. Dabei verfolgen wir zwei grundsätzliche Ziele. Einmal soll durch Fortsetzung einer maßvollen und ausgewogenen Konsolidierungspolitik ein Mindesthandlungsspielraum erhalten und nach Möglichkeit dauerhaft gesichert werden, und zum anderen sollen solche Mindesthandlungsspielräume für beschäftigungspolitische Maßnahmen, verstärkte Umweltpolitik, soziale Begleitung des Strukturwandels usw. genutzt werden. Daß wir gern, Herr Schauerte, breitere Spielräume hätten, ist überhaupt keine Frage; aber dafür könnten Sie viel tun, und das unterlassen Sie geflissentlich.

Die Nettokreditaufnahme hat sich seit 1981 von 10,1 Milliarden DM bis zu diesem Haushalt kontinuierlich auf 6,9 Milliarden DM im Entwurf verringert. Für diese Konsolidierung im Haushalt Nordrhein-Westfalen ist nicht die Einnahmeseite verantwortlich - damit können wir das überhaupt nicht leisten -, sondern das ist ausschließlich das Ergebnis einer spürbaren Rückführung der Ausgaben in unserem Haushalt. Man kann sogar sagen: Weil sich die Einnahmen in Nordrhein-Westfalen unterdurchschnittlich entwickelt haben, mußten wir um so mehr auf der Ausgabeseite tun, um der Konsolidierung näher zu kommen. Das Ausgabevolumen ist denn auch in vier Jahren, von 1981 auf 1984, insgesamt nur um 2,8 % gestiegen. Wenn Sie das im Jahresdurchschnitt sehen, liegt die Zunahme unter einem Prozent.

(D)

(Schauerte (CDU): Das ist doch getrickst!)

- Das ist nicht getrickst. Gleichwohl sind die Ausgaben, zum Beispiel in diesem Zeitraum die Leistungen an die Kommunen, immer noch gestiegen. Damit nimmt, Herr Kollege Schauerte, das Land Nordrhein-Westfalen den ersten Platz unter allen Flächenländern ein. Man muß einmal dagegen halten, was die anderen erbracht haben: Bei den anderen Ländern haben wir 8,7 % Ausgabensteigerung im gleichen Zeitraum, und beim Bund sind es knapp 8 %. Wenn Sie das einmal der beson-

(Trinius (SPD))

- (A) deren Ausgabendisziplin des Landes Nordrhein-Westfalen bei weniger günstiger Entwicklung der Einnahmeseite gegenüberhalten, dann wird erst deutlich, in welcher Weise Nordrhein-Westfalen tatsächlich konsolidiert hat. Das ist ja oft genug auch bis an die Schmerzgrenze der Fraktion gegangen. Darauf muß man, so glaube ich, nachdrücklich hinweisen.

(Schauerte (CDU): Sie haben an der Bemessungsgrundlage manipuliert.)

Nun sind die Ursachen für die unterdurchschnittliche Entwicklung der Steuereinnahmen in Nordrhein-Westfalen vielfältig.

(Schauerte (CDU): Ach!)

Dazu gehört sicherlich die unbefriedigende Ertragsentwicklung bei Kohle und Stahl, dazu gehört sicherlich der überproportionale Arbeitsplatzverlust, insbesondere im Montanbereich - das sind immerhin 500 000 Arbeitsplätze -, und dazu gehört der erhebliche Strukturwandel in Nordrhein-Westfalen. Die Steinkohleförderung ist um rund 70 % zurückgegangen. Seit 1958 sind von je fünf Zechen vier geschlossen worden. Auf die Beschäftigtenzahlen und deren Rückgang habe ich hingewiesen. Außerdem gibt es in anderen Regionen des Landes Nordrhein-Westfalen, im westlichen Münsterland, aber auch in Ostwestfalen-Lippe, Strukturprobleme, die besonders in der Entwicklung der Textil- und Möbelindustrie begründet sind.

- (B) Gleichzeitig ist in diesen industriellen Bereichen natürlich ein erheblicher Erneuerungs- und Rationalisierungsprozeß vor sich gegangen, der diesen Gewerben und Industrien natürlich eine bessere Ausgangslage für die Zukunft gibt, sich auf der anderen Seite aber als zunehmende Steuereinnahme noch nicht auswirken kann, weil solche Ausgaben natürlich gewinn- und steuermindernd abgesetzt werden können.

Ich will aber hier nicht nur von den Lasten reden, sondern ich will auch sagen: Nordrhein-Westfalen liegt in der Erzeugung von Qualitätsstahl im Weltangebot vorn, Nordrhein-Westfalen liegt auch in der Kohleabbautechnik vorn, Nordrhein-Westfalen liegt auch in der Sicherheitstechnik unter Tage vorn. Das hat zuletzt aufs deutlichste der Steinkohletag bewiesen, auf dem mehr als 50 Nationen von Neuseeland bis Kanada, von den USA bis China, von Japan bis in afrikanische Regionen vertreten waren.

Das gilt aber auch für die Entwicklung von Umwelttechnologien. Soviel ich weiß, wird Minister Klaus Matthiesen in absehbarer Zeit

- ein neues umwelttechnologisches Werk oder neue Entwicklungen einweihen. (C)

Das gilt aber auch für eine andere Grundlage in Nordrhein-Westfalen: Das Ruhrgebiet - Rhein und Ruhr - ist inzwischen die dichteste Hochschullandschaft Europas geworden. Das hat mehrfache positive Auswirkungen auf längere Sicht: Das Qualifikationsniveau der Arbeitskräfte steigt ungewöhnlich - wir haben es bei den Arbeitskräften im Ruhrgebiet in der Regel mit einem überdurchschnittlichen Qualifikationsniveau zu tun -, und die Auswirkungen aus der Hochschulforschung in die Industrie beginnen sich positiv auszuwirken, so daß die "Wirtschaftswoche" zu dem Ergebnis kommt: Das Ruhrgebiet ist nach so vielen Investitionen auch der öffentlichen Hand ein Gebiet, das reelle Zukunftsaussichten hat. Ich meine, daß man das alles hinzufügen muß, weil nicht nur von den Lasten die Rede sein darf, sondern auch von den Chancen gesprochen werden muß, die dieses Land Nordrhein-Westfalen hat.

Bei der Einnahmeseite dürfen Sie nicht unterschlagen, daß die Steuerbeschlüsse des Bundestages zu erheblichen Belastungen oder Rückgängen der erwarteten Steuermehreinnahmen geführt haben.

(Schauerte (CDU): So wird das schon besser.)

Die Steuerausfälle betreffen in einer Höhe von 857 Millionen DM das Land - jetzt netto gerechnet, darauf hatten Sie vorhin abgehoben - und in einer Höhe von 711 Millionen DM die Gemeinden. Dies gilt allein für 1986, und das wiederholt sich entsprechend von Jahr zu Jahr. (D)

Aber wenn man alle Gesetze nimmt, die seit der sogenannten Wende im Bund beschlossen worden sind, dann ergeben sich bei den Einnahmen folgende Minderungen: 1986 für das Land allein 1,6 Milliarden DM. Die Minderung erhöht sich 1987 auf 1,8 Milliarden DM und 1988 sogar auf 2,5 Milliarden DM. Bei den Gemeinden verläuft die Entwicklung da wie folgt: Minderung der Einnahmewachse von 1,1 Milliarden DM im Jahre 1986 auf 2 Milliarden DM im Jahre 1988. Vieles von dem, was Sie hier beklagen, wenn Sie über das Gemeindefinanzierungsgesetz Nordrhein-Westfalens sprechen, können Sie durch rechtzeitigen Einfluß auf Ihre Bundestagsfraktion in Bonn verhindern.

(Beifall bei der SPD - Eifring (CDU): Mit welchem Ziel, Herr Trinius?)

(Trinius (SPD))

(A) - Mit dem Ziel, zu einem - -

(Elfring (CDU): Die Bürger weiter zu belasten! Sagen Sie das doch!)

- Dann kann ich Sie nur daran erinnern - ich will ja gerne dazu etwas sagen -, daß auch der niedersächsische Finanzminister, daß auch der baden-württembergische Finanzminister die Vorstellung von Stoltenberg und von Streibl so für falsch halten, es sei denn, es gelänge dem Bund, einen besseren Ausgleich für die Länderfinanzen herbeizuführen. Es ist nicht uninteressant, daß diese Argumente von einem gut betuchten Land, Baden-Württemberg, und von dem bestbedienten Land, Niedersachsen, vorgetragen werden. Ich finde das interessant.

(Schauerte (CDU): Es ist doch verständlich, daß die mehr haben wollen!)

Aber zur Frage, wie eine ausgewogene Steuerpolitik aussehen kann, will ich nachher gerne noch kommen.

Sicherlich spielt bei der Einnahmeseite in Nordrhein-Westfalen auch eine große Rolle, daß die Industrie und das Gewerbe von dem Verlustvortrag Gebrauch machen können. Wir haben inzwischen steigende Gewinne auch in Nordrhein-Westfalen, aber sie wirken sich steuerlich noch nicht aus.

(B) Nun hatten Sie bei allen Steuersenkungen immer versprochen: Das wird erwirtschaftet, und zwar durch den Abbau von Subventionen.

(Schauerte (CDU): Sollen wir bei der Kohle anfangen?)

- Nun hören Sie einmal zu, darüber haben wir ja Verträge geschlossen, gerade was die Kohle betrifft! Ich habe Ihnen auch gesagt, wie sich das auswirkt. Und ich will Ihnen dazusagen: Wenn Sie gerade an der Stelle operieren wollen

(Schauerte (CDU): Ich bin dagegen!)

- sehr schön! -, dann setzen Sie das Land Nordrhein-Westfalen den wechselnden Kalkulationen erdölexportierender Länder in einem Maße aus, daß Sie dem gar nichts mehr entgegenhalten können. Es hat ja gute Gründe gegeben, weshalb die IG Bergbau von Anfang an darauf gedrängt hat, eine nationale Kohlereservepolitik einzuführen. Da gab es auch Übereinstimmung. Ich kann mich noch an die Debatte zwischen dem Kollegen Nickel und dem Kollegen Karl van Berg erinnern, die hier 1975 geführt wurde. Da bestand inner-

halb der IG Bergbau überhaupt keine Differenz darüber, daß es so etwas geben müsse. Das ist damals auch gemeinsame Auffassung von CDU und SPD im Bund gewesen. (C)

(Schauerte (CDU): Sollen wir das Wohngeld kürzen? Das ist auch eine Subvention.)

- Nun lassen Sie das doch! - Von diesem angekündigten Subventionsabbau ist ja nichts übriggeblieben,

(Kniola (SPD): Ganz im Gegenteil!)

sondern Sie müssen sich sagen lassen, daß Sie unter der Bundesregierung Stoltenberg/Kohl überhaupt erst die letzte Rekordmarke bei den Subventionen erreicht haben.

(Kniola (SPD): Sehr wahr! - Zustimmung bei der SPD)

Der höchste Punkt lag zur sozial-liberalen Zeit bei 28 Milliarden, und Sie haben diese Marke um 4 Milliarden höher geschraubt, nämlich auf 32 Milliarden DM Subventionen, und erklären gleichzeitig: Die Steuerentlastungen sollen durch Abbau von Subventionen erwirtschaftet werden. - Wenn Ihnen der Abbau von Subventionen nicht gelingt - aus welchen Gründen auch immer -, dann entfällt ja die Grundlage für die Steuer-senkung, die Sie gleichwohl auf der anderen Seite vornehmen!

(Zustimmung bei der SPD - Schauerte (CDU): Machen Sie einmal einen Vorschlag, wo Sie anfangen wollen!) (D)

- Aber ich bitte Sie! Wir haben doch nicht gesagt: Wir senken die Subventionen, und im gleichen Maße entlasten wir auf der steuerlichen Seite!, sondern das ist doch Ihre öffentlich gegebene Zusage!

Es ist eine Rekordmarke, die 4 Milliarden DM über der bisherigen liegt. Und das ist noch nicht einmal alles. Bei diesen Subventionen sind ja mindestens zwei Dinge nicht mitgerechnet worden: 15 Milliarden DM Subventionen für die Deutsche Bundesbahn - ich halte das ja für sinnvoll, aber es ist noch nicht einmal veranschlagt, sondern versteckt -,

(Schauerte (CDU): 13 Milliarden!)

und außerdem ist die Vorsteuerpauschale für die Landwirte in einer Größenordnung von 3,5 Milliarden DM darin nicht enthalten, sondern im Bundeshaushalt weggedrückt. Rechnen Sie das alles mit hinzu - nehmen wir

(Trinius (SPD))

- (A) nur die 3,5 Milliarden -, dann sind Sie auf einer Spitze von über 35 Milliarden DM bei den Subventionen. Und dann werden die Versprechen und die Grundlagen für eine solide Finanzpolitik nicht mehr eingehalten.

(Kniola (SPD): So ist es.)

Nun sieht aber auch, Herr Schauerte, Herr Stoltenberg so etwas viel gelassener, mit mehr Umsicht und mit sehr viel selbstkritischem Gespür. Auch er sagt: Der Weg der Konsolidierung des Bundes gerät ins Stocken. Auch er sagt: Die Konsolidierung enthält bestimmte Risiken. Das hat z.B. mit dem Dollarkurs zu tun. Und er sagt auch: Es kann sein, daß die Konsolidierung weiter ins Stocken gerät, weil der Bund mehr Zuschüsse für die Sozialversicherungen tätigen muß und weil die EG mit höheren Beitragsanforderungen kommen könnte.

(Zuruf des Abg. Hunger (SPD))

Wenn das so aussieht, Herr Kollege Schauerte, dann bitte ich noch einmal darum: Ist es nicht im Interesse der Gesamtheit, darüber nachzudenken, wie wir denn eine stetige Entwicklung öffentlicher Finanzen sicherstellen und ob es denn nötig ist, Geschenke auszuteilen, und die ausgerechnet auf die reichgedeckten Tische!

(Zustimmung bei der SPD)

- (B) Wenn Sie das nicht berücksichtigen, laufen Sie Gefahr, eine Steuerpolitik zu betreiben, die eine erdrosselnde Wirkung für das Land Nordrhein-Westfalen hat, nicht nur für Nordrhein-Westfalen allein, sondern auch für das Saarland. Wir sind ein Gebiet mit einer alten Industriestruktur, die zu bessern unsere Aufgabe ist und die sich auch schon ganz wesentlich gebessert hat.

Seit Jahren, Herr Kollege Schauerte, Herr Kollege Worms, trägt der Finanzminister in diesem Haus, im Bundesrat, im Bundestag vor, daß das Land Nordrhein-Westfalen im Finanzausgleich benachteiligt wird. Sie, Herr Kollege Schauerte, haben davon gesprochen, Sie brauchten den Vergleich mit Sonderlasten anderer Länder, damit nicht eine Bevorzugung von Nordrhein-Westfalen erfolge. Die haben wir nie beansprucht! Wir haben immer nur eine gleiche, gerechte Behandlung Nordrhein-Westfalens beansprucht.

Nun will ich das im einzelnen gar nicht mehr vortragen; aber wenn Kohlelasten als notwendige Aufgaben, die Nordrhein-Westfalen und das Saarland zu erbringen haben, der Gesamtheit aller Länder anerkannt werden,

dann wird anderen Ländern eine Belastung anerkannt, die für sie überhaupt keine Aufgabe darstellt. (C)

Wenn auf der anderen Seite die Förderzinseinnahmen des Landes Niedersachsen als Einnahmeseite der Gesamtheit der Länder zugerechnet werden, dann werden da Einnahmen allen anderen mit zugerechnet, die dieses Geld nie sehen. Da fängt die Unbilligkeit an, und sie setzt sich fort. Vom Finanzminister ist darauf hingewiesen worden, daß wir allein aus diesen Überlegungen mindestens 300 Millionen DM aus dem Finanzausgleich kriegen müßten, und dies seit 1982, und unter Berücksichtigung weiterer Komponenten weitere 300 Millionen DM. Das sind vorsichtige Schätzungen.

Aber wenn sich im übrigen bei diesem Länderfinanzausgleich zusammen mit den Bundesergänzungen ergibt, daß ein steuerschwächeres Land wie Niedersachsen nach Vornahme des Finanzausgleichs und der Bundesergänzung zuweisung finanzstärker ausgestattet ist als Nordrhein-Westfalen, dann müßten Sie sich doch eigentlich fragen, ob nicht auch in diesem Falle das Übernivellierungsverbot gelten müßte, das Sie bei dem Urteil über das GFG von Nordrhein-Westfalen so heftig gefeiert und begrüßt haben.

(Beifall bei der SPD)

Deswegen frage ich Sie auch, wann will eigentlich die CDU öffentlich eine Aussage dazu machen, wie sie es mit der Einschätzung der Sonderlasten von Nordrhein-Westfalen und dem Anspruch Nordrhein-Westfalens auf einen Finanzausgleich seit 1982 hält? (D)

(Beifall bei der SPD)

Das sind Sie dem Land Nordrhein-Westfalen wirklich schuldig.

Sieht man das alles, dann wird die Konsolidierungsleistung, die wir bisher gebracht haben, um so beachtlicher. Die Steigerungsrate für den Haushalt 1986, so wie er eingebracht ist, beträgt 1,3 %. Sie haben gehört, selbst vorgetragen: gut 800 Millionen DM an Zinsmehrbelastung, gut 800 Millionen DM an Mehrausgaben für Personal, obwohl Stellen in einer Größenordnung von 700 sofort abgebaut und bei weiteren etwa 9 000 Stellen kw-Vermerke ausgebracht werden. Wir haben damit ein Konsolidierungsziel unter Bedingungen erreicht, die kein anderes Land, unter den schwierigsten Bedingungen auch der Bund nicht hatte.

Lassen Sie mich in Ruhe auf die Berechnungen hinweisen, die die IG Metall dem Bun-

(Trinius (SPD))

- (A) desminister für Finanzen vorgelegt und die, die der Bundesminister der Finanzen entgegengehalten hat. Die IG Metall hat darauf hingewiesen, daß der Bund 158 Milliarden DM an Schulden in vier Jahren macht. Der Bundesfinanzminister hat geantwortet, es seien nur 110 Milliarden DM, nicht 158. Das ist richtig. Nur die Spanne von 48 Milliarden, die dazwischenliegt, deckt er ab aus der nicht-ordentlichen Entnahme von Gewinnen aus der Bundesbank. Das hat mit Leistung überhaupt nichts zu tun, sondern es ist eine Goldader, auf die der Bund gestoßen ist. Die zapft er an, und die kann im Verlauf des Ganges 1987/88 sehr wohl, wie der Sachverständigenrat warnend sagt, verlorengehen. Das ist eine Quelle, derer Sie sich bedienen, und der Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg hat einmal darauf hingewiesen, es sei nicht einzusehen, daß auf Dauer von diesen Gewinnen nur die Bundesregierung profitiert, das müßte eigentlich anteilig an sämtliche Länder weitergegeben werden. Dazu könnten einem Mechanismen einfallen, auf die ich hier nicht eingehen will.

Die Zinsbelastung im Haushalt 1986 beträgt für uns ungefähr 10,7 %, knapp 40 % machen die Personalausgaben aus. Kollege Dorn, die Miteinbeziehung der Landschaftsverbände will ich gern bei Gelegenheit berücksichtigen. Nur sind die Aufgaben zwischen Ländern und Kreisen und in den Ländern dann wieder so rundum nicht vergleichbar. Da müßte man eine Rechnung aufmachen, die die Gesamtheit des Landes, die Gemeindeverbände, Gemeinden und Städte insgesamt umfaßt. Dann hat man ein vergleichbares Aufgabengebiet.

- (B) Bei 39 % für Personalausgaben gibt es, da wir als Land an der Besoldungsstruktur und an der Einnahmesituation nichts ändern können, nur das Instrument des schmerzlichen Stellenabbaus. Das ist eine bittere Medizin. Wir müssen sehr sorgsam darauf achten, daß die Wahrnehmung öffentlicher Dienstleistungen gewahrt bleibt.

In dem Zusammenhang will ich darauf hinweisen, daß wir die Auswirkungen der Ermächtigung zur Einstellung von Anwärtern im nächsten Jahr sehr genau prüfen müssen. Bei der Polizei hatten wir im letzten Jahr eine Einstellungsermächtigung von 1 000; ziehe ich den Bundesgrenzschutz ab von 200, die mit übernommen wurden, halbiert sich das von 800 auf 400. Bei der Justiz, dem Strafvollzug, haben wir einen Rückgang von etwa 100 Anwärtereinstellungsermächtigungen, bei der Finanzverwaltung ebenso. Wir werden das in anderen Bereichen sehr sorgsam prüfen müssen, bei Einhaltung und Wahrung der gesetzten Grenze, was das Ausgabenvolumen, die Kreditermächtigung betrifft.

Kollege Dorn ist im Moment nicht hier. Aber wie schwierig die Aufgabe ist, vor der wir insgesamt stehen, ergibt sich insgesamt daraus, daß er auf öffentlichen Veranstaltungen gesagt hat, zwar hat das Land bisher Anwärter für die Finanzverwaltung und Steuerverwaltung, auch für den Strafvollzug, über den Ersatzbedarf oder angenommenen Eigenbedarf hinaus ausgebildet, jeweils durch Änderung einer Rechtsverordnung mit der Bestimmung, sie nicht nach Ende der Ausbildung automatisch zu übernehmen. Aber Kollege Dorn hat gleichzeitig in öffentlichen Veranstaltungen erklärt, er werde sich dafür einsetzen, daß alle so ausgebildeten und geprüften Finanz- und Steueranwärter auch übernommen würden. Hier höre ich heute, es sollen Einsparungen am Personal vorgenommen werden. Ich will gar nicht sagen, daß das unsinnig oder widersprüchlich sei. Aber es macht deutlich, wie leicht das alles gesagt und wie schwer das umzusetzen ist. Wir stellen uns dem Gespräch mit der Polizei, mit den Gewerkschaften, mit den Bewährungshelfern, mit dem Beamtenbund, wer immer da in Frage kommt.

Für die Gemeinden werden insgesamt - innerhalb und außerhalb des Gemeindefinanzierungsgesetzes - etwas mehr als 13 Milliarden DM bereitgestellt. Das sind knapp 23 % des gesamten Ausgabenvolumens. Die Investitionen betragen immerhin noch 15,3 % des Gesamthaushalts oder 8,7 Milliarden DM.

Schwierigkeiten hat es immer wieder im Zubereich gegeben. Dabei geht es um freie Träger in der Jugend- und Sozialarbeit, deren Leistungsangebot - das ist unfraglich - unverzichtbar ist. Wir müssen im einzelnen genau prüfen, wie sich der eingetragene Haushalt hierauf auswirken wird.

Auf die Verschuldungsgeschwindigkeit hatte ich bereits hingewiesen. Sie ist ein entscheidendes Indiz zur Beurteilung unseres Haushalts. Sie können nicht daran vorbei, daß Nordrhein-Westfalen tatsächlich von über 10 Milliarden DM jetzt auf 6,9 Milliarden DM Nettokreditermächtigungen zurückgeht und daß wir seit 1970 insgesamt 71 Milliarden DM über die Kreditaufnahme investiert haben, wovon etwa ein Volumen von 100 Milliarden DM Investitionen wirklich getätigt worden ist.

Die Kollegen Dorn und Schauerte haben die Beschäftigung und den Arbeitsmarkt angesprochen. Lassen Sie mich sehr deutlich sagen: Wenn das Gesetz zur Stabilität und zum Wachstum von CDU und SPD in der großen Koalition verabschiedet worden ist, so bindet es auch liberale Wirtschaftsminister. Wenn in diesem Gesetz von vier Zielen die

(C)

(D)

(Trinius (SPD))

- (A) Rede ist - von der Geldwertstabilität, von einem stetigen Wirtschaftswachstum, von Vollbeschäftigung und von ausgeglichener Handelsbilanz -, läßt sich ja wohl feststellen: Ein Ziel davon ist erreicht, nämlich eine relative Geldwertstabilität. Ein zweites Ziel rückt allmählich ins Blickfeld. Das ist ein gewisses Wirtschaftswachstum. Zwei Ziele sind gründlich verfehlt worden: die Vollbeschäftigung und die ausgeglichene Handelsbilanz. Denn bei der Handelsbilanz werden wir mit einem Überschuß von 60 Milliarden rechnen müssen. Das kann zu schlimmen Reaktionen bei denen führen, die im Handelsbilanzdefizit stecken.

Aber die Bundesregierung macht in dieser Situation den Eindruck, als habe sie sich mit der Massenarbeitslosigkeit abgefunden. Ich finde das schlimm; denn die Bundesregierung trägt für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit sicherlich eine besonders hohe Verantwortung. Ich will nicht "die alleinige" sagen, aber wenn in einer solchen Situation die Gewerkschaften um Arbeitszeitverkürzung kämpfen, um die Arbeitslosigkeit senken zu können, und die Bundesregierung erklärt, eine solche Vorgabe sei dumm und töricht,

(Maedge (SPD): Hört, hört!)

wird dabei vergessen, daß Ludwig Erhard vor 20 Jahren öffentlich erklärte, bei weiterem Wirtschaftswachstum werde man unter Umständen an einer 35-Stunden-Woche nicht vorbeikommen. Ich frage mich, warum denn die Christdemokraten nicht wenigstens auf die Stimme des Propheten der sozialen Marktwirtschaft aus ihren eigenen Reihen hören.

(B)

(Maedge (SPD): So ist das!)

Sie, Herr Kollege Biedenkopf, haben ja als Schlichter in der Druckindustrie einige bittere Erfahrungen gemacht, als der Kampf um die Verkürzung der Arbeitszeit anstand. Wenn es denn eine staatlich verpflichtende Aufgabe ist, für Vollbeschäftigung zu sorgen, kann man eigentlich nur sagen: Die Gewerkschaften sind in ihrem eigenen Interesse der Bundesregierung in der Wahrnehmung dieser politischen gesamtstaatlichen Pflicht geradezu zu Hilfe gekommen. Aber sie sind zurückgewiesen worden. Man muß der Bundesregierung vorwerfen, daß sie sich in diesem zentralen politischen Konflikt auf die falsche Seite schlägt.

(Zustimmung bei der SPD)

Wir alle wissen, daß die Gewerkschaften in Zeiten hoher Arbeitslosigkeit eine schwache Position haben. Eine schwache Position hatten sie auch Ende der 20er und zu Beginn der

30er Jahre. Das weiß jeder. Soll diese Situation, in der die Gewerkschaften schwach sind, ausgenutzt werden? Oder was ist der Sinn des Vorgehens gegen den § 116 Arbeitsförderungsgesetz?

(C)

Ein früherer Präsident der Bundesbank sprach vom therapeutischen Effekt von Arbeitslosigkeit für die Marktwirtschaft.

(Henning (SPD): Der hat seine Pension!)

Franz Josef Strauß hatte vor Jahren von der Stunde der Gnade der Angst gesprochen. Dieses Denken ist ja heute noch gar nicht aus der Welt. Wir alle haben das Buch "Wendekreis des Krebsens" von Dr. Gerhard Fels zugeschickt bekommen. These 19: In der Auseinandersetzung zwischen IG Metall und Gesamtmetall - Industrie - habe die Bundesregierung eine Sternstunde verstreichen lassen. Man hätte die Auseinandersetzung mit Aussperrung durchfechten müssen. Das heißt doch wohl, daß den Arbeitnehmern und ihren Organisationen das Rückgrat gebrochen werden sollte.

Ich sage Ihnen in allem Ernst: Das Grundgesetz ist eine verpflichtende Aufgabe für die gesamte Bundesrepublik. Aber ich kann mir ein lebendiges Grundgesetz ohne ein Streikrecht und ohne zum Streik fähige Gewerkschaften nicht vorstellen.

(Lebhafter Beifall bei der SPD - Evertz (CDU): Darum geht es doch gar nicht! Erzählen Sie doch nicht solchen blanken Unsinn!)

(D)

Wir haben auf Anregung von Herbert Wehner in gemeinsamer Beschlußfassung aller Fraktionen des Deutschen Bundestages den 17. Juni - Streik der Arbeiter in der DDR auf der Stalin-Allee - zum nationalen Feiertag gemacht. Da gilt das. Nun überlegen Sie einmal - Sie reden so gern von deutscher Einheit -, wie sich das Bild der Bundesrepublik für die politisch wachen Bürger in der DDR verändern muß, wenn Sie das Streikrecht in seiner realen Grundlage erschüttern! Und das ist die Absicht.

(Zustimmung bei der SPD)

Das geht ja noch ein Stück weiter. Sie haben - Herr Dorn war es - vorhin beklagt, daß zur Zeit von Helmut Schmidt die Sozialleistungen, die Leistungsgesetze zurückgefahren worden sind. Sie haben auch die Größenordnung genannt; ich habe das nicht im einzelnen geprüft. Aber dies ist unter einem ganz anderen Konzept geschehen: um möglich zu machen, daß wieder Arbeitsplätze geschaffen werden.

(A) Frau Vizepräsident Friebe: Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Doppmeier?

(Trinius (SPD): Das kann er tun!)

- Bitte schön, Herr Doppmeier.

Doppmeier (CDU): Herr Kollege Trinius, wollen Sie sagen, daß es seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland bis - meinetwegen - 1984 kein Streikrecht gegeben hat?

(Zuruf von der SPD: Der weiß doch gar nicht, wovon er spricht!)

Trinius (SPD): Sie möchten das Streikrecht so einschränken, daß beim ersten Streikversuch, beim ersten Streik nach dem dritten Tag die Gewerkschaften ausgeblutet sind. Das ist der Kern der Sache!

(Zustimmung bei der SPD - Evertz (CDU): Das darf doch nicht wahr sein!)

Dann müssen Sie sich einmal überlegen, ob Sie damit überhaupt klug beraten sind. Es gibt eine Reihe von Vertretern des Kapitals, die sagen: Das ist der größte Unsinn, den wir machen können. Es gibt auch viele, die sagen: Zerrüttet nicht das Betriebsverfassungsrecht; denn damit rüttelt ihr an den Grundlagen der Einheitsgewerkschaft. Und mit der Einheitsgewerkschaft haben wir alle doch, insbesondere in Nordrhein-Westfalen, gute Erfahrungen gemacht.

(B)

(Beifall bei der SPD)

Da wollen Sie heran!

Deswegen sind auch eine Zurücknahme von Leistungen zur Zeit der sozial-liberalen Koalition und eine Zurücknahme von Sozialleistungen unter der CDU/CSU plus F.D.P. und einigen anderen nicht das gleiche. Es ist deswegen nicht das gleiche, weil zur Zeit der letzten sozial-liberalen Koalition noch sozusagen ein Moratorium vereinbart wurde, was die Mitbestimmung betraf. Bei Ihnen bekommt die Sache einen völlig anderen Zug: Sie wollen nicht sparen, weil Sie sparen müssen, sondern Sie bauen aus Prinzip Sozialleistungen ab; Sie spielen mit der Angst der Menschen.

(Evertz (CDU): Das müssen Sie gerade sagen!)

Der nächste Schritt ist, daß sie darüber den Sinn für die Rechte, die sie errungen haben, verlieren, und dann schlagen Sie ihnen ihre Mitbestimmungs- und Mitwirkungsrechte unter den Füßen weg.

(Zustimmung bei der SPD)

Wenn Sie das erreicht haben, dann sind Sie bereit, den Verlust von Mitbestimmungs-, Mitwirkungs- und Streikrecht mit neuen sozialen Wohltaten zu versüßen. Das halte ich für eine schlimme Konzeption!

(C)

(Beifall bei der SPD)

Frau Vizepräsident Friebe: Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Rohde?

(Zustimmung des Abg. Trinius (SPD))

- Herr Dr. Rohde, bitte!

Dr. Rohde (F.D.P.): Herr Trinius, darf ich Sie fragen, ob Sie sich nicht in der Tagesordnung irren: Reden Sie jetzt zum Haushalt oder schon zum übernächsten Punkt?

(Beifall bei der CDU)

Trinius (SPD): Wissen Sie, man kann schlecht - wie Ihr Kollege aus Ihrer Fraktion das getan hat - vom Abbau von sozialen Leistungen reden und dabei außer acht lassen: Werden denn Mitbestimmungs- und Mitwirkungsmöglichkeiten und -rechte von Arbeitnehmern gewahrt, oder geschieht das, indem man billigend in Kauf nimmt oder es sogar haben will, daß Rechte von Arbeitnehmern dabei zurückgefahren werden?

(Beifall bei der SPD)

Das ist der Kern der Sache. Deswegen hängen Tagesordnungspunkte manchmal miteinander zusammen. Und wenn sie das tun, soll man das deutlich machen. Am Ende ist es nämlich eine Politik: die Politik, die wir als Gesellschaftspolitik machen, und die Politik, die wir als Haushaltspolitik machen - es ist eine Politik.

(D)

(Beifall bei der SPD)

Und sie ist - das können Sie gar nicht aufteilen - jeweils vor der Öffentlichkeit als eine große politische Vorstellung zu verantworten.

Sie haben sich ja angewöhnt, alles "Reform" zu nennen, und manchmal nennen Sie es "Wende". Ich nehme an, Ihnen passiert statt der Wende auch gelegentlich einmal eine "Halse"; dann fliegt Ihnen der Großbaum um die Ohren. Sie haben sich angewöhnt, fast alles eine "Wende" oder eine "Reform" zu nennen. Die Steueränderung, die Sie vornehmen, verdient den Namen nicht. Reform heißt: Zurückkehren zu Grundlagen, die man ursprünglich haben wollte. Das passiert nicht. Oder Sie wollen eben tatsächlich solche

(Trinius (SPD))

- (A) Grundlagen; denn was Sie da tun, ist sozial ungerecht. Ich will das gar nicht wiederholen, was hier mehrfach gesagt worden ist; aber die Entlastung einer Familie mit 32 000 bis 35 000 DM Einkommen um 144 DM im Jahr = 12 DM im Monat können Sie vergessen, wenn Sie auf der anderen Seite einem Einkommen von 200 000 DM und mehr eine Entlastung von 7 000 DM im Jahr gewähren.

Diejenigen, die entlastet werden müssen, werden fast ganz und bei der zweiten Stufe ganz vergessen, und diejenigen, die nicht darauf angewiesen sind, werden reichlich bedacht; da biegen sich die Tische, und da wird noch mehr daraufgepackt. Das tut nicht not. Das brauchen die auch nicht.

Das ist der eine Punkt, und das ist ökonomisch auch noch falsch; denn wir brauchen eine Steigerung des privaten Konsums. Bei den Vermögenden und größeren Einkommen muß man davon ausgehen, daß solche Entlastungen bei den Steuern benutzt werden, um das Vermögen zu vergrößern: als Kapitalvermögen, als was auch immer. Der Bundesrechnungshof hat Ihnen da ja zuletzt einiges ins Stammbuch geschrieben. Ich hoffe, Sie beherzigen das einmal und mäßigen dann künftig Ihre Argumentation, vor allen Dingen die Polemik gegen die Sozialdemokratische Partei.

- (B) Wir haben Schwerpunkte gesetzt. In der Regierungserklärung sind zehn Schwerpunkte genannt. Ich will die nur wiederholen, damit sie nicht vergessen werden: Das ist die Luftreinhaltung, das ist die Wasserversorgung, das ist die rationelle Verwendung von Energie, Energieeinsparung, Fernwärmeausbau, das sind die Abfallbeseitigung und die Abfallwirtschaft, wobei als neuer Strang die Verhinderung von Abfall hineinkommt, das sind Natur-, Landschaftsschutz, Forstwirtschaft und Dorferneuerung, Umwelttechnologien und Umweltforschung, Wohnumfeldverbesserung, Stadterneuerung, Grundstücksfonds, Technologien zur Humanisierung der Arbeitswelt, öffentlicher Personennahverkehr, umweltbezogene Beschäftigungsmaßnahmen für junge Arbeitslose. Sie können das gut dem Vorbericht zum Haushalt entnehmen. Diese zehn Schwerpunkte werden allein im Jahre 1986 mit 2,6 Milliarden DM an investiven Mitteln versehen. Das halte ich für eine gute Sache. Ich glaube auch, daß das alles durchweg zukunftsorientiert ist. Deswegen wiederhole ich das, was ich am Anfang sagte: Dieses Land Nordrhein-Westfalen hat bei einer solchen Politik der Landesregierung und der Mehrheitsfraktion eine reelle Zukunftsschance. Wir brauchen hier nicht schwarz in schwarz zu malen, auch wenn die Haushaltslage außerordentlich schwierig ist.

Frau Kollegin Thoben hat unsere Technologieprogramme in der Öffentlichkeit angegriffen. Von den Barmitteln ist ein bißchen weggenommen worden. (C)

(Zuruf von der SPD: Ein bißchen?)

Aber ungefähr genausoviel ist bei der Abfallbeseitigung, bei der Altlastensanierung dazugekommen, nämlich genau der Betrag, den Sie hier nennen. Das eine davon ist außerordentlich dringend. Denn welchem Bürger wollen Sie zumuten, weiterhin in der Nähe von vergifteten Müllkippen zu wohnen? Das ist ein sinnvoller Austausch. Aber Sie müßten auch sehen, den 360 Millionen DM Barmittel stehen 500 Millionen DM Verpflichtungsermächtigungen gegenüber. Das heißt, Sie können im Laufe des Jahres 1986 Verpflichtungen zugunsten der Förderung der Technologie bis zu dieser Größenordnung eingehen.

Man fragt sich natürlich gern nach den Alternativen der Oppositionen. Ich muß sagen: Von Herrn Schauerte habe ich heute nichts gehört.

(Elfring (CDU): Waren Sie denn im Saal?)

- Ja, ich habe ihm auch ein paar Fragen gestellt. Die erste Frage hat er gar nicht zugelassen. Deswegen mußte ich ihm die Zinsentwicklung des Bundes vorhin hier vorlesen. Daraufhin ist interessanterweise auch keine Zwischenfrage von Ihnen gekommen. So können wir die Probleme nicht lösen. (D)

Sie haben einmal davon gesprochen, daß wir Wald verkaufen sollten.

(Zuruf von der CDU)

- Das hat er heute nicht gesagt, sondern früher einmal.

(Zuruf von der CDU: Das kommt in der zweiten Lesung!)

Das kann man einmal tun, und dann ist das vorbei. Dann haben Sie bei dieser Gelegenheit auch noch die Jagdeinnahmen privatisiert, das Stückchen, das Einnahmen bringen kann. Dann muß ich fragen: Welchen Wald werden Sie loswerden? - Denjenigen, den man gut schlagen kann. Den Wald in schwierigem Gelände werden Sie dann jedoch wieder nicht los. Anschließend werden Sie klagen: Was sind öffentliche Arbeiten doch immer schrecklich teuer! Aber daß anderes auf ebenem Gelände liegt und daß man dort mit dicken Maschinen glatt drüberfahren kann, wo

(Trinius (SPD))

- (A) es sich zu privatisieren lohnt, davon ist dann keine Rede.

(Aigner (SPD): Die wollen die Filetstücke herausschneiden!)

Dann war von Gewinnen der WestLB die Rede. Das haben Sie ein bißchen schräg dargestellt, Herr Schauerte. Die Gewinnsituation ist nicht schlecht; aber die WestLB trägt Vorsorge, Risikovorsorge, und das ist gut so.

(Evertz (CDU): Das ist keine Vorsorge, das ist Nachsorge!)

Deswegen kommen Sie dort an die "Mäuse" nicht so schnell heran. Ich will nicht von anderen Landesbanken reden; dort sieht das anders aus, aber nicht unbedingt besser.

(Zurufe von der CDU)

Herr Kollege Schauerte, wer die Verschuldung des Landes Nordrhein-Westfalen anprangert, der sollte mir natürlich auch einmal sagen, wie er gleichzeitig den Rückgang der Investitionen beklagen kann. Woraus wollen Sie diese denn bezahlen?

(Schauerte (CDU): Aus besserem Wirtschaften!)

- Sehr schön! Dafür müssen Sie, dafür dürfen Sie Kredite aufnehmen. Außerdem wollen Sie noch Einstellungskorridore schaffen, d.h. 1 500 Leute einstellen. Heute haben Sie das nicht gesagt. Wir kriegen das alles in der zweiten Lesung wieder zu hören. Das macht 100 Millionen DM pro Jahr zusätzlich, im zweiten Jahr 200, im dritten Jahr 300, im vierten Jahr 400 Millionen DM. 1 500 Leute wollen Sie Jahr für Jahr zusätzlich einstellen. Das ist Ihnen bis jetzt für die Schulen eingefallen, und das wird Ihnen für andere Bereiche einfallen, je nach dem, wie es die Opportunität geraten erscheinen läßt. Verstehe ich das richtig?

(Aigner (SPD): Genau so ist es! - Widerspruch und Zurufe von CDU und F.D.P.)

Wenn wir Sie ernst nähmen - Ihnen könnte nichts Schlimmeres passieren, als daß wir Ihre Anträge auch noch annehmen -, würden Sie selber dazu beitragen, daß Sie das Klagegel über die Finanzen des Landes Nordrhein-Westfalen im nächsten Jahr erneut singen müßten. Dabei müßten Sie sich selber ständig vor die Brust schlagen. Das wollen wir Ihnen ersparen, damit Sie unverantwortlich fordern und weiterhin unverantwortlich klagen können. Sie müssen nur aufpassen, daß das Ganze nicht belanglos wird.

(Aigner (SPD): Ist es schon!)

Herr Dorn hat davon gesprochen, daß die Konsolidierung gescheitert sei. Der Finanzminister habe eine hauswirtschaftliche Sperre verhängt. Diese war notwendig. Notwendig sei die Senkung der Ausgaben. - Ich habe volles Verständnis dafür, daß jemand auch einmal Mittagspause macht. Mich hat der Zufall in der Weise erwischt, daß ich während der Mittagspause eine Rede halten muß. - Die Investitionen, hat er gesagt, dürften nicht sinken.

(Zurufe von der CDU)

Nun muß ich natürlich fragen: Wie soll denn das alles gleichzeitig möglich sein? Die Ausgaben senken, die Investitionen erhöhen und das Personal nur noch mit befristeten Arbeitsverträgen beschäftigen, und zwar bei gleichzeitiger garantierter Übernahme aller derer, die als Anwärter voll ausgebildet sind? Das paßt nicht zueinander und wird sehr, sehr schwierig.

Herr Dorn hat von der Fortgeltung von Kreditemächtigungen gesprochen. Richtig ist, daß wir der Kritik des Landesrechnungshofs in den Fachausschüssen an diesem Punkt sehr sorgsam nachgehen werden.

Dann hat er eine Prognose gewagt und gesagt: Mehr Kürzungen im Sozialbereich führen zu mehr Wirtschaftsbelebung und mehr Arbeitsplätzen. Vielleicht hat das vor drei Jahren jemand geglaubt. Es hat Leute gegeben, die das noch ergänzt und gesagt haben: Höhere Gewinne führen zu mehr Arbeitsplätzen. Wer das geglaubt hat, muß nach zwei, drei Jahren feststellen, daß seine Hoffnung getrogen hat. Dann kann man daraus nur eine Schlußfolgerung ziehen: Wenn sich eine Erwartung, die ich gehegt habe - das kann ja jedem passieren - nicht erfüllt hat, dann bin ich als Politiker zumindest pragmatisch dazu verpflichtet, einen anderen Weg zu gehen. Dazu sehe ich bei Ihnen und dazu sehe ich bei der CDU leider noch keinen Weg.

Lassen Sie mich abschließend sagen, die Finanzpolitik der Landesregierung kann sich sehen lassen. Von einem drohenden finanziellen Zusammenbruch kann überhaupt keine Rede sein.

(Kuhl (F.D.P.): Sie ist schon zusammengebrochen.)

Wir haben im ganzen die richtigen Strategien entwickelt,

(Stump (CDU): Ins finanzielle Chaos!)

(C)

(D)

(Trinius (SPD))

- (A) mittelfristig und schrittweise den schwieriger werdenden Weg der Konsolidierung zu beschreiben. Daß das immer schwieriger wird - ich nehme Ihren Einwurf gern auf -, das räumt auch Stoltenberg ein. Wir brauchen uns hier nicht Dinge vorwerfen zu lassen, die unstrittig sind. - Bei der Umsetzung ihrer Tagespolitik hat sie Realitätssinn, Dialogfähigkeit und Kompromißbereitschaft gezeigt. Sie ist ausgewogen und verdient Vertrauen. Sie wird daher mit unserer Unterstützung rechnen können.

Wenn Sie noch einmal auf die Idee kommen sollten, meine Herren von der CDU, eine Verfassungsklage gegen das Land Nordrhein-Westfalen wegen Überschreitens der Verfassungsgrenze zu erwägen, so wie Sie es seinerzeit beim Bund gemacht haben, dann lassen Sie sich daran erinnern: Von den vier Haushalten unter der Verantwortung von CDU und F.D.P. in Bonn sind drei nach den Maßstäben, die Sie selbst anlegen, verfassungswidrig. Wer im Glashaus sitzt, sollte nicht mit Steinen werfen.

(Kuhl (F.D.P.): Dann hören Sie doch endlich damit auf!)

Meine Damen und Herren! Nordrhein-Westfalen hat nach den Investitionen, die wir bisher getätigt haben, und den sozialen Ausgleichsmaßnahmen, die wir gefunden haben, eine gute Zukunft vor sich - im sozialen Zusammenhalt, in der technisch-industriellen Entwicklung und auch in der Entwicklung seiner Bürger und Gemeinden.

(B)

(Beifall bei der SPD - Aigner (SPD): Bravo! Sehr gut!)

Frau Vizepräsident Friebe: Ich danke Herrn Abg. Trinius und darf jetzt Herrn Finanzminister Dr. Posser das Wort erteilen.

Dr. Posser, Finanzminister: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich möchte auf einige Ausführungen eingehen, die die Sprecher der CDU- und der F.D.P.-Fraktion heute morgen gemacht haben. Aber vor die Klammer möchte ich doch noch einmal einen Vorgang setzen, der zu dem Thema politische Kultur und zu dem Appell paßt, den wir in der vorletzten Sitzung des Landtags gehört haben.

Herr Abg. Schauerte hat in einer Pressekonferenz, die auch in Zeitungsveröffentlichungen ihren Niederschlag gefunden hat, vor wenigen Wochen gesagt, der Finanzminister dieses Landes sei offensichtlich unfähig, die Wahrheit zu sagen. Und er nickt erneut.

(C) Offensichtlich unfähig, die Wahrheit zu sagen, sind eigentlich nur zwei Gruppen von Menschen: einmal solche, die wegen Geisteserkrankungen nicht im Vollbesitz ihrer Kräfte sind und deshalb nicht zwischen Lüge und Wahrheit unterscheiden können, und die andere Gruppe sind Leute, bei denen es sich um skrupellose Lügner oder Betrüger handelt.

Ich gehöre diesem Landtag jetzt fast zwanzig Jahre an. Aber was Sie sich, Herr Abg. Schauerte, an öffentlichen Äußerungen leistet, das hat es in der Geschichte unseres Landes noch nicht gegeben.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei der SPD)

Ich hätte diesen Vorfall als einmalige Entgleisung nicht mehr erwähnt, wenn das heute nicht eine Fortsetzung gefunden hätte.

(Schauerte (CDU): Und heute mit Recht!)

Sie haben gestern schon in einer Pressekonferenz und heute das fortsetzend gesagt, ich hätte das Parlament getäuscht,

(Schauerte (CDU): Dabei bleibe ich auch.)

es wäre eine grobe Mißachtung des Parlaments und ein ungeheuerlicher Vorgang.

(Schauerte (CDU): Genau so ist es.)

(D)

Deshalb will ich hier doch einmal der Öffentlichkeit sagen, worum es sich eigentlich handelt. Bei Ihrem ersten Vorwurf, ich sei offensichtlich unfähig, die Wahrheit zu sagen, handelt es sich um einen Irrtum, der auf Ihrer Seite liegt, weil Sie nämlich nicht zwischen Kreditmarktverschuldung und Gesamtverschuldung unterschieden haben.

(Dr. Farthmann (SPD): Das kann er ja gar nicht! - Schauerte (CDU): Das ist nicht richtig!)

- Aber selbstverständlich, Herr Abgeordneter, selbstverständlich ist es so.

(Zuruf von der SPD: Er ist auch unfähig.)

Sie bekommen alle Vierteljahre im Haushalts- und Finanzausschuß eine genaue Übersicht. Da wird sorgfältig unterschieden zwischen Kreditmarktverschuldung, Ausgleichsforderungen, Londoner Schuldenabkommen, Gesamtverschuldung. Alle diese Beträge sind Ihnen bekannt. Und in jeder Haushaltsdebatte ist

(Minister Dr. Posser)

- (A) immer wieder auch die in der Tat uns gemeinsam bedrückende Verschuldung des Landes Nordrhein-Westfalen stets erwähnt worden, und zwar mit richtigen Zahlen.

Die Beurteilung, ich täuschte das Parlament - grobe Mißachtung, was ja immer ein vorsätzliches Handeln bedingt, wie Sie als Jurist wissen; Sie nicken zustimmend -, und der Vorwurf der Ungeheuerlichkeit beziehen sich auf den Steueransatz. Dieser Steueransatz, Herr Abgeordneter, ist eingesetzt worden zu einem Zeitpunkt, als wir die Juni-Schätzung dieses Jahres hatten.

(Stump (CDU): Richtig, die passen wir dann an.)

Wir haben dann eine Steuerschätzung am 11./12. November gehabt, die regionalisiert worden ist. Sie ist regionalisiert worden - wie immer - bei der Finanzverwaltung in Baden-Württemberg. Sie wird dann von uns wie in den anderen Ländern geprüft, ob man sie ganz oder mit einem Abschlag übernehmen kann.

Dies geschieht Jahr für Jahr. Insofern haben wir in diesem Jahr überhaupt keine Besonderheit mit der Ergänzungsvorlage oder der Deckungsvorlage zur zweiten Lesung, wenn nämlich das Ergebnis des Jahres, das jetzt unmittelbar vor seinem Abschluß steht, also das Jahr 1985 - früher waren es die entsprechenden anderen Jahre -, vorliegt. Dabei ist überhaupt nichts Ungeheuerliches.

(B)

(Doppmeier (CDU): Das hätten Sie doch am 4. Dezember schon sagen können.)

- Ich habe bei der Einbringung des Haushalts, Herr Abg. Doppmeier, genau dieses gesagt. Lesen Sie doch einmal die Seite 629 des Protokolls der Plenarsitzung am 4. Dezember. Da steht doch ausdrücklich, daß wir einen Steueransatz möglicherweise überprüfen, wenn wir das Ist-Ergebnis 1985 vorliegen haben.

(Doppmeier (CDU): Das lag doch gar nicht vor! - Schauerte (CDU): Sie haben die Zahl verheimlicht.)

- Das ist ja nicht wahr; ich habe überhaupt nichts verheimlicht. Ich habe gesagt: wenn wir das Ist-Ergebnis 1985 haben. Denn das ist die Basis für die Frage, welchen Ansatz wir einsetzen.

(Zurufe von der CDU)

- Wenn Sie einen Moment zuhören und darüber nachdenken würden, würden Sie einsehen,

daß Ihr Zwischenruf unrichtig ist. Wir haben Jahr für Jahr das regionalisierte Steuereinnahmeergebnis überprüft, inwieweit wir es nach Nordrhein-Westfalen übernehmen können. In den Jahren - um jetzt nur einmal die letzten Jahre zu nehmen - 1980, 1981, 1982 und 1984 haben wir Abschlüsse von dem regionalisierten Ergebnis vorgenommen. Und obwohl wir diese Abstriche vorgenommen haben, war der Ist-Eingang der Steuern noch niedriger als das bereits reduzierte regionalisierte Ergebnis der Schätzung.

(Schauerte (CDU): Das können wir doch gemeinsam tun! Das können Sie uns doch sagen!)

- Aber selbstverständlich bekommen Sie das gesagt. Ich habe ausdrücklich gesagt, wann der Zeitpunkt gekommen ist.

Jetzt will ich Ihnen etwas über die Entwicklung 1985 sagen. Sie haben immer wieder erklärt, es müsse doch ein exzellentes Ergebnis sein. Wir haben einen Ansatz von 2,2 Milliarden. Per 30. November dieses Jahres haben wir den Platz 11 von allen Bundesländern. Das heißt, wir haben die geringste Zunahme bei den Steuern und liegen um zwei Punkte unter dem Durchschnitt der Flächenländer ohne Nordrhein-Westfalen. Das heißt, daß wir von dem Steueransatz 1985 noch weit über 800 Millionen DM entfernt sind.

Wir haben in der Geschichte unseres Landes bisher einmal ein Ergebnis gehabt, daß der Dezember mehr als 600 Millionen DM mehr Aufkommen hatte als der Dezember des Vorjahres. Das war im Verhältnis 1972 zu 1971. Es sieht also zur Zeit so aus, daß wir den Steueransatz 1985 nicht erreichen. Ich bleibe bei meiner Aussage, die ich Jahr für Jahr wiederholt habe, daß man über das Steuereinnahmeergebnis erst nach Abschluß des Monats Dezember Verbindliches sagen kann, weil er mit weitem Abstand der aufkommensstärkste Monat ist.

Da ist überhaupt nichts verschwiegen. Ihr Vorwurf stößt ins Leere. Sie brauchen nur nachzulesen, was ich in der Einbringungsrede gesagt habe.

(Zustimmung bei der SPD - Aigner (SPD): Das könnte die Vorurteile schmälern.)

Sie haben aber nicht nur diese haltlosen Verdächtigungen erhoben, sondern Sie haben weiter davon gesprochen, wir ließen jetzt die Maske herunter, wir seien unseriös, würden dauernd Täuschungen begehen, seien unred-

(C)

(D)

(Minister Dr. Posser)

- (A) lich und spielten mit gezinkten Karten. Auf dieses Niveau, Herr Abgeordneter, werde ich mich nicht begeben.

(Beifall bei der SPD - Aigner (SPD): Sehr gut!)

Sie haben davon gesprochen, wir sollten uns den Bundesfinanzminister Dr. Stoltenberg zum Vorbild nehmen.

(Stump (CDU): Ja, der Mann kann etwas!)

- Das habe ich übrigens nie bestritten, daß er ein tüchtiger Finanzminister ist. Ich bin in vielen Punkten nicht mit ihm einig; aber in Grundfragen bin ich durchaus mit ihm einig. Nur: Das hat er nicht selber getan, aber er hat doch Zuschläger, die in der Öffentlichkeit den Eindruck verbreiten - bis hinein ins Kabinett sagen das ja einige Ministerkollegen -, es sei seine große Leistung, daß die Schulden des Bundes gesenkt worden seien. Die Schulden des Bundes sind - und das ist kein Vorwurf an die Adresse von Herrn Dr. Stoltenberg - nicht gesunken, sondern sind in seiner Zeit, wenn der verabschiedete Haushalt 1986 einbezogen wird, um über 105 Milliarden DM größer geworden, und sie werden im nächsten Jahr die Grenze von 400 Milliarden DM überschreiten,

(Zuruf von der CDU: Erblast!  
- Schauerte (CDU): Wer im Glashaus sitzt!)

(B)

und dies, obwohl es einen Bundesbankgewinn gegeben hat, der in den Jahren 1983 bis 1986 47,8 Milliarden DM beträgt.

(Aigner (SPD): Das verdrängen die alles! - Dr. Linssen (CDU): Wie ist es mit dem Zuwachs?)

Jetzt sage ich Ihnen: Wenn ich ihn mir als Vorbild nehmen soll, was ich ja gern tun will, dann wäre ich ja glücklich, wenn ich - was das mir von Ihnen gepriesene Vorbild Dr. Stoltenberg angeht - etwas diesem Bundesbankgewinn Vergleichbares hätte. Man spricht geradezu von einer Bundesbank-Finanzierungsquote des Bundeshaushalts.

(Beifall bei der SPD - Dr. Linssen (CDU): Was ist mit der WestLB?)

Denn diese 47,8 Milliarden DM Bundesbankgewinn in den Jahren 1983 bis 1986 entsprächen einer nichtsteuerlichen Einnahme beim Land Nordrhein-Westfalen von 10,4 Milliarden DM, der überhaupt keine Aufgabe gegenüberstünde, die wir voll einsetzen

könnten, um vielleicht noch etwas stärker zu konsolidieren. (C)

(Schauerte (CDU): Das wird durch Wiederholungen nicht besser!  
- Dr. Linssen (CDU): Haben Sie noch etwas anderes als dieses Thema?)

- Herr Linssen, wenn Ihnen nichts anderes einfällt, als das zu sagen - -

(Dr. Linssen (CDU): Immer dasselbe!)

- Ja, aber weil die Vorwürfe nicht nur im Thema gleich sind, sondern immer unlauterer werden, deswegen.

(Zustimmung bei der SPD)

Dann haben Sie uns die Kürzung der Investitionen vorgeworfen. Da will ich Ihnen sagen: Die Investitionsquote beim Bund erreicht unter der neuen Regierung einen historischen Tiefstand.

(Aigner (SPD): Schlimm ist das!)

Sie ist nämlich nach den eigenen Erklärungen der Bundesregierung bei 13,2 % angekommen. Ich hoffe, daß es nicht weniger wird.

(Zuruf des Abg. Schauerte (CDU))

Dann kommen Sie und sagen: Bayern. Natürlich: Bayern! Dieses Land möchte ich mir gern als Vorbild nehmen. Im 36. Jahr ununterbrochen Zahlungen aus dem Länderfinanzausgleich, und seit 1967 Bundesergänzungszuweisungen! Das ist eine Sache, die wir gern auch einmal erleben möchten. (D)

(Zustimmung bei der SPD - Zurufe von der CDU)

Frau Vizepräsident Friebe: Herr Finanzminister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Linssen?

(Minister Dr. Posser: Ja, gern.)

- Bitte schön, Herr Dr. Linssen!

Dr. Linssen (CDU): Herr Minister Posser, da Sie gerade die Investitionsquote ansprechen: Ist Ihnen bekannt, daß dieses Land in den letzten vier Jahren die Investitionsquote um über 30 % heruntergefahren hat und dieses im Bund überhaupt keine Vergleichbarkeit findet?

- (A) Dr. Posser, Finanzminister: Ich werde gleich im Zusammenhang mit dem Gemeindefinanzierungsgesetz noch einmal auf diese Frage zurückkommen.

(Zuruf von der CDU: Das beraten wir später!)

- Ja, das mache ich gleich.

Aber zunächst zu Bayern. Es ist inzwischen auch im Deutschen Bundestag bekannt geworden und im Plenum erwähnt worden, daß wir vor dem einmaligen Sachverhalt stehen, daß ein Land kaum noch Ansprüche im Länderfinanzausgleich hat, aber zum Beispiel für das Jahr 1986 das 26,5-fache dessen, was noch an Anspruch im Länderfinanzausgleich besteht, an Bundesergänzungszuweisungen erhalten soll. Wir werden bei der Abrechnung des Jahres 1985 ja sehen, ob nicht der Bundestag für die Jahre 1986 und 1987 im bundesstaatlichen Finanzausgleichssystem ein Gesetz verabschiedet, das dem eigenen Vorbringen des Freistaates Bayern beim Bundesverfassungsgericht widerspricht. Aber das werden wir sehen.

Sie haben gesagt, wir würden den Gemeinden 1 Milliarde DM weniger geben; die Zahl wäre von mir. Sie ist nicht von mir. Ich habe immer die Zahl 388 Millionen DM aufgerundet genannt.

(Zuruf des Abg. Schauerte (CDU))

- (B) Das, was Sie in Beziehung setzen, Herr Abgeordneter Schauerte, das sind die Erwartungen, die die Gemeinden bei unverändertem Verbundsatz haben konnten.

(Zuruf des Abg. Schauerte (CDU))

Aber ich sage Ihnen: Wir haben Steuerschätzungen gehabt, die uns für die Jahre 1981 bis 1984 eine Summe an Steuereinnahmen vorausgesagt haben, und es waren nachher 27,6 Milliarden DM weniger.

(Schauerte (CDU): Das war unter Helmut Schmidt!)

- Nein, Sie wissen, Helmut Schmidt macht ja keine Steuerschätzungen.

(Allgemeine Heiterkeit)

Aber, Herr Abgeordneter Schauerte, es macht überhaupt kein Politiker Steuerschätzungen. Die Steuerschätzungen macht vielmehr ein aus 32 Personen bestehender Arbeitskreis, in dem Sachverständige tätig sind. Die haben sich - das sage ich nicht als Vorwurf, son-

dern nur als Feststellung - eben schrecklich geirrt, nicht zuletzt aufgrund der zu optimistischen Vorgaben, die aus dem Bundeswirtschaftsministerium gekommen sind. (C)

Sie wissen, daß in der Pressekonferenz am 1. Juli 1982 der Bundeskanzler den damaligen Bundeswirtschaftsminister gefragt hat, ob er wirklich davon ausgehen könne, daß wir 3 % reales Wachstum haben würden. Da hat er gesagt: Jawohl, dabei bleibe ich. Und dann waren es minus 1,1 %.

(Schauerte (CDU): So war es!)

Natürlich war es so. Es war übrigens der Graf Lambsdorff, der hat doch das Bundeswirtschaftsministerium damals und lange Zeit auch in der neuen Regierung gehabt. Und ich mache auch ihm keinen Vorwurf. Ich sage: Das war so.

Wir haben doch in allen Industrieländern einen dramatischen Einbruch gehabt. Als Ronald Reagan zwei Jahre regierte, war Ende 1982 der Tiefpunkt bei den Amerikanern, minus 2,2 %. Und bei uns waren es minus 1,1 %. Nun tun Sie so, als hätten wir ein Ergebnis gehabt, das es anderswo nie gegeben hat. Bleiben Sie doch auf dem Teppich und bleiben Sie bei den Tatsachen. Das ist besser, als wenn Sie haltlose Verdächtigungen und unberechtigte Vorwürfe erheben.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben die Leistungen an die Gemeinden kürzen müssen. Jetzt schon zum dritten Mal. Das tun wir nicht gern. Aber das war notwendig. Unsere Verfassung sagt, daß wir einen übergemeindlichen Finanzausgleich im Rahmen der finanziellen Leistungsfähigkeit des Landes leisten. Das ist der einzige Maßstab. (D)

Sie können doch nicht bestreiten, daß in den 396 Gemeinden und 31 Kreisen und 2 Landschaftsverbänden in Nordrhein-Westfalen die Situation sicherlich sehr unterschiedlich ist. Aber bereits 1983 haben 51 % aller Gemeinden mit der Entschuldung beginnen können. 1984 waren es 54 %. Natürlich ist das sehr schwierig. Ich sehe gerade Herrn Kollegen Wagner aus Oberhausen. Es gibt einige Gemeinden, denen es sehr, sehr schlecht geht. Wir haben mit der Aufstockung II versucht, nicht nur diesen Gemeinden, sondern auch einigen anderen zu helfen. Dieser Weg uns abgeschnitten worden, nachdem einige Städte wie Bonn, Mönchengladbach, Solingen und Münster gemeint haben, die Finanzschwachen bekämen vom Land zu viel. Dann lassen Sie doch bitte diese Worte, das Land greife in die Kassen der Gemeinden!

(Widerspruch bei der CDU)

(Minister Dr. Posser)

**(A)** Nein, das ist schon als Begriff falsch. Das Land greift nicht in die Gemeindekassen. Die Gemeindekasse zahlt ja gar nicht. Alles, was gezahlt wird, zahlt das Land.

(Elfring (CDU): Nein, der Bürger zahlt!)

- Ja, natürlich, der Bürger. Selbstverständlich zahlt alles der Bürger, was der Bund und was das Land ausgeben.

(Elfring (CDU): So ist es.)

Deshalb will ich Ihren Zuruf, Herr Kollege Elfring, gerne benutzen, um dem steuererhrlichen Bürger ein herzliches Dankeschön zu sagen.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben also diesen Weg der besonderen Hilfe für die besonders Hilfsbedürftigen versperrt bekommen. Wir haben dann nach einer Ersatzlösung gesucht. Da es unvermeidbar war, den Verbundsatz abzusenken, haben wir über viele Wochen verhandelt. Wir haben dann - das war keine Zustimmung - doch eine gewisse Erleichterung bei den kommunalen Spitzenverbänden gefunden, daß wir auf jeden Fall den Umfang der allgemeinen Finanzausweisungen, insbesondere also der Schlüsselzuweisungen, gegenüber dem Jahre 1985 in unveränderter Höhe zahlen. Das ist wichtig für den Ausgleich der Verwaltungshaushalte.

**(B)** (Schauerte (CDU): Aber zu Lasten der Investitionen!)

Wir haben natürlich den sich aus der Senkung der Verbundquote ergebenden Betrag von 388 Millionen DM von den Zweckzuweisungen wegnehmen müssen, insbesondere von der Investitionskostenpauschale. Das ist richtig. Aber nachdem diese Operation der Senkung des Verbundsatzes unvermeidlich war, war das der Weg, der den Gemeinden am wenigstens beschwerlich sein sollte.

Diese Tatsache ist mitentscheidend dafür, daß die Investitionsquote in unserem Landeshaushalt stärker abgesunken ist, als es notwendig gewesen wäre, wenn wir die Aufteilung dieser Mittel nach dem bisherigen Aufteilungsverhältnis von allgemeinen und zweckgebundenen Zuweisungen vorgenommen hätten.

Dann wären die 388 Millionen DM nicht bei den Zweckzuweisungen weggenommen worden, sondern im Schwerpunkt, zu drei Vierteln oder fast vier Fünfteln, bei den allgemeinen Zuweisungen, und entsprechend weniger wäre

unsere Investitionsquote abgesunken. Allein diese eine Operation müssen Sie mit im Blick haben, bevor Sie Vorwürfe erheben. **(C)**

(Schauerte (CDU): Habe ich voll begriffen!)

- Dann ist es ja gut. - Also, die Gemeinden sind keine Reservekasse. Wir haben nämlich keinen interkommunalen Ausgleich. Die reichste Stadt in Nordrhein-Westfalen gibt nicht eine Mark an die ärmste Gemeinde in Nordrhein-Westfalen. Alles zahlt das Land. Das muß man sehen. Und deshalb ist schon, wie gesagt, der Begriff falsch, wenn gesagt wird, wir "griffen" in die Gemeindekassen. Wir geben nur weniger als 1985.

Vizepräsident Dr. Klose: Herr Minister, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Evertz?

(Minister Dr. Posser: Aber gern, ich habe ja Zeit. Bitte sehr! - Heiterkeit)

- Bitte schön!

Evertz (CDU): Herr Minister Posser, ich möchte Sie, da Sie im Zusammenhang mit den Problemen des Landes immer den Länderfinanzausgleich ansprechen, fragen, ob Ihnen bewußt ist, daß bei den Berechnungen dieses Finanzausgleichs im Rahmen der Finanzverfassung der Bundesrepublik Deutschland auch der Finanzbedarf der Gemeinden eine wesentliche Rolle spielt und daß es eigentlich höchst unsittlich ist, wenn Sie dort im Rahmen des Finanzausgleichs mehr Geld anmahnen, dies aber dann nicht an die Gemeinden weitergeben? **(D)**

Dr. Posser, Finanzminister: Aber Herr Kollege Evertz, wo denken Sie hin! Jede Mark, die wir im Länderfinanzausgleich bekommen, geht in Höhe der Verbundquote an die Gemeinden und Gemeindeverbände. Das ist doch selbstverständlich.

(Evertz (CDU): Aber Sie senken dann ab! - Weitere Zurufe von der CDU)

- Nein! Sie dürfen nicht vergessen: Seit Einführung des Länderfinanzausgleichs am 1. Januar 1950 haben wir noch nie eine Mark bekommen.

(Aigner (SPD): Immer gezahlt!)

Wenn wir etwas bekommen - und wir klagen in Karlsruhe, um etwas mehr zu bekommen -, werden wir die Gemeinden selbstverständlich an den Mehreinnahmen beteiligen. Das ist doch selbstverständlich.

(Zustimmung bei der SPD - Schauerte (CDU): Dann senken Sie den Verbundsatz!)

(Minister Dr. Posser)

- (A) Sie sagen ja, ich solle dankbar sein. Sie haben mich ja schon mehrfach aufgefordert, nach Bonn zu fahren und mich für die vielen Steuern, die ich in die Landeskasse bekomme, zu bedanken.

Dann wollen wir einmal schauen, wie es in der Vergangenheit war. - Bei wesentlich geringem Haushaltsvolumen haben wir in den zehn Jahren 1971 bis 1980 sechs Jahre gehabt, in denen wir je Jahr über 2 Milliarden DM mehr steuerliche Einnahmen hatten, in zwei Jahren hatten wir über 1,6 Milliarden DM, in einem Jahr sogar 3 Milliarden DM mehr. Nun will ich Ihnen einmal die Zahlen von heute nennen: 1981 minus 327 Millionen DM, 1982 1,038 Milliarden DM, 1983 1,558 Milliarden DM und 1984 1,601 Milliarden DM. Das heißt, wir sind bei unseren Einnahmen weit entfernt vom Durchschnitt der Dekade 1971 bis 1980 und haben dabei ein viel größeres Haushaltsvolumen. Deshalb haben wir gar keinen Anlaß, zu sagen: Wir sind glücklich darüber, daß wir jedenfalls noch so viel bekommen. Vielmehr: Wir wollen mehr, und wir haben einen Rechtsanspruch darauf, mehr zu fordern. Und den klagen wir ein.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben sich zum Beispiel überhaupt nicht dazu geäußert, Herr Abgeordneter Schauerte, wie sich das auswirkt, ob Sie das tolerieren, ob Sie das sogar für gut halten - mag ja sein, daß Sie das für gut halten; bei Ihnen überrascht mich nichts mehr.

(B)

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD - Zuruf des Abg. Schauerte (CDU))

Zum Beispiel unsere Kohlelast! Seit 1978 haben wir im Jahresdurchschnitt 1,1 Milliarden DM aus Landesmitteln, aus der Landeskasse für die Kohle gezahlt. Kein anderes Land hat das getan. Das Saarland hat es intern zurückbekommen, was wir nie beanstandet haben. Diese Tatsache führt dazu, daß die anderen Bundesländer mehr Umsatzsteuer erhalten, als wenn Nordrhein-Westfalen nicht die 1,1 Milliarden DM aus der Landeskasse zu tragen hätte, weil nämlich der Bund - anders geht es gar nicht - nicht mit jedem einzelnen Land über die Aufteilung der Umsatzsteuer verhandeln kann, sondern nur mit der Ländergesamtheit, und weil der Bund - "korrekterweise" sage ich ausdrücklich - immer nur von der Ländergesamtheit und von deren Zahlen spricht, Herr Abgeordneter Schauerte.

(Schauerte (CDU): Herr Minister Posser!)

Deshalb ist es auch wenig aussagekräftig, wenn Sie darauf hinweisen, die Länder hätten aber höhere Steuereinnahmen gehabt als der Bund. (C)

(Schauerte (CDU): Haben sie auch!)

- Die Ländergesamtheit ja, aber unser Land nicht! Und das ist doch der entscheidende Punkt. Hinweise auf die Ländergesamtheit sind natürlich für statistische Zwecke durchaus sinnvoll, aber wenn ich die Situation der verschiedenen Länder sehen will, kann ich nur auf das jeweilige Land abstellen. Natürlich kann ich sagen, die Ländergesamtheit habe doch in den ersten elf Monaten dieses Jahres 1985 6 % mehr steuerliche Einnahmen gehabt und der Bund weniger; aber unser Land hat nur 4,1 % gehabt, und das ist doch die Zahl, die uns interessiert.

(Schauerte (CDU): Warum denn?)

Uns interessiert doch nicht die Zahl der Ländergesamtheit.

(Schauerte (CDU): Warum denn?)

- Natürlich weil es um unseren Haushalt geht und nicht um den Haushalt der Ländergesamtheit!

(Lachen bei der CDU - Schauerte (CDU): Warum so wenig, Herr Posser?)

- Wir haben zu wenige Einnahmen; das ist richtig. (D)

(Schauerte (CDU): Warum so wenig in Nordrhein-Westfalen, Herr Minister Posser?)

- Das habe ich schon einmal zu erklären versucht. Aber ich will es gern wiederholen.

(Aigner (SPD): Wieder nicht zugehört! Die Zusammenhänge sind für manchen zu schwierig! Die begreifen das nicht!)

Bei uns, Herr Abgeordneter Schauerte, haben wir, abgesehen vom Saarland, den größten Strukturwandel gehabt. Die Zahlen haben wir belegt. Abbau der Belegschaften usw.! Und wir haben trotzdem nicht die entsprechende Hilfe durch die Instrumente bekommen, die ausdrücklich eingeführt worden sind. Da gibt es zum Beispiel seit 1970 die Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur". Gegenüber der alten Bundesregierung - damit Sie nicht meinen, das wäre eine Erfindung gegenüber der neuen Bundesregierung - habe ich schon am 27. Januar 1981 im Deutschen Bundestag

(Minister Dr. Posser)

- (A) gesagt, das sei unerträglich; ein Land, das diese strukturellen Veränderungen habe, müsse bei der Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur besonders gefördert werden. Wir aber erhielten einen Anteil, der niedriger war als der für Rheinland-Pfalz. Er lag bei 7,4, wenn ich es richtig in Erinnerung habe, und der von Rheinland-Pfalz betrug 7,8, und der von Bayern machte 22,79 aus. Da sehen Sie, wie unterschiedlich wir in Nordrhein-Westfalen behandelt worden sind.

Vizepräsident Dr. Klose: Herr Minister, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Linssen?

Dr. Posser, Finanzminister: Ich sehe gleich drei Bewerber für eine Zwischenfrage: außer Herrn Dr. Linssen noch Herrn Dr. Rohde; außerdem sehe ich Herrn Doppmeier.

(Heiterkeit - Zurufe)

Na ja, es geht nicht um meine Zeit dabei!

Vizepräsident Dr. Klose: Das Wort zu einer Zwischenfrage hat Herr Abg. Dr. Linssen - bitte sehr!

Dr. Linssen (CDU): Herr Minister, ist Ihnen erinnerlich, daß gerade bei der von Ihnen erwähnten regionalen Wirtschaftsförderung das Land Nordrhein-Westfalen besonders bedacht worden ist, indem das Stahlstandortprogramm aufgelegt worden ist?

(B)

Dr. Posser, Finanzminister: Das Stahlstandortprogramm ist in unsere Quote mit einbezogen, Herr Kollege Linssen.

(Widerspruch des Abg. Dr. Linssen (CDU))

- Doch, es ist mit drin. Wir liegen dabei immer noch weit, weit unter unserem Bevölkerungsanteil, während Bayern weit darüber liegt - immer noch! Das ist der Unterschied.

(Dr. Linssen (CDU): Aber da gibt es doch Indikatoren! - Weitere Zurufe von der CDU)

Und wer stellt jetzt eine Zwischenfrage - Herr Doppmeier, oder wer? - Immer der Reihe nach! - Herr Rohde, ja, gerne!

Vizepräsident Dr. Klose: Nun hat zu einer Zwischenfrage Herr Abg. Dr. Rohde das Wort.

Dr. Rohde (F.D.P.): Herr Minister, an unsere gemeinsame Zeit in der sozialliberalen Koalition erinnernd, darf ich Sie fragen: Wir haben doch wohl deswegen in der Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Infrastruktur" nicht mehr Geld bekommen, weil Nordrhein-Westfalen eine der besten Infrastrukturen in der Bundesrepublik hatte, zurückzuführen auf die ungewöhnlichen Dotierungen von Bonn in dieser Zeit? (C)

(Lachen und Zurufe von der SPD)

Dr. Posser, Finanzminister: Herr Kollege Dr. Rohde, was Sie sagen, ist richtig, bedarf jedoch der Ergänzung.

(Heiterkeit bei der F.D.P. - Dr. Rohde (F.D.P.): Einverstanden!)

Es gab bis vor kurzem kein Kriterium bei dieser Gemeinschaftsaufgabe wie zum Beispiel hohe Arbeitslosigkeit. Die Festlegung eines solchen Kriteriums hielt man für völlig überflüssig. Dabei hatte man in gewisser Weise auch recht; denn es gab ja während der dreizehn Jahre gemeinsamer sozialliberaler Regierungszeit in weit mehr als der Hälfte der Zeit Vollbeschäftigung; damals war der Arbeitsmarkt ja leergefegt. Und deshalb ist es auch immer falsch, wenn behauptet wird: Bei euch war die Arbeitslosigkeit so hoch.

(Zuruf des Abg. Dr. Linssen (CDU))

Im Gegenteil: In der meisten Zeit war der Arbeitsmarkt leergefegt, und daher kann man verstehen, daß überdurchschnittliche Arbeitslosigkeit kein Kriterium war. (D)

Fragen Sie einmal Ihren Kollegen Riemer: Er und ich haben gemeinsam gekämpft, um Verbesserungen zu erreichen. Dabei hatten wir einen gewissen kleinen Erfolg. Herr Riemer wird Ihnen das alles bestätigen können. Wir müssen hier auch offen sein und erwähnen, daß die Bundesregierung Nordrhein-Westfalen nicht immer so unterstützt hat. Machen Sie daraus bitte aber keinen Vorwurf gegenüber den Sozialdemokraten; die Bundeswirtschaftsminister von 1972 bis 1982 gehörten den Freien Demokraten an; das muß man fairerweise hinzufügen. Man kann dies also nicht so einseitig verteilen.

(Zustimmung des Abg. Dr. Rohde (F.D.P.) - Zuruf des Abg. Aigner (SPD))

Es geht mir doch nur darum, Ihnen einmal objektiv zu verdeutlichen, welche Benachteiligungen unser Land erlebt hat.

(Minister Dr. Posser)

- (A) Nun will ich Ihnen nicht noch etwas zu den Bundesergänzungszuweisungen sagen; denn das habe ich schon wiederholt getan. Aber schauen Sie sich doch bitte in dem neuen Datenheft, das Ihnen in den letzten Tagen zugegangen ist, die entsprechenden Fakten einmal an: wer im Länderfinanzausgleich Geberland und wer Nehmerland war und wie die Bundesergänzungszuweisungen, seit 1975 in sogar dynamisierter Form, verteilt worden sind. Wenn Sie nach kurzem Blick auf diese drei Schaubilder nicht zu der Meinung gelangen, Nordrhein-Westfalen sei in größter Weise benachteiligt worden, dann ist freilich von denen, die das nicht erkennen, auch keine Hilfe zu erwarten.

Vizepräsident Dr. Klose: Herr Minister, erlauben Sie eine weitere Zwischenfrage des Herr Abg. Schauerte?

(Minister Dr. Posser: Bitte sehr!)

- Bitte, Herr Abgeordneter!

Schauerte (CDU): Herr Minister, wenn ich als "Abgeordneter Schauerte" noch eine Frage stellen darf:

(Heiterkeit - Minister Dr. Posser: Immer! Das ist Ihnen nicht verwehrt.)

Ist Ihnen eine Untersuchung bekannt, nach der der Anteil des Landes Nordrhein-Westfalen an den Mischfinanzierungen während der CDU/F.D.P.-Bundesregierung zugunsten des Landes Nordrhein-Westfalen nennenswert verbessert worden ist, gemessen an den Zuweisungen während der sozialliberalen Koalition?

(B)

(Zuruf des Abg. Aigner (SPD))

Dr. Posser, Finanzminister: Nein, diese Untersuchung ist mir nicht bekannt. Mich würde diese Untersuchung sehr interessieren; ich würde sie sehr aufmerksam durchlesen und dann entsprechende Folgerungen daraus Ihnen sogar mitteilen, Herr Abgeordneter.

(Heiterkeit - Zurufe)

Vizepräsident Dr. Klose: Zu einer weiteren Zwischenfrage Herr Abg. Schauerte - bitte sehr!

Schauerte, (CDU): Wäre es möglich, Herr Minister Posser, daß Sie sich eine solche Untersuchung einmal bei Ihrem Ministerpräsidenten ansehen?

Dr. Posser, Finanzminister: Aber, Herr Abgeordneter, ich schaue mir die Untersuchung, die Sie jetzt angesprochen haben, an, gleichgültig, wo sie liegt; ich kümmere mich darum!

(Heiterkeit bei der SPD - Zurufe von der CDU)

Ich werde den Ministerpräsidenten bitten und werde in der nächsten Lesung - in der zweiten - dazu Stellung nehmen; das verspreche ich Ihnen. Ich bin nämlich nicht "offensichtlich unfähig, die Wahrheit zu sagen".

(Lebhafte Zustimmung bei der SPD - Schauerte (CDU): Man muß immer halten, was man verspricht.)

Sie haben auch gefragt: Warum haben Sie denn nicht früher die Klagen an die Adresse der Bundesregierung erhoben? Wir haben das immer getan, wenn die Sachverhalte erkennbar waren. Ich habe Ihnen in meiner Einbringungsrede Jahr für Jahr geschildert, wie sich die Kohlelast verändert hat. Sie war eine ganze Zeitlang auf Null, dann ist sie ganz rasch angestiegen, und zum selben Zeitpunkt sind die Förderzinsabgaben in Niedersachsen dramatisch von zweistelligen Millionenzahlen auf über 2 Milliarden angestiegen. Das hat natürlich den Termindruck gebracht.

(Evertz (CDU): Das sind Summen, was?)

- Ja, sicher. Ich habe Ihnen ja in der Einbringungsrede gesagt, was das bedeutet, wenn man aus drei Töpfen, nämlich aus bergrechtlicher Förderabgabe, Bundesergänzungszuweisung und Länderfinanzausgleich, im Jahr 3,4 Milliarden DM bekommt, und das bei einer Bevölkerung von weniger als der Hälfte Nordrhein-Westfalens. Das wäre bei uns eine nichtsteuerliche Einnahme von über 7 Milliarden DM, wenn man das vergleicht. Das können Sie sich ausrechnen, damit Sie eine Dimension bekommen und sich vorstellen können, was da an Geld verteilt wird, ohne daß wir daran beteiligt werden.

Nun sagen Sie, wir hätten damit zu lange gewartet. Ich habe im Jahre 1981 mit Verhandlungen begonnen. 1982 waren wir fast so weit. Es gab schon einen - natürlich von uns mit veranlaßten - Gesetzesantrag im Deutschen Bundestag, der aber nicht mehr die Mehrheit fand. Er fiel in die Zeit des Regierungswechsels. Wir haben auch im Bundesrat einen entsprechenden Vorstoß gemacht, und siehe da: Wir haben damit keinen Erfolg gehabt. Das muß ich hinnehmen, und deshalb blieb, nachdem wir selber klagen mußten, nichts anderes übrig, als diese Klage im Juni 1983 einzureichen.

(D)

(Minister Dr. Posser)

- (A) Nun wird uns entgegengehalten: Ja, aber die anderen zahlen doch den Kohlepfennig! Was machen Sie mit dem Kohlepfennig in Ihrem Haushalt? - Der ist gar nicht in meinem Haushalt, das ist eine Verbraucherabgabe. Der Kohlepfennig wird aber nicht nur in Bayern und Baden-Württemberg bezahlt, sondern der wird auch in Nordrhein-Westfalen bezahlt, und zwar ist er hier höher als in Bayern und Baden-Württemberg. Die Stromverbrauchsabgabe ist in Nordrhein-Westfalen höher als in Bayern und Baden-Württemberg.

(Dautzenberg (CDU): Die Einnahme ist aber auch höher.)

Nun wird gesagt: Über diesen Kohlepfennig, der weder in die Landeskasse von Nordrhein-Westfalen geht, noch an den Bergbau geht, sondern an die Elektrizitätsversorgungsunternehmen, und zwar gleichgültig, wo ihr Standort ist - auch die EVUs in Bayern oder Baden-Württemberg oder Niedersachsen erhalten den Kohlepfennig; der wird über das Bundesamt verteilt -, beteiligen sich doch die anderen Länder. - Ja, aber unser Land doch auch!

Wird Ihnen denn bei der Argumentation nicht klar, daß wir zweimal zur Kasse gebeten werden? Wenn Sie sagen, beim Kohlepfennig beteilige sich Bayern mit 14 %, so aber doch mit keiner Mark aus der bayerischen Landeskasse. Wir aber beteiligen uns mit 30 % an dem Kohlepfennig, und außerdem zahlen wir bar 1,1 Milliarden DM aus der Landeskasse, und da gibt es nichts Vergleichbares. Das ist doch der entscheidende Punkt.

(B)

Bisher habe ich auch von keinem von Ihnen gehört, daß zum Beispiel die bergrechtliche Förderabgabe in Niedersachsen, die uns rund 300 Millionen DM weniger Umsatzsteuer pro Jahr kostet, irgendwie nicht mehr in Ordnung sei. Soll das weiter perpetuiert werden, nachdem alle - alle - nach 1982 erschienenen Ausgaben von Kommentaren zum Bonner Grundgesetz sagen, die Kohlelast Nordrhein-Westfalens müsse berücksichtigt werden, auch der Kommentar von Maunz, einem ehemaligen bayerischen Bundesratsmitglied, das selber diesen Abschnitt geschrieben hat, und nachdem die Kommentatoren im verfassungsrechtlichen Schrifttum sagen, daß die bergrechtliche Förderabgabe natürlich angerechnet werden muß?

Vizepräsident Dr. Klose: Herr Minister, erlauben Sie eine weitere Zwischenfrage des Herrn Abg. Schauerte?

(Minister Dr. Posser: Aber gern!)

- Bitte sehr!

Schauerte (CDU): Herr Finanzminister, wir verfolgen diese Entwicklung, was den Förderzins betrifft, auch mit großer Sorge und Aufmerksamkeit. (C)

(Lachen und Widerspruch bei der SPD)

Aber ich frage Sie, ob Sie über diesen Sachverhalt schon einmal mit Herrn Schröder gesprochen haben und von ihm vielleicht eine Zusage haben, daß er das nach einer gewonnenen Landtagswahl von sich aus ändern will?

Dr. Posser, Finanzminister: Aber, Herr Abg. Schauerte, die Frage kann ich Ihnen leicht beantworten: Ich habe nicht mit ihm darüber gesprochen, weil die niedersächsische SPD den niedersächsischen Landesstandpunkt vertritt, so wie die hessische CDU den hessischen Standpunkt vertritt und so wie die baden-württembergische SPD Herrn Späth bei seiner Klage in Karlsruhe stützt. Die einzigen, die sich nicht im Landesinteresse beteiligen, sind Sie.

(Lebhafte Zustimmung bei der SPD)

Jetzt haben Sie gesagt, Herr Abg. Schauerte: Der Finanzminister muß mit den Einnahmen zurechtkommen. Das ist sehr schwierig bei Einnahmen, die, wie ich Ihnen eben dargelegt habe, die Hälfte von dem ausmachen, was wir in den 70er Jahren an steuerlichen Mehreinnahmen hatten. Deshalb kann ja das Land, da wir über Steuern nicht beschließen können, nur bei den Ausgaben sparen. (D)

Wie haben wir denn - nun hören Sie doch wenigstens einmal zu, oder lassen Sie andere Sprecher kommen, die sagen, die Ausführungen des Finanzministers seien nicht richtig - reagiert, als uns plötzlich 27,6 Milliarden DM gefehlt haben, die uns angekündigt waren, so wie den Gemeinden ein unveränderter Verbundsatz, der ihnen natürlich am liebsten gewesen wäre - mir übrigens auch; es tut mir leid, daß wir kürzen mußten -? Wir haben beim GFG gekürzt, wir haben zwei Haushaltsfinanzierungsgesetze mit scharfen Einschnitten gemacht, die uns wehgetan haben, wir haben beim Weiterbildungsgesetz kürzen müssen, wir haben beim Kindergarten-gesetz kürzen müssen - bei den Ersatzschulen ging es dann nicht -, und wir haben in anderen Bereichen - nicht mehr soviel wie in den beiden erstgenannten - kürzen können.

Wir haben beim Bundesrat Vorstöße unternommen, um die Personalkosten zu senken, auf die wir ja auch kaum Einfluß haben. Wir haben - was mir für unsere Bediensteten leidgetan hat - die Kantinenzuschüsse gestrichen, wir haben eine Beförderungssperre

(Minister Dr. Posser)

- (A) eingeführt, wir haben eine Wiederbesetzungssperre eingeführt. Das haben wir doch alles gemacht, um die Kosten zu senken; denn wir haben auf die Einnahmen keinen Einfluß. Deshalb haben wir alles Zumutbare getan, ohne daß Sie auch nur einmal zugestimmt hätten.

(Zurufe von der CDU)

Sie haben immer mehr gefordert; ich will Ihnen in der zweiten Lesung einmal die Beiträge nennen.

(Zustimmung bei der SPD)

Dann werden Sie sehen, daß Sie uns auch beim Sparen nicht geholfen haben. Sie helfen uns nicht bei der Verbesserung unserer Einnahmen, und Sie helfen uns nicht beim Vermindern unserer Ausgaben.

(Wendzinski (SPD): Rein opportunistisch, die CDU!)

Sie haben dann die fiktiven Hebesätze angesprochen und, Herr Abg. Schauerte, wenn ich mich nicht irre, gesagt - ich habe aufmerksam zugehört, als Sie gesprochen haben -, die fiktiven Hebesätze wären auch eine Sache der Landesregierung, bei der man ins Zentrum der Steuertreiberei käme.

- (B) An unsere Adresse gerichtet, haben Sie gesagt: Steuertreiberei. Sollte Ihnen entgangen sein, Herr Abgeordneter, daß die fiktiven Hebesätze mit den Leistungen des Landes an die Gemeinden überhaupt nichts zu tun haben?

(Schauerte (CDU): Bestens bekannt!)

- Das ist Ihnen bekannt? Warum reden Sie denn dann so?

(Heiterkeit und Zustimmung bei der SPD)

Ob die fiktiven Hebesätze hoch oder niedrig sind, hat mit dem Umfang der Leistungen an die Gesamtheit unserer Gemeinden und Gemeindeverbände nichts zu tun - keine Mark! Das Land spart nicht eine einzige Mark, sondern das ist ein solidarisches Erziehungsinstrument.

(Schallendes Gelächter bei der CDU - Elfring (CDU): Jetzt machen Sie sich lächerlich!)

- Jawohl, jawohl!

(Zuruf von der CDU)

- (C) - Das will ich Ihnen sagen: Es gibt Gemeinden, die in der Vergangenheit immer weit unter 250 % - -

(Doppmeier (CDU): Das ist Ihnen aber herausgerutscht! - Weiterer Zuruf von der CDU: Erziehungsgeld!)

- Nicht vom Land. Warten Sie ab, Sie lachen zu früh, Herr Doppmeier, Sie lachen zu früh!

Wir haben Gemeinden, die einen Gewerbesteuerhebesatz von unter 250 % hatten und fleißig Leistungen aus dem Gemeindefinanzierungsgesetz kassiert haben. Das mußte nicht das Land, sondern das mußten die Gemeinden zusätzlich aufbringen, die höhere Gewerbesteuersätze hatten. Sie wissen ja, daß unser Finanzausgleichssystem nach dem System kommunizierender Röhren arbeitet: Je höher die Steuereinnahmekraft einer Gemeinde, um so geringer die allgemeinen Finanzausweisungen des Landes.

(Zurufe von der CDU)

Wer sich künstlich arm macht - und das tun die, die nicht einen ähnlichen Gewerbesteuerhebesatz haben wie vergleichbare Gemeinden -, bekommt mehr Geld, nicht auf Kosten des Landes, sondern auf Kosten der anderen Gemeinden, die adäquate Gewerbesteuerhebesätze haben.

(Zustimmung bei der SPD)

- (D) Und das wollten wir ändern! Die leben auf Kosten der anderen Gemeinden, nicht auf Kosten des Landes. Das Land hat damit, wie gesagt, nichts zu tun.

(Doppmeier (CDU): Also doch ein Erziehungsinstrument des Landes!)

- Ein Erziehungsinstrument zu mehr Solidarität, jawohl, das ist es! Dazu bekenne ich mich.

(Beifall bei der SPD - Zuruf des Abg. Doppmeier (CDU) - Bensmann (CDU): Oberzuchtmeister!)

Nun hat uns Herr Abg. Schauerte noch damit vertraut gemacht, der Bundestagsabgeordnete Spöri hätte die Quellensteuer vorgeschlagen. - Das hat er nicht. Er hat etwas anderes vorgeschlagen; er hat gesagt: Wir haben unter den sieben Einkunftsarten eine, die heißt "Einkünfte aus Kapitalvermögen". Und er hat die Kritik, die der Bundesrechnungshof schon mehrfach vorgebracht hat, aufgegriffen und gesagt: Wir müssen sehen, daß wir die Zinseinkünfte aus Kapitalvermögen

(Minister Dr. Posser)

- (A) erfassen. Darüber sagen die Sachverständigen, zu denen ich mich nicht rechne, bis zu 80 % der Erträge aus dieser Einkunftsart "Einkünfte aus Kapitalvermögen" würden nicht angemeldet. Deshalb geht es um die Frage, ob man Kontrollmitteilungen einführen sollte; darüber wird in aller Offenheit debattiert.

Wir haben ja eine Quellensteuer, die wir gemeinsam wollen - da schließe ich die F.D.P. ein -, das ist die Lohnsteuer. Die Lohnsteuer ist die Quellensteuer der Einkommensteuer. Sie wird nämlich da erhoben, wo der Verdienst anfällt; sie wird sofort abgezogen. Und deshalb müssen Sie nicht sagen: Die Sozialdemokraten wollen eine neue Steuer erfinden. - Wir wollen überhaupt keine neue Steuer erfinden - nein, nein! -, sondern dies ist nur der dem Ziele der steuerlichen Gerechtigkeit dienende Hinweis auf mehrere Monita des Bundesrechnungshofes, daß bei dieser Einkunftsart zuviel gemogelt wird.

Und damit nicht wieder in die Schlagzeilen kommt: "Die Sozialdemokraten wollen an die Sparguthaben der Kumpels", haben wir vorgeschlagen, den Freibetrag von jetzt 300 DM bei Ledigen und 600 DM bei Verheirateten auf 3 000 und 6 000 DM zu verzehnfachen. Das heißt, es werden - für mein Empfinden, ich gestehe es offen, ist das schon zuviel - bei Ehepaaren Finanzvermögen, die 200 000 DM betragen, von jeglicher Besteuerung der Zinseinkünfte freigestellt. Das geht schon sehr hoch. Diese Sparer sollen in Zukunft nach den Vorstellungen der Sozialdemokraten keine Zinseinkünfte mehr zu versteuern brauchen.

(B)

Also, das Ding war ein Schuß in den Ofen, Herr Abgeordneter!

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Klose: Herr Minister, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Voetmann?

(Minister Dr. Posser: Aber bitte!)

Voetmann (CDU): Herr Minister, darf ich Sie fragen, welchen Zinssatz Sie zugrundelegen, wenn Sie von Sparvermögen von 200 000 DM ausgehen und dabei 6 000 DM Zinseinkünfte ansetzen?

Dr. Posser, Finanzminister: Im Augenblick gehe ich von den gegenwärtigen Zinssätzen aus, Herr Kollege Voetmann; ich kann ja nicht von anderen ausgehen. Ich gehe von den realen Zinssätzen aus; sie liegen bei 2,5 oder 3 %. Wir reden ja jetzt vom Sparbuch, nicht von Obligationen und so weiter.

(Zurufe von der CDU)

Ich kenne doch Ihren Feldzug von der letzten Bundestagswahl. Da hieß es: "Die Sozialdemokraten wollen den kleinen Leuten an die Spargroschen gehen!" (C)

(Lachen und Zurufe bei der CDU)

Das war damals falsch und ist heute falsch. Das wollen wir gerade nicht!

(Beifall bei der SPD)

Herr Kollege Dorn hat einige Ausführungen gemacht, zu denen ich noch etwas sagen wollte. Er hat gesagt, dieser Haushalt sei ein Offenbarungseid der Regierung Rau, natürlich dann auch ein Offenbarungseid des Finanzministers. Nun liegt mir nichts ferner, als die finanzielle Situation des Landes irgendwie zu beschönigen. Die Dokumente sagen ja das Gegenteil: Ich beschönige nichts. - Nur, der Begriff "Offenbarungseid" ist eigentlich verbraucht. Er gehört der "Rheinischen Post". Sie hat ihn nämlich als Überschrift über einen Leitartikel gebracht, und zwar vor der Landtagswahl 1980!

(Oh! bei der CDU)

- Interessant, nicht?

(Heiterkeit bei der SPD)

Da haben wir schon den Vorwurf mit dem Offenbarungseid gehabt. - Ich brauche gar keinen Offenbarungseid zu leisten, weil ich immer die Wahrheit sage. (D)

(Beifall bei der SPD - Lachen bei der CDU - Schauerte (CDU) - die Arme emporhebend -: Ist es denn wahr?)

- Ja, nun gucken Sie einmal, Herr Abgeordneter; wie schön, daß Sie mir einmal Beifall klatschen!

(Heiterkeit bei der SPD)

Nun kommt der Punkt: Natürlich ist die Lage schwierig. Sie sagen: Das ist alles passiert, seitdem wir nicht mehr in der Koalition sind.

(Lachen bei der SPD)

Ja, dazu muß ich ein paar Bemerkungen machen. Sie sagen, 6,9 Milliarden DM Nettokreditaufnahme bedeuteten keine Konsolidierung. - Für sich gesehen nicht! Ich habe ja wörtlich in der Einbringungsrede gesagt: Diese Summe ist viel zu hoch. - Nur, Sie müssen sehen: Ohne daß wir bei den Einnahmen irgend etwas verbessern konnten, haben wir doch die Nettokreditaufnahme von 10,1

(Minister Dr. Posser)

- (A) über 8,9 und 7,6 auf 6,9 Milliarden DM zurückführen können. Das ist mehr, als sie beim Bund zurückgeführt worden ist, wenn man den Bundesbankgewinn berücksichtigt, und das muß man ja.

Ich muß hier auch den Bundesfinanzminister einmal in Schutz nehmen. Er hat gesagt: Ich benutze den Bundesbankgewinn nicht, um zusätzliche Ausgaben zu finanzieren, sondern um die Kreditaufnahme zu senken. - Und weil er dies gesagt hat, muß er gegen sich gelten lassen, daß wir den Bundesbankgewinn seiner Nettokreditaufnahme zuschlagen. Das ist doch ganz logisch!

(Beifall bei der SPD)

Nun kommt es, Herr Kollege Dorn. Sie haben gesagt, Haushaltssperre sei doch auch eine ganz schlimme Sache. - Einige Länder haben sie auch gemacht, früher schon; in diesem Jahr waren es zwei Länder außer uns. Die Haushaltssperre ist ein Instrument, das in der Landeshaushaltsordnung dann vorgesehen ist, wenn entweder die Einnahmen oder die Ausgaben oder beides sich außerplanmäßig entwickeln. Ich habe sie begründet, weil sich die Einnahmen gegenüber dem Steueransatz verschlechtert haben. Ich wäre glücklich, wenn der Steueransatz dieses Jahres erreicht werden könnte. Ich sehe nur im Augenblick keine Chance, daß das gelingt. Deshalb habe ich das gemacht, das ist in Ordnung und vom Gesetz gedeckt.

- (B) Nun kommt immer wieder: Warum hat er das nicht früher gesagt? Darüber haben wir einmal eine Dokumentation gemacht. Seit 1978, hat Herr Abgeordneter Schauerte erwähnt, würde ich das fordern und sagen. Aber ich habe auch 1978 nicht voraussehen können, welchen Einbruch wir in den Jahren 1980 ff. erleben würden. Aber Sie meinten, seitdem Sie nicht mehr in der Koalition seien, sei das alles so gewaltig nach oben gegangen. Das ist auf den ersten Blick richtig.

(Dorn (F.D.P.): Auch auf den zweiten!)

- Nein! Herr Kollege Dorn, ich will Ihnen ganz kurz erzählen, wie sich das verhält. Die höchsten Steigerungsraten des Haushalts in Nordrhein-Westfalen hatten wir in der Koalition mit Ihnen. Wir hatten 1979 plus 8,1 und 1980 plus 11 %, und Sie haben keinesfalls protestiert. Ich meine nicht Sie persönlich, sondern die Gruppe der F.D.P.-Fraktion. Sie haben damals ausdrücklich erklärt, Sie würden die Koalition mit uns fortsetzen wollen. Das haben wir auch erklärt, und das war auch unsere Überzeugung, und ich hoffe, es war auch bei Ihnen Überzeugung.

(Zustimmung des Abg. Dorn (F.D.P.))

- Dann sind wir einig, sehr schön! - Also in der gemeinsamen Koalition hatten wir 1979 Steigerungsraten von 8,1 %, 1980 von 11 %. Dann haben wir die gewaltige Anstrengung gemacht. 1981 waren natürlich nicht sofort die Auswirkungen dieses Konsolidierungskurses zu spüren, da waren es noch 4,9 %. 1982, 1983 und 1984 addiert waren es nicht einmal 3 %. Da sind wir wirklich einmalig, auch bei den vergleichbaren Ländern, vom Bund ganz zu schweigen. Wir hatten also drei Jahre bis zum letzten Ist-Jahr eine Steigerungsrate von unter 1 % jährlich. Die Erhöhung der Ausgaben beruhte zwangsläufig auch auf Gesetzen, die wir gemeinsam beschlossen haben. Ich muß der SPD-Fraktion - schon in der vergangenen Legislaturperiode - ein ganz großes Lob aussprechen. Wir haben seit 1980 nicht ein einziges ausgabewirksames Gesetz zu Lasten des Landeshaushaltes beschlossen.

Was Sie zur Kreditermächtigung gesagt haben, will ich aus Zeitgründen nicht weiter aufgreifen. Das können wir gern im Haushalts- und Finanzausschuß beraten. Nur, für Kreditermächtigungen zahlen wir keine Zinsen. Wenn wir sie nicht in Anspruch nehmen, dann gibt es eine Staatspraxis, übrigens nicht nur im Lande Nordrhein-Westfalen, sondern in mehreren Bundesländern, daß sie für maximal zwei Jahre übertragen werden können. Wenn Sie meinen - ich weiß nicht, welchen Ausdruck Sie gebraucht haben; es könnte sein, daß Sie von Pleite gesprochen haben, ich weiß es nicht genau; bitte legen Sie mich da nicht fest -, wenn sie aber gesagt haben, die Pleite wäre schon früher erkennbar geworden, wenn man die Kreditermächtigung nicht hätte übertragen können: Warum? Ich hätte doch selbstverständlich, wenn ich Kreditermächtigung gebraucht hätte, den Landtag gebeten, sie zu erteilen. Glauben Sie, das wäre nicht geschehen? Hätten wir zum Beispiel die Personalkosten nicht mehr bezahlen sollen? Daß wir da auf gesetzliche Verpflichtungen - wie übrigens auch bei der Haushaltssperre - zu achten haben, ist doch selbstverständlich.

Dann haben Sie gesagt, es gäbe einen Brief von Helmut Schmidt aus dem Sommer 1982; danach ginge es nicht, daß sich bei der Kohle der Bund mit zwei Dritteln beteilige. Da liegt ein Irrtum auf Ihrer Seite vor. Es handelt sich dabei um den Stahl. Da war die Forderung des Landes, der Bund solle sich auch mit zwei Dritteln bei den Stahllasten beteiligen. Das ist abgelehnt worden. Wir beteiligen uns ja, wie Sie wissen, mit einem Drittel. Allerdings beteiligen wir uns, was die Ausfälle bei der Körperschaftsteuer angeht, mit der Hälfte, weil diese Steuer hälftig zwischen Bund und Land aufgeteilt wird.

(Minister Dr. Posser)

- (A) Die Finanzlage des Landes Nordrhein-Westfalen ist sehr schwierig. Das bleibt eine Aussage, die ich seit Jahren mache. Wir geben uns die größte Mühe, und wir wären sehr froh, wenn wenigstens eine der beiden Oppositionsparteien nach Prüfung der Zusammenhänge bereit wäre, uns bei dieser Anstrengung zu unterstützen.

(Lang anhaltender starker Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Klose: Ich erteile das Wort Herrn Professor Dr. Biedenkopf für die Fraktion der CDU.

Dr. Biedenkopf (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen! Meine Herren! Als in der letzten Woche der Finanzminister den Haushalt einbrachte, war dies der Tag der Regierung, und es sollte deshalb auch keine Debatte auf die Einbringung folgen; es sollte der einzige Tagesordnungspunkt sein. Heute debattieren wir über diesen Haushalt, und es sollte der Tag des Parlaments sein.

Herr Halstenberg hatte die Angewohnheit, als Finanzminister auf Fragen knapp zu antworten und im übrigen der Debatte die Klärung der politischen Fragen zu überlassen.

(Beifall bei der CDU)

- (B) Von dieser Praxis haben wir heute eine erstaunliche Ausnahme erlebt. Herr Posser hat uns des langen und des breiten unterhalten. Herr Posser, Sie haben sich so leidenschaftlich gegen die Charakterisierung Ihrer politischen Aussagen durch Herrn Schauerte gewehrt. Würden Sie mir gestatten, daß ich es etwas anders formuliere und von "Onkel Possers Märchenstunde" spreche?

(Lebhafter Beifall bei CDU und F.D.P.)

Es mag freundlicher sein, Herr Posser, aber es ist in der Sache dasselbe.

(Zustimmung bei der CDU)

Ich will an einem oder an zwei Punkten deutlich machen, warum es verständlich ist, daß sich Mitglieder meiner Fraktion über die Art und Weise erregen, wie Sie mit Fakten umgehen. - Sie haben uns eben etwas über die Quellensteuer erzählt. Abgesehen von den teilweise völlig unerträglich beherrschenden Attitüden, die Sie dabei an den Tag gelegt haben,

(Zustimmung bei der CDU - Widerspruch bei der SPD - Minister Dr. Posser: Es tut mir leid, Herr Professor!)

- geschenkt -, war alles das, was Sie gesagt haben, nicht richtig. Die Quellensteuer auf Kapitaleinkünfte ist 1980 von dem damaligen SPD-Finanzminister Lahnstein vorgeschlagen worden. Er hat die Forderung erhoben, auf die Zinsen von Geldguthaben eine Quellensteuer zu erheben - mit der Begründung, daß ein wesentlicher Teil dieser Geldguthabenzinsen nicht versteuert würden. (C)

(Minister Dr. Posser: Obwohl sie versteuert werden müssen!)

- Richtig. Das Interessante haben Sie uns aber nicht erzählt, nämlich daß Ihre eigene Partei Herrn Lahnstein zurückgepfiffen hat - mit der Begründung,

(Elfring (CDU): Ja!)

er sei wohl wahnsinnig geworden, die Bundestagswahl stehe vor der Tür, und er könne nicht einem wesentlichen Teil der sozialdemokratischen Wählerschaft zumuten, daß sie jetzt Steuern für die Zinsen bezahlen müßten, die sie aus Vermögen beziehen, welches sie aus versteuertem Geld gebildet haben.

(Minister Dr. Posser: Dafür sollten die Freibeträge erhöht werden!)

- Davon war aber damals nicht die Rede.

(Minister Dr. Posser: Doch!)

Sonst hätten Sie ja den Vorschlag gemacht. Sie haben die Sache zurückgezogen, und es wurde überhaupt nicht weiter darüber diskutiert. (D)

In meinen Augen, Herr Posser, ist es ein Stück intellektueller Redlichkeit, den Sachverhalt insgesamt darzustellen - und nicht nur die Ausschnitte, die einem gerade gefallen.

(Lebhafte Zustimmung bei der CDU)

Ich möchte noch etwas zu dem einzigen Satz sagen, den Sie mit Leidenschaft vorgetragen haben, nämlich daß wir als CDU in Nordrhein-Westfalen das Landesinteresse nicht vertreten. Sie haben gesagt, Herr Schröder sei in bezug auf den Förderzins natürlich anderer Auffassung als Sie; das sei legitim, denn er vertrete die Interessen des Landes Niedersachsen. Sie haben gesagt, die CDU in Hessen sei auch anderer Auffassung; sie vertrete ja die Interessen von Hessen.

(Minister Dr. Posser: Und Bremen!)

Wir wären die einzigen, die nicht die Interessen dieses Landes vertreten würden. Gleich-

(Dr. Biedenkopf (CDU))

- (A) zeitig fordert aber diese Landesregierung, seitdem es eine Regierung Helmut Kohl gibt, ununterbrochen von dieser CDU-Fraktion im Landtag die Einwirkung auf die CDU-geführte Bundesregierung mit dem Ziel, Maßnahmen zum Wohle dieses Landes zu erreichen.

(Hunger (SPD): Leider vergeblich!)

Immer wieder sagen wir, daß wir bereit wären, dies zu tun, wenn man nur erst einmal die Interessen dieses Landes offen und richtig definiert.

(Zustimmung bei der CDU)

Ich komme nachher auf Ihre Kohlerechnung, Herr Posser. Diese Kohlerechnung ist falsch. Wir haben mit Ihrer Rechnerei das große Problem in Bonn, daß uns das natürlich keiner abnimmt. Weil es uns keiner abnimmt, müssen wir es immer wieder anders darstellen, als Sie es darstellen, nämlich so, wie es ist.

(Schauerte (CDU): Das ist der Punkt!)

Weil wir es so darstellen, wie es ist, sagen Sie vor dem Landtag, wir vertreten nicht die Interessen von NRW.

(Elfring (CDU): Sehr richtig!)

Eines machen wir nicht: Wir vertreten nicht Ihre parteipolitischen Interessen.

- (B) (Lebhafte Zustimmung bei der CDU)

Im übrigen, meine Damen und Herren, möchte ich nun zu dem kommen, was auch von der Regierungsseite und von der Mehrheitsfraktion in einer solchen Haushaltsdebatte geleistet werden sollte, nämlich einmal über die politischen Grundlinien zu sprechen, die man umsetzen und verwirklichen will und für die man das Geld der Bürger in Anspruch nimmt. Wir haben die letzte Stunde eigentlich nichts anderes gehört als "das Land wird finanziell benachteiligt", "der Bundesausgleich stimmt nicht" und so weiter, und so weiter. Aber wir haben ja keine leere Kasse, sondern es ist etwas darin. Die Art und Weise, wie das, was darin ist, ausgegeben werden soll, ist eigentlich das, was die Bürger interessiert.

(Dr. Farthmann (SPD): Davon haben wir noch nichts gehört!)

Wir hätten doch von Ihnen gern in der letzten Stunde gehört, Herr Posser, was Sie denn mit den Mitteln, die im Haushalt stehen, machen wollen. In der letzten Woche, als Sie das vorgetragen haben, hat in Ihrer eigenen

Fraktion keiner zugehört, weil es so langweilig war. (C)

(Heiterkeit bei der CDU)

Der Präsident mußte die SPD-Mehrheitsfraktion während der Einbringungsrede mehrere Male zur Ruhe mahnen und darum bitten, man möge Gespräche draußen führen. Das war doch so!

(Schauerte (CDU): So war es!)

Heute haben Sie davon nicht gesprochen. Wir haben die letzten Stunde nur Klagen über die Benachteiligung des Landes Nordrhein-Westfalen gehört.

(Büssow (SPD): Sie sind heute auch nicht spannend!)

Die Art, wie die Regierung und die Mehrheitsfraktion den Haushalt hier behandeln, zeigt, daß sie keinen politischen Handlungsspielraum mehr haben.

Was Herr Dorn über die Meinung des Finanzministers unseres Landes vorgetragen hat, ist richtig. Herr Posser selbst hat beschrieben, daß es diesen Handlungsspielraum nicht mehr gibt, daß es keine gestalterischen Möglichkeiten in dem Etat des Landes Nordrhein-Westfalen gibt, obwohl - ich stimme Herrn Farthmann zu, der das am 6.12. gesagt hat - das Land eigentlich sehr leistungsstark ist. Obwohl das Land sehr leistungsstark ist, haben wir eine Regierung, die politisch nicht handeln kann. Meine Damen und Herren, das kann ja in einer Debatte über den Haushalt 1986 nicht einfach unter den Tisch fallen. (D)

Wir beraten den Haushalt nicht nur des Ministerpräsidenten des Landes Nordrhein-Westfalen, sondern auch des voraussichtlichen Kanzlerkandidaten für die Bundestagswahl; das heißt des Mannes, der in 14 Monaten mit der Politik, die er hier vertritt, Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland werden möchte.

Ich sage Ihnen voraus, daß genau dieser Zusammenhang zwischen der Arbeit als Ministerpräsident und der Vorbereitung auf die Kanzlerkandidatur - mit viel Zögern, Taktieren, Zurückziehen, und dann doch kandidieren - uns in Nordrhein-Westfalen politisch blockieren wird, obwohl wir gerade angesichts dieses Haushaltes alle politischen Energien aufwenden müßten, um die Haushaltskrise zu überwinden, in die das Land gekommen ist.

(Zustimmung bei der CDU)

(Dr. Biedenkopf (CDU))

- (A) Wir werden - das ist unsere Sorge - in den kommenden Jahren keine Chancen für solche Anstrengungen haben, und zwar deshalb nicht, weil die Mehrheitsfraktion sich teilweise selbst blockiert, teilweise durch ihre Probleme blockiert ist, in die wir ja heute morgen schon einige Einblicke bekommen haben: erst durch die Kanzlerkandidatur und dann, wenn Herr Rau die Bundestagswahl verloren hat, durch die Sorge, er könnte auch die Landtagswahl verlieren.

(Aigner SPD: Haben Sie Probleme!)

- Wir werden uns nächstes Jahr widersprechen, meine Damen und Herren, und wir werden dann feststellen können, daß sich politisch im Jahre 1986 in Nordrhein-Westfalen nichts bewegt hat,

(Zustimmung bei CDU und F.D.P.)

weil die ganze politische Energie auf ein Ziel gerichtet ist, das gar nicht erreichbar ist.

(Zustimmung bei der CDU)

Das wissen Sie im übrigen auch selbst, und die wachsende Unsicherheit in der Diskussion über die Kanzlerkandidatur macht es deutlich.

Die Sozialdemokratische Partei hat - vielleicht ist Ihnen das nicht angenehm, aber es ist doch interessant - in den Bundestagswahlen seit 1976 in Nordrhein-Westfalen ständig Stimmen eingebüßt: von 5,15 Millionen über 5,1 Millionen auf 4,78 Millionen, und der Prozeß wird sich natürlich fortsetzen.

(B)

(Zuruf des Abg. Dr. Farthmann (SPD))

- Ich brauche keine Mehrheit auszurechnen. Wir haben in Bonn die Mehrheit.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Das ist ja genau der Grund dafür, daß Sie uns immer in Anspruch nehmen, in Bonn etwas für NRW zu tun, weil Sie in Bonn für NRW nichts ausrichten könnten.

(Zurufe von der SPD)

Und daran wird sich auch nach der Bundestagswahl nichts ändern. Herr Rau hat nur eine Chance - -

(Weitere Zurufe von der SPD)

- Warum sind Sie denn so aufgeregt? Ganz offenbar habe ich recht.

Herr Rau hat nur eine Chance, diese Kraftanstrengung zu bestehen, und die ist in einer

Koalition. Aber er hat keinen Koalitionspartner. Er selbst erklärt, daß er mit den Grünen nicht koalieren wird. Ich glaube ihm das genauso, wie viele in Hessen das Holger Börner vor der Koalition geglaubt haben.

(C)

(Heiterkeit und Beifall bei CDU und F.D.P.)

Es wird aber auch schon deshalb keine Koalition mit den Grünen geben, weil die Grünen nicht wollen, spätestens seit Ibbenbüren. Spätestens seit Ibbenbüren wissen sie, daß es keine wirkliche Umweltpolitik, jedenfalls keine Zukunft für die Umweltpolitik gibt, und zwar nicht, weil das Kraftwerk so ausgelegt ist, wie es ist - formal mag das alles stimmen -, sondern, wie wir es ja hier noch werden erörtern können, weil das Rein-in-die-Kartoffeln-raus-aus-den-Kartoffeln, die völlige Unzuverlässigkeit, die das Regierungshandeln gerade in diesem Zusammenhang offenbart hat, es unerträglich macht zusammenzuarbeiten.

(Zustimmung bei CDU und F.D.P. - Hellwig (SPD): Der wird noch Spitzenkandidat der Grünen! - Heiterkeit bei der SPD)

Meine Damen und Herren! Uns liegt ein Haushalt vor, der keine politische Manövrier-masse hat. Wir brauchen gleichwohl - und ich hätte mir gewünscht, sowohl in der letzten Woche als auch heute etwa von Herrn Trinius mehr darüber zu hören - in diesem Land Nordrhein-Westfalen eine große politische Anstrengung, um die Erneuerungsblockaden zu überwinden, die in diesem Lande entstanden sind. Wenn wir uns außerhalb dieses Hohen Hauses unterhalten, gibt es darüber im übrigen gar keine großen Meinungsverschiedenheiten mit den Mitgliedern der Mehrheitsfraktion. Wir brauchen eine große Anstrengung, um das, was sich in anderen Bundesländern immer deutlicher zeigt - und zwar nicht nur in Bayern und Baden-Württemberg, sondern auch in Niedersachsen und in Schleswig-Holstein -, auch in dieses Land zu bringen: ein Stück Aufbruchstimmung, ein Stück Erneuerung und Weiterentwicklung. Das fehlt uns!

(D)

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Das ist nicht in erster Linie oder gar ausschließlich eine Sache des Geldes, sondern das ist eine Frage der Art, wie man regiert. Wir brauchen das besonders fürs Revier. Meine Damen und Herren von der Mehrheitsfraktion, Sie hätten uns eigentlich keinen größeren Gefallen tun können, als die Aktuelle Stunde heute morgen vor die Haushaltsdebatte zu stellen. Und Herr Radtke hätte uns keinen

(Dr. Biedenkopf (CDU))

- (A) größeren Gefallen tun können, als die Rede zu halten, die er gehalten hat;

(Beifall bei der CDU)

denn er hat die ganze Untersuchung von Herrn Heimes in fünf Minuten bestätigt,

(Beifall bei der CDU)

von der Formulierung, der Aggressivität, der Arroganz, wie auch immer: Es war ein Musterbeispiel für das, was Christlichen Demokraten im Ruhrgebiet passiert, wenn sie Opposition betreiben. Genau das!

(Anhaltender lebhafter Beifall bei CDU und F.D.P.)

Vizepräsident Dr. Klose: Herr Abg. Professor Biedenkopf, erlauben Sie eine Zwischenfrage?

Dr. Biedenkopf (CDU): Ich möchte im Augenblick fortfahren; später bitte!

(Zurufe von der SPD: Aha!)

- Ich bin jetzt in einem Gedankengang, den ich zu Ende führen will, und dann gern die Frage!

(Aigner SPD: Der Gedankengang war doch schon falsch!)

- (B) Sie haben eine Aktuelle Stunde veranlaßt und haben sich darüber erregt, daß von "kleinen Leuten" und "kleiner Leute Politik" die Rede war. Ich kann mich an die Proteste erinnern, die aus dem Kreise der Sozialdemokratischen Partei kamen, als ich davon gesprochen habe, der kleine Mann sei groß geworden. Das ist ja nichts anderes. Ich habe damals gesagt, und ich habe es immer wiederholt: Vom kleinen Mann zu reden, ist nicht mehr berechtigt. Der kleine Mann ist jedenfalls in weiten Teilen der Bevölkerung des Reviers groß geworden. Das heißt: Er kann eine ganze Menge mehr selbst entscheiden und mitgestalten als früher. Da haben Sie sich wahnsinnig aufgeregt und haben das als Angriff auf die sozialen Besitzstände, als Angriff auf die Ruhrgebietssituation bezeichnet. Was ist denn der Unterschied zwischen "kleinem Mann" und "kleinen Leuten"? Können Sie mir das einmal erklären?

(Aigner SPD: Was ist der Unterschied zwischen Kleinbürger und kleinen Leuten?)

Können Sie mir einmal erklären, was der Unterschied zwischen dem leidenschaftlichen politischen Einsetzen für die Sorgen des

- kleinen Mannes und der kleinen Leute ist? Was ist denn der Unterschied? (C)

Was hat denn Herr Heimes beobachtet? Er hat nichts anderes beobachtet, als daß es im Revier eine Menge Menschen gibt, die sich so empfinden. Das ist für die Menschen draußen keine Beleidigung. Aber für Sie ist es eine große Irritation, wenn wir darüber reden, daß Sie die Betreuung zu einem Herrschaftsinstrument umfunktionieren. Das ist doch das Problem.

(Beifall bei der CDU)

Deshalb wollen Sie nicht, daß darüber geredet wird.

Sie haben sich über die Verfilzungskampagne erregt. Herr Aigner hat - wie sattem auch andere - wiederholt, das, was man damals behauptet habe, sei alles unwahr gewesen.

(Aigner (SPD): Eine andere Sicht der Dinge!)

- Gott sei Dank, daß wir verschiedene Sichten der Dinge haben, verehrter Kollege! Sonst gäbe es nämlich keine vernünftige Sicht der Dinge mehr.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU - Lachen und Zurufe von der SPD)

Sie, Herr Aigner, haben das wiederholt, was schon viele - -

(Zuruf von der SPD)

- Ich bin gerne ruhig. Dann brauchen Sie die Hände nicht als Trichter zu benutzen, um sich verständlich zu machen.

(Aigner (SPD): Sie lassen Fragen ja nicht zu! - Weitere Zurufe von der SPD)

- Ich wußte gar nicht, daß wir uns duzen; aber das können wir in Zukunft tun.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU)

Ich muß gestehen, ich muß damals betrunken gewesen sein. Sie wissen das offenbar noch.

(Erneute Heiterkeit bei der CDU und ironischer Beifall bei der SPD)

- Hören Sie mal, Ihr Kollege führt sich so auf, daß man ihm nur auf diese Weise antworten kann.

(Henning (SPD): Sie haben schon bessere Entlastungsangriffe gestartet!)

(D)

(Dr. Biedenkopf (CDU))

- (A) Herr Aigner hat gesagt, das alles sei nicht richtig gewesen. Ich möchte Sie nur daran erinnern, Herr Aigner, daß dem damaligen Bundeskanzler Helmut Schmidt von dem für seinen Wohnort zuständigen Landgericht Hamburg im September 1976 durch einstweilige Verfügung bei Androhung einer Ordnungswidrigkeitsstrafe von 500 000 DM im Falle des Zuwiderhandelns verboten wurde, diese Behauptung aufzustellen, weil sich das Landgericht in Hamburg aufgrund der Dokumentation der CDU, die sich als gerichtsfest erwiesen hat - es gab nur zwei oder drei Fälle von 35 Fällen, in denen ein Kläger mit einer einstweiligen Verfügung erfolgreich war, und zwar deshalb, weil der Zeuge in einem Fall erklärte, er sei nicht mehr bereit, etwas auszusagen, die Sache sei ihm zu gefährlich -, von der Richtigkeit der Behauptungen überzeugt hatte. In allen anderen Fällen sind die beantragten einstweiligen Verfügungen abgelehnt worden, die gegen die CDU ergehen sollten, und alles ist rechtskräftig geworden. Dem damaligen Bundeskanzler ist verboten worden, die Behauptung aufzustellen, die CDU habe das, was sie behauptet habe, nicht beweisen können. Er hat diese Behauptung dann auch nie wieder aufgestellt.

(Aigner (SPD): Wir haben Sie als "Fitzokraten" bezeichnet!)

- Nein.

- (B) Dann, lieber Herr Aigner, ist etwas Phantastisches passiert. Etwas Schöneres hätte dem damaligen Generalsekretär der CDU gar nicht passieren können. Kaum war die Bundestagswahl zu Ende, hat sich Willy Brandt zu dieser Frage geäußert und hat zwei Gebiete in Deutschland identifiziert, in denen nach seiner Auffassung - ich zitiere ihn wörtlich - ein "Sumpf der Verfilzung" herrschte. Das eine war Berlin, und das andere war das Ruhrgebiet. Daraufhin hat die SPD nach der Bundestagswahl eine Kommission eingesetzt, die untersuchen sollte, wie es damit eigentlich stehe, was man tun könne, um diese Flanke zu schließen, und was der Grund für diese Auseinandersetzung gewesen sei. Die SPD-Bewertung der Kampagne sah so aus, daß diese eine enorm mobilisierende Wirkung auf die Bundespartei - einschließlich der CSU - gehabt habe - das war auch so -, weil die Christlichen Demokraten im Ruhrgebiet zum erstenmal bei der alten Verfilzungsregel nicht mehr mitgespielt haben, daß man sich gefälligst anpassen soll, damit man einige Krumen vom Tisch der Herrschenden abbekommt.

(Beifall bei der CDU)

(C) Das haben wir ja damals nicht mehr mitgemacht, und das war ein Grund für die Entwicklung.

(Aigner (SPD): Und jetzt machen Sie wieder mit!)

Meine Damen und Herren, Herr Kuschke hat uns gesagt, wir wüßten nichts von der Geschichte des Ruhrreviers. Herr Kuschke war 14 Jahre alt, als ich ins Revier kam. Es kann sein, daß er sich mit der Geschichte des Reviers befaßt hat. Ich habe entsprechende Kenntnisse bei ihm aber nicht feststellen können.

Was ist denn die Besonderheit dieser Landschaft? Ich meine das jetzt unter dem Gesichtspunkt: Was müssen wir denn politisch tun, um den Menschen im Revier zu helfen? Das wollen wir ja wohl alle. Was ist denn der Grund? - Das Ruhrgebiet ist im 19. Jahrhundert als Industrielandschaft sehr schnell mit einer Riesenzahl von Einwanderern entstanden. Es war eine der schwierigsten Aufgaben in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, die Menschen dort seßhaft werden zu lassen.

(Rohe (SPD): Jetzt kommt der Professor!)

- Seien Sie doch froh, daß es welche gibt!  
- Es war eine Aufgabe von Gewerkschaften, Sozialdemokraten und christlichen Bewegungen, vor allen Dingen - ich komme gleich noch einmal darauf, warum das wichtig ist - des Zentrums, der katholischen Arbeitervereine, der KAB, der Kolpingfamilien und anderer, die gemeinsam die sozialen Fragen des Reviers damals behandelt und gelöst haben. 1920 war es Adam Stegerwald, der zu einem Bündnis aller aufgerufen hat, der christlichen und der anderen Arbeitnehmer, um die Arbeitnehmerinteressen gemeinsam zu vertreten.

(Zuruf von der SPD: Halten Sie keine Vorlesung, Herr Professor!)

- Ich halte keine Vorlesung, sondern ich antworte auf das, was Herr Trinius über unser Verhältnis zu den Gewerkschaften gesagt hat. Bloß, das kapieren Sie nicht!

(Beifall bei der CDU)

Zu diesem Verhältnis gehört nämlich die Geschichte der Einheitsgewerkschaft. Die Einheitsgewerkschaft ist u. a. aus der Erfahrung entstanden, daß die Selbständigkeit christlicher Arbeitnehmerverbände, sozialdemokratischer und sozialistischer Koalitionen keinen wirklichen Schutz für die Arbeitnehmer

(Dr. Biedenkopf (CDU))

- (A) bedeutet und daß deshalb eine Einheit gebildet werden muß. Unter dem Eindruck der Katastrophe haben wir diese Einheit nach dem zweiten Weltkrieg auch gebildet. Aber was war denn die Geschäftsgrundlage für diese Einheit?

(Hellwig (SPD): Dann sollten Sie sich auch beim nächsten Punkt melden, Herr Kollege Biedenkopf!)

- Ich melde mich vielleicht auch noch zum nächsten Punkt. Aber jetzt rede ich zu dem Gegenstand, den Redner Ihrer Fraktion bei der Haushaltsdebatte eingebracht haben.

(Beifall bei der CDU)

Ich komme gleich auf Herrn Trinius zu sprechen.

(Dr. Dammeyer (SPD): Aber Herr Pützhofen ist doch gar nicht im Saal!)

Ich komme gleich auf Herrn Trinius zu sprechen; ich darf ja wohl als Oppositionspolitiker auf das antworten, was er gesagt hat - wenn Sie nichts dagegen haben.

Es hat zu Beginn des Deutschen Gewerkschaftsbundes eine Vereinbarung bestanden - eine Vereinbarung zwischen Hans Böckler und Konrad Adenauer -, daß die CDU keine christlichen Gewerkschaften mehr gründen, sondern in der Einheitsgewerkschaft mitarbeiten würde. Die Gewerkschaften hatten in ihre Satzungen geschrieben, sie seien politisch neutral.

(B)

(Henning (SPD): Nein, nicht politisch neutral! - Dr. Farthmann (SPD): Politisch unabhängig!)

- Verzeihung, Augenblick, Herr Farthmann, in der ursprünglichen DGB-Satzung stand "politisch neutral". Zu einem späteren Zeitpunkt wurde die Satzung in "politisch unabhängig" geändert. Damals bei der Satzungsänderung gab es schon eine Diskussion über die Frage, ob das bedeute, daß die Grundlage der Einheitsgewerkschaft, nämlich parteipolitisch neutral zu sein, aufgegeben wird. Damals wurde gesagt, das sei nicht so.

(Schauerte (CDU): Aber heute tut man es.)

Wenn Sie heute einmal ins Revier blicken, Herr Farthmann, schauen Sie sich einmal um, wieviel CDA-Betriebsräte freigestellt sind und wieviel SPD-Betriebsräte freigestellt sind,

(Zuruf des Abg. Wessel (SPD))

wieviel Hauptamtliche der Gewerkschaft der CDU und wieviel Hauptamtliche der SPD angehören. Dann werden Sie feststellen, daß es im Revier diese parteipolitische Neutralität nicht mehr gibt. (C)

(Beifall bei der CDU - Maedge (SPD): Das entscheiden die Ruhrgebietler!)

Das ist ganz entscheidend. Es ist entscheidend, daß sich im Revier die Gewerkschaften - einzelne Gewerkschaften, vor allen Dingen die IG Metall - für die parteipolitische Auseinandersetzung mit der SPD vor den Karren der SPD spannen lassen. Und darüber werden wir so lange reden, wie das so ist.

(Lebhafte Zustimmung bei CDU und F.D.P)

Da gibt es bei uns in der CDU auch keine Meinungsverschiedenheit.

(Zuruf der Frau Abg. Friebe und des Abg. Maedge (SPD))

Ich möchte nur einen aus der CDU zitieren - ich habe ihn vorher gefragt, er ist damit einverstanden -, Herrn Kollegen Soénius, der am 1. Dezember dieses Jahres über "40 Jahre CDA Rheinland" gesprochen hat.

(Maedge (SPD): Das ist auch nicht strittig.)

Er hat einige persönliche Erklärungen abgegeben. Er hat zunächst gesagt - und ich teile diese Auffassung -, daß man auf keinen Fall alle Gewerkschaften über den gleichen Leisten schlagen darf. Er hat sich insbesondere mit der für das Ruhrgebiet zahlenmäßig wichtigsten Gewerkschaft, nämlich mit der IG Metall, befaßt. Er hat bei der IG Metall festgestellt, daß die IG-Metall-Führung es fortgesetzt billigend in Kauf nimmt, daß christlich-demokratischen Arbeitnehmern die Mitgliedschaft in der IG Metall unmöglich gemacht wird. (D)

(Bräuer (SPD): Au, au!)

Er sagte:

Ich kann deshalb nicht mehr erkennen, daß die Führung der IG Metall noch auf dem Boden der Einheitsgewerkschaft steht oder den Willen hat, die Einheit zu verteidigen.

Ich finde das eine sehr wichtige Feststellung.

(Aigner (SPD): Da spricht der Blüm aber anders.)

(Dr. Biedenkopf (CDU))

- (A) Ich habe das persönlich in Bochum erlebt, wie CDA-Leute aus der IG Metall ausgeschlossen werden sollten, weil Sie den Versuch machten, über eigene Listen Betriebsräte zu werden, da sie auf die Einheitsliste der Gewerkschaft nicht kamen. Solange es solche Auseinandersetzungen gibt, meine Damen und Herren, haben Sie kein Recht, der CDU vorzuwerfen, sie sei gewerkschaftsfeindlich. Und das ist ein Problem unserer Politik in Nordrhein-Westfalen. Wir haben großes Verständnis dafür - auch ich persönlich -, daß die Gewerkschaften vor enormen Problemen und Aufgaben stehen. Schon in den 60er Jahren war es für die IG Metall eine ungeheuer schwierige Frage, ob es betriebsnahe Tarifverträge geben soll. Otto Brenner hat auf einer Betriebsrätekonferenz 1967 diese Idee bekämpft - obwohl die Betriebsräte das wollten - mit dem Argument, eine solche Entwicklung stelle die Gewerkschaft und die Gewerkschaftsführung vor unlösbare Probleme und fördere den Betriebsegoismus.

Heute haben wir solche Probleme in der Praxis. Die Umsetzung des Leber-Kompromisses vom letzten Jahr zum Beispiel hat zu einer Stärkung der Betriebsräte und zu enormen Spannungen innerhalb der Gewerkschaft geführt. Es hat doch keinen Zweck, daran vorbeizureden. Nur, das wird ein Problem für unsere Politik, wenn diese Spannungen, die in solch großen Organisationen entstehen, wenn sich die Verhältnisse ändern, abgelassen werden durch Konfrontation nach außen. Es finden solche Konfrontationen statt.

(B)

Was Herr Trinius in dem kurzen Abschnitt über das Streikrecht hier vorgetragen hat, war ein semantischer Amoklauf.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Es war der Versuch, die Öffentlichkeit, die hier zuhört, davon zu überzeugen, die CDU wolle das Streikrecht beseitigen,

(Aigner (SPD): Einige!)

wolle die Verfassung ändern, und das einzige, was er in dem Zusammenhang nicht gesagt hat, ist, daß es so eine Art Widerstandsrecht gegen diese Politik geben könnte. Aber andere IG-Metall-Funktionäre haben das bereits erklärt. Ich finde das bestürzend, wenn eine Frage - sie wird nachher im Hause noch behandelt -, über die man reden muß, so diskutiert wird, daß ein Gespräch überhaupt nicht mehr möglich ist, und zwar vor dem Hintergrund der Notwendigkeit, alle Kräfte in diesem Lande zusammenzubringen, um genau die Aufgaben zu lösen, die gelöst

werden müssen: nämlich die Erneuerung unserer Politik im Lande Nordrhein-Westfalen. (C)

(Beifall bei der CDU)

Das Revier - und viele Kollegen in der SPD und in den Gewerkschaften sehen das genauso - hat von solchen Konfrontationen nichts. Ich habe vor wenigen Tagen die Ehre gehabt, vor der Friedrich-Ebert-Stiftung einen Vortrag über Zukunftsaspekte der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik halten zu dürfen. Mein Mitreferent war Wolfgang Roth. Und Wolfgang Roth kam in die Friedrich-Ebert-Stiftung und stellte, bevor er seinen Beitrag hielt, fest, er begrüße es sehr, daß auf einer Plattform wie der der Friedrich-Ebert-Stiftung zwischen den großen politischen Parteien ein politischer Dialog über die Zukunft der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik stattfinden könne, man sich gegenseitig zuhöre und sich nicht durch Sprachbarrieren den Weg versperre. Ich habe ihm zugestimmt.

(Dr. Farthmann (SPD): An unserem Forum war niemand von der CDU beteiligt, nur als Referent.)

Ich wünsche mir, daß es möglich sein wird, unbeschadet der herannahenden Bundestagswahl so etwas auch wieder im Landtag zu tun.

(Beifall bei der CDU)

Sie nicken, Herr Ministerpräsident. Das freut mich. Dann hoffe ich, daß wir im weiteren Verlauf der Debatten über den Haushalt auch wirklich über den Haushalt reden. (D)

(Zurufe von der SPD)

Die Rahmenbedingungen für eine Erneuerung des Landes sind gut, aber die Situation im Lande selbst ist schwierig. Herr Farthmann hat am 6. Dezember diese Schwierigkeiten beschrieben. Mit Erlaubnis des Präsidenten möchte ich das gerne zitieren. In einer Rede, die er am 6. Dezember gehalten hat, bezeichnet er die Finanzsituation des Landes Nordrhein-Westfalen als katastrophal. Schuldenentwicklung: 1966 sei das Land 20 mal weniger verschuldet gewesen als seine Gemeinden. Nach dem heutigen Ist-Stand hat das Land doppelt so viel Schulden wie seine Gemeinden.

1974 hatte das Land die niedrigste Pro-Kopf-Verschuldung aller Bundesländer. Wie hoch die Pro-Kopf-Verschuldung heute ist, haben wir in der Debatte schon gehört: Sie beträgt fast 5 000 DM. Damit liegt das Land Nordrhein-Westfalen im Flächenländervergleich an drittletzter Stelle vor Schleswig-Holstein

(Dr. Biedenkopf (CDU))

- (A) und dem Saarland, trägt Herr Dr. Farthmann vor. Als nächstes Land wird Nordrhein-Westfalen in bezug auf die Pro-Kopf-Verschuldung Schleswig-Holstein überholen.

(Zuruf von der CDU: Das ist längst geschehen!)

Von Ende 1977 bis Ende 1984, also in der Zeit, in der Herr Rau regiert hat, ist die Verschuldung der Flächenländer im Durchschnitt um 188,9 % angestiegen; darunter Hessen mit 86 % und das Saarland mit 189 % als geringste und höchste Anstiege. Der Anstieg in Nordrhein-Westfalen betrug 408,9 %. Ich zitiere aus dem Redemanuskript von Herrn Farthmann.

(Minister Dr. Posser: Das ist mein Papier! - Dr. Linssen (CDU): Schlimm genug!)

Und dann kommt die berühmte Rechnung, deretwegen auch Herr Schauerte Sie, Herr Dr. Posser, schon kritisiert hat. Es heißt, 12 Milliarden DM seien aus dem Landeshaushalt als Hilfen für den Kohlebergbau ausgegeben worden und einschließlich Zins- und Zinseszins seien dies 21,5 Milliarden DM. Dann werden diese 21,5 Milliarden DM an der Staatsverschuldung des Landes Nordrhein-Westfalen abgezogen, und die übrigbleibende Summe wird jetzt als die hypothetische Verschuldung dargestellt und in Pro-Kopf-Verschuldung umgerechnet. Auf diese Weise wird - das kann man doch wirklich nicht anders ausdrücken - durch Zahlentricks ein Haushalt verschönt, der sich so überhaupt nie entwickelt hätte.

(B)

(Zustimmung bei der CDU)

Es ist schlicht und einfach absurd, so zu rechnen. Selbst wenn ich die ganze Kreditgewährung betrachte, gehe ich doch zunächst einmal davon aus, daß das Land in der Referenzzeit Kredite aufgenommen hat, um Investitionen zu finanzieren, nicht laufende Ausgaben. Das ist das, was man normalerweise mit Krediten finanziert. Im Bundeshaushalt wird das sogar zur Regel gemacht. Nach der Bundesverfassung sollen nicht mehr Kredite aufgenommen werden, als Investitionsleistungen im Haushalt vorgesehen sind. Dann können sie doch die Kreditaufnahme nicht gegenrechnen gegen die jährlichen Zuwendungen an die Kohle. Also ist doch die ganze Zinseszinsrechnung eine getürkte Rechnung, und genau das beanstanden wir doch!

(Beifall bei der CDU)

Sie müssen die Zinsen - wie sich das gehört - auf die Investitionen, aber nicht auf die

laufenden Ausgaben rechnen. Dies sind genau die Formulierungen, mit denen vernebelt wird, daß es eben nicht die Kohle, sondern die schlechte Politik in Nordrhein-Westfalen ist, die uns in die Haushaltsmisere geführt hat.

(C)

(Zustimmung bei der CDU)

Wie sieht es denn wirklich aus mit der Kohle, und warum haben wir denn Probleme in Bonn, wenn wir den Standpunkt von Nordrhein-Westfalen vertreten wollen? Laut Ihrem Bericht zahlt der Landeshaushalt 900 Millionen DM für die Kohle.

(Minister Dr. Posser: Plus 312!)

- Plus 312. Der Bundeshaushalt zahlt 2 400 Millionen DM. Es wird - natürlich nicht in Form von Steuern, sondern in Form von Abgaben, die aber der Kohle beziehungsweise den kohleverbrauchenden Kraftwerken zugute kommen - der Kohlepfennig mit insgesamt 2 Milliarden DM vereinnahmt. Von diesen 2 Milliarden DM zahlen die Bürger außerhalb des Landes Nordrhein-Westfalen 1,24 Milliarden DM. Wenn Sie den Bürgern in Bayern erzählen, daß das Geld nicht in die Staatskasse fließt, sondern daß es verwendet wird, um die Kohle in den Kraftwerken konkurrenzfähig zu machen, damit wir sie erhalten können, ist denen das ziemlich egal. Sie zahlen das Geld für eine Veranstaltung, die überwiegend in Nordrhein-Westfalen stattfindet: nämlich Steinkohleförderung zu 86 % und Beschäftigung zu 85 %. Die Bürger in Baden-Württemberg und Bayern, die Kohlepfennige zahlen, sind der Meinung, daß sie damit einen Solidaritätsbeitrag für NRW leisten, und das tun sie auch!

(D)

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Sonst hätte die Sache doch gar keinen Sinn. Wir erhalten doch hier - und das war immer konsensfähig in diesem Haus - die Kohle als ein Stück Sicherheit und wegen der Arbeitsplätze.

Zumindest der zweite Teil ist ein NRW-Anliegen.

(Frau Thoben (CDU): Das kann man wohl sagen!)

Für dieses NRW-Anliegen wird eine Menge Geld ausgegeben. Wenn wir jetzt klagend durch die Bundesrepublik Deutschland ziehen und sagen, das sei uns immer noch zu teuer, dann müssen wir uns entgegenhalten lassen, daß unser konkreter Finanzbeitrag wesentlich geringer ist als der nordrhein-westfälische

(Dr. Biedenkopf (CDU))

- (A) Bevölkerungsanteil an der Bundesrepublik Deutschland. Gemessen an dem, was in dieses Land zurückfließt, haben wir natürlich eine Menge Vorteile davon.

Wir haben - daran besteht doch gar kein Zweifel, Herr Finanzminister - z.B. in Bayern eine Ausgleichsabgabe von fast 300 Millionen DM über den Kohlepfennig. Es werden fast 300 Millionen DM von der bayerischen Bevölkerung für Strombezug aufgewendet. Aber es werden in bayerischen Kraftwerken für die Subvention von Kohle nur rund 86 Millionen DM gebraucht. Das heißt, in das Land Nordrhein-Westfalen fließt ein Nettobetrag von rund 200 Millionen DM, aus allen Bundesländern ohne NRW insgesamt 1,3 Milliarden DM.

Wir müssen diese Zusammenhänge sehen, und wir müssen sie auch bewerten. Wir können doch bei den anderen Bundesländern nicht landen, wenn wir einmal über Haushalt reden, einmal über Kohlepfennig - und das hat miteinander gar nichts zu tun -, einmal über die Sicherheit, einmal über die Arbeitsplätze, und uns immer gerade die Daten herausuchen, die für uns günstig sind, und alle anderen wegschieben.

(Beifall bei der CDU)

Das können Sie mit Ihrer Mehrheitsfraktion hier im Hause, aber das können wir nicht in Bonn. Und deshalb sind Sie der Meinung, wir vertreten nicht die NRW-Interessen. Wir vertreten nicht die SPD-Interessen in Bonn, sondern die NRW-Interessen.

(B)

(Beifall bei der CDU)

Die Bewertung ist folgende, und wenn wir hier nicht im Landtag wären, sondern zum Beispiel in der Hauptverwaltung der IG Bergbau und Energie, würde das auch kein Mensch bestreiten: Wir haben eine Situation, bei der im Ergebnis rund 3,1 Milliarden DM im Jahr dem Land Nordrhein-Westfalen von außerhalb zur Verfügung stehen, um uns bei der Bewältigung der Aufgabe "Kohle" zu helfen. Und wir zahlen ungefähr eine Milliarde.

(Minister Dr. Posser: Das stimmt doch nicht; wir haben doch den Kohlepfennig auch!)

- Das habe ich alles schon abgezogen. Der Kohlepfennig ist insgesamt über 2 Milliarden. Ich habe nur die 1,3 Milliarden DM gerechnet, die von außerhalb von NRW kommen. Daß die Bevölkerung Nordrhein-Westfalens selbst etwas für ihre Kohle tut, das ist, wenn ich

die Bayern, die Baden-Württemberger, die Schleswig-Holsteiner und die Niedersachsen in Anspruch nehme, wohl selbstverständlich. (C)

Warum sind denn in Bayern die Zahlungen des Kohlepfennigs soviel höher als die Verwendung? Weil die Bayern für andere Energien gesorgt haben, weil die Bayern rechtzeitig dafür gesorgt haben, daß es dort Kernenergie gibt. Dasselbe ist in Hessen der Fall. Bloß wir hängen mit den technologischen Entwicklungen so weit zurück, daß es uns jetzt immer mehr zu einem Mühlstein um den Hals wird.

(Beifall bei der CDU)

Aber wovor ich etwas Angst habe, Herr Posser, im übrigen nicht nur ich, sondern auch Gesprächspartner, die ich bei der IG Bergbau und Energie hatte, ist, daß bei dem lauten Lamentieren, das hier veranstaltet wird, jemand eines Tages auf die Idee kommen könnte zu sagen: Wie ist das denn mit den 8 Milliarden DM, die an die Knappschaft gezahlt werden und die hier nach Nordrhein-Westfalen fließen? 8 Milliarden DM zahlt der Bund - und das ist richtig so - für die Knappschaftsversicherung. Das ist eine Altlast, die durch die Schrumpfung der beschäftigten Bevölkerung und durch den damit überproportional wachsenden Anteil von Rentnern in der Knappschaftsversicherung entstanden ist.

Aber, meine Damen und Herren, das Geld fließt zum großen Teil nach Nordrhein-Westfalen. Das stärkt die Nachfrage in unserem Lande. Das ist doch ein Vorteil für unser Land, nicht nur eine Solidarleistung. Wir können doch nicht erwarten, daß sich die Gesamtheit der Bundesrepublik Deutschland zwar immer anhört, wie schlecht es uns geht und wie ungerecht wir behandelt werden, aber nicht gegenrechnet, was diese Gemeinschaft für das Land Nordrhein-Westfalen tut, weil das Land Nordrhein-Westfalen vor zehn, fünfzehn Jahren für diese Gemeinschaft viel getan hat. (D)

(Beifall bei der CDU)

Es ist im übrigen, Herr Posser, gar nicht wahr, daß das Land Nordrhein-Westfalen schwach wäre.

(Henning (SPD): Wie ist es denn?)

Herr Farthmann hat zu Recht darauf hingewiesen, daß das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf in Nordrhein-Westfalen mit an der Spitze liegt, 53 780 DM, in Hessen 53 870 DM. In Bayern liegt es sehr viel niedriger, in

(Dr. Biedenkopf (CDU))

- (A) Niedersachsen auch. Das sind auch Vergleichszahlen. Im Ruhrgebiet sind die Einkommen im Verhältnis zu anderen Teilen des Landes sehr hoch. Die Kaufkraft im Ruhrgebiet ist überdurchschnittlich hoch, wenn ich sie einmal mit dem westlichen Münsterland oder Ostwestfalen oder anderen Regionen vergleiche.

Und trotzdem gelingt es uns nicht, diese Landschaft wirtschaftlich wieder hochzubringen. Das hat nichts mit den Menschen zu tun. Das hat nichts mit ihrer Leistungsfähigkeit zu tun. Das hat etwas zu tun mit den politischen Strukturen, die sich gegen Veränderungen wehren.

(Beifall bei der CDU)

Etwas kann man von den anderen Bundesländern wirklich lernen: Entscheidend ist nicht nur das Geld, entscheidend ist die Offenheit, die Motivation, die Ermutigung, Neues anzufangen, auch die Ermutigung derer, die Arbeitsplätze schaffen.

Wir haben in diesem Landtag schon oft darüber diskutiert, daß man diese Art von Ermutigung nicht durch Kampagnen erreicht, die auf Neid aufbauen.

Die Formulierungen: Umverteilung von unten nach oben, zugunsten der Reichen gegen die Armen, alles das hat nichts mit der politischen Wirklichkeit oder der Lebenswirklichkeit unseres Landes zu tun, sondern sehr viel damit, den Neid in den Menschen zu mobilisieren, um ihn für politische Zwecke nutzbar zu machen.

(B)

(Beifall bei der CDU - Zuruf von der SPD: Unerhört, was Sie da behaupten!)

Das ist die eigentliche Ursache dieser Kampagnen.

Was war denn der Grund, warum Herr Rau erklärt hat, er nehme alle sogenannten Sozialdemontagen zurück? Warum ist er denn nachher gezwungen worden, sich zu korrigieren? Der Grund war doch nur der, daß er deutlich machen wollte, er sei viel sozialer als das, was in einem Programm verwirklicht wurde, das von Helmut Schmidt 1981 begonnen worden ist.

(Beifall bei der CDU)

Nachher mußte er sich von seiner eigenen Bundestagsfraktion sagen lassen, daß das so gar nicht geht.

Die wirkliche Ursache solcher Formeln ist doch nicht die Sorge um das eine oder andere

Programm. Die wirkliche Ursache ist die Sorge davor, daß sich die Menschen mehr verselbständigen könnten, als es mit den gegenwärtigen Herrschaftsstrukturen im Revier verträglich ist. (C)

(Beifall bei der CDU)

Wir brauchen eine Änderung dieser Strukturen. Wir haben uns jahrelang bemüht, im Revier neue Techniken zu verwirklichen. Es hat Ruhrgebietskonferenzen gegeben, erst von der CDU, dann von der SPD, dann von beiden. Immer wieder wurde darüber geredet: Wie kann man neue Techniken ins Ruhrgebiet bringen und alte beleben? In den 70er Jahren gab es gar keine Probleme damit, bis in der Sozialdemokratischen Partei der Widerstand gegen neue Techniken wuchs, vor allem gegen die Kernenergie. Inzwischen sind wir in Nordrhein-Westfalen so weit, daß alle diejenigen, die investieren wollen, noch immer nicht genau wissen, was nun eigentlich verlässliche Rahmenbedingungen in Nordrhein-Westfalen sind.

Herr Rau, Sie sind nach Ibbenbüren gefahren, haben ein Kraftwerk eingeweiht und haben es gelobt. Drei Tage später verlautete dann, Sondervereinbarungen seien notwendig, um die Entstickung zu beschleunigen. Dann hat man gehört, das Kraftwerk solle, bis die Entstickungsmaßnahmen durchgeführt worden seien, nicht mit voller Last, sondern mit verringerter Last fahren. Was das für die Zeche bedeutet, die der Preussag gehört und die sich natürlich auf die Vollastförderung eingestellt hat, sagt niemand. (D)

(Zuruf des Abg. Dr. Farthmann (SPD))

Was das für die Kostenrechnung bedeutet, sagt auch niemand. Wenn ich ein Kraftwerk zu 80 % statt zu 100 % fahre, wird natürlich der Strom teurer. Das wiederum wird über den Strompreis abgerechnet und von den Bürgern des Landes Nordrhein-Westfalen bezahlt.

(Zurufe von der SPD)

- Es ist unstrittig, daß Sie das Kraftwerk gelobt und erst später und nicht in Ibbenbüren Vorbehalte ausgedrückt haben. Sie können von Investoren in Nordrhein-Westfalen doch nicht erwarten, daß sie hier namhafte Investitionen vornehmen, wenn sie nicht wissen, ob übermorgen noch gilt, was gestern gesagt wurde.

(Zustimmung bei CDU und F.D.P.)

(Dr. Biedenkopf (CDU))

- (A) Herr Farthmann hat in der schon erwähnten Rede die nordrhein-westfälische Zukunftstechnologie-Initiative vorgestellt.

(Dr. Linssen (CDU): Auch so ein heißer Ballon!)

Zu dieser Zukunftstechnologie-Initiative gehört nach seiner eigenen Auskunft das Programm "Zukunftstechnologien", das acht ausgewählte Technologiebereiche umfaßt. Das Kernstück dieses Programms waren 1985 60 Millionen DM im Haushalt. 1986 sind es noch 15 Millionen DM.

(Minister Dr. Posser: Die Reste werden übertragen, Herr Kollege!)

- Wenn sie übertragen werden, bedeutet das, daß sie 1985 nicht ausgegeben werden konnten.

(Evertz (CDU): Ist ja noch schlimmer!)

Das heißt, die Mittel sind nicht angenommen worden, weil die ganze Konzeption nicht stimmt.

(Zustimmung bei CDU und F.D.P.)

Das ist doch genau das Problem. Wir haben im letzten Jahr darüber geredet, Herr Kollege Posser, daß diese Art von Technologieförderung nicht funktionieren kann. Bei dem so gefeierten ZENIT sehen Sie das ja. Diese Institution sucht noch immer ihre Aufgabe, hat laufenden Personalwechsel und soll jetzt die Altlasten erforschen, die sich aus dem Umweltschutz ergeben.

(B)

(Lachen bei der CDU - Dr. Linssen (CDU): Das kann doch wohl nicht wahr sein!)

Das ist doch nichts anderes als ein Herumdilettieren in dem Bereich, der für unser Land von entscheidender Bedeutung ist.

(Zustimmung bei CDU und F.D.P.)

Wir dürfen uns doch nicht beschweren. Schauen Sie sich doch den Haushalt von Baden-Württemberg an. Die Baden-Württemberger geben gar nicht viel für Technologieförderung aus, aber sie verstehen es, es richtig zu machen. Sie verstehen es, die Leute zu ermutigen, dorthin zu bringen, dort festzuhalten. Abgesehen von Daimler, Bosch und BBC gibt es in Baden-Württemberg praktisch keine Großunternehmen. Es gibt eine große Zahl mittlerer und kleinerer Unternehmen, und die aktivieren immer wieder Neues. Sie werden auch ermutigt, das zu

tun. Diese Motivation fehlt hier. In Nordrhein-Westfalen fehlt die gleiche Ermutigung. Obwohl wir hervorragende Facharbeiter haben, obwohl wir gute Infrastrukturen haben, wandern Aktivitäten aus diesem Lande ab. (C)

(Trinius (SPD): Und kommen nach!)

Die Forschung von Nixdorf ist abgewandert.

(Böse (SPD): Sie reden wieder alles kaputt! Hören Sie doch auf damit!)

- Ich rede überhaupt nichts kaputt. Ich rede möglicherweise Ihre Behauptungen kaputt, daß Sie für dieses Land eine gute Politik machen.

(Lebhafte Zustimmung bei CDU und F.D.P. - Trinius (SPD): Reden Sie doch einmal von den Firmen, die hierherkommen! - Böse (SPD) (sehr erregt): Das ist doch schlimm! Sie reden wieder alles kaputt! Merken Sie das denn eigentlich gar nicht? - Weitere erregte Zurufe des Abg. Böse (SPD))

- Ich finde das sehr schön: Je mehr Sie sich aufregen, um so mehr fühle ich mich bestätigt.

(Weitere Zurufe des Abg. Böse (SPD) und anderer Abgeordneter der SPD)

- Wollen Sie gegen mich auch ein Aufsichtsverfahren einleiten? (D)

(Heiterkeit und Beifall bei CDU und F.D.P.)

Ich meine, wir können ja eine Aufsichtsverfahrenbehörde beim Landtag einrichten, damit sich überregte sozialdemokratische Abgeordnete dahin wenden können.

(Maedge (SPD): Sehr witzig! - Zuruf des Abg. Hovest (SPD))

Ich möchte, was die technische Entwicklung anbetrifft, nur eines klarmachen: So, wie das im Landeshaushalt vorgesehen ist, wird das nichts. Es wird nichts mit der modernen technischen Entwicklung. Sie werden auch in diesem Jahr das Geld nicht los, allenfalls in Form von Mitnahmeeffekten. Neues wird nicht entstehen. Die Einrichtungen, die Sie geschaffen haben, ersticken an ihrer eigenen Bürokratie und Unbeweglichkeit oder werden wieder kassiert. Sie können mit der Art und Weise, wie Sie das jetzt tun - auf der einen Seite gesellschaftspolitische und sozialpolitische Konfrontation und auf der anderen

(Dr. Biedenkopf (CDU))

- (A) Seite der Versuch zur Motivation von Neuem im Bereich der Wirtschaft -, nie erfolgreich sein. Da Sie die Bundestagswahl 1987 vor sich haben, werden Sie sich für die nächste Zeit für die Konfrontation entscheiden. Und das hat uns Herr Trinius heute hier vorgeführt,

(Westermann (SPD): Damit habt ihr schon viel früher angefangen!)

als er sagte, wir würden soziale Leistungen abbauen. Im übrigen hat er hinzugefügt, der Abbau sozialer Leistungen durch SPD und durch CDU sei nicht vergleichbar, obwohl wir nur genau das weitergemacht haben, was Herr Schmidt begonnen hat.

(Zurufe der Abgeordneten Frau Friebe und Trinius (SPD))

Aber was ich wirklich als einen Tiefschlag empfunden habe, war Ihre Formulierung: Wir schlagen ihnen das Mitbestimmungsrecht unter den Füßen weg und versüßen ihnen das anschließend mit sozialen Wohltaten.

(Trinius (SPD): Ja!)

- Ich sehe, daß Sie diese Formulierung nach wie vor für richtig halten. Ich sehe das als eine Bestätigung meiner Befürchtung, daß Sie zu einem Dialog überhaupt nicht mehr fähig sind.

(Lebhafte Zustimmung bei CDU und F.D.P. - Trinius (SPD): Im Gegenteil!)

- (B) Herr Trinius, ich werde mich darüber nicht so aufregen, wie sich Herr Posser über Herrn Schauerte aufgeregt hat.

(Büssow (SPD): Unverschämte Gleichsetzung! - Dr. Dammeyer (SPD)): Sie hätten einmal Herrn Schauerte hören müssen!

Ich sage Ihnen nur eines: Diese Art von Formulierungen sind ein Schlag in das Gesicht dessen, was Ihr Ministerpräsident hier als solidarische Gesellschaft vorgestellt hat.

(Lebhafte Zustimmung bei CDU und F.D.P.)

Es ist ein unverzichtbares Stück der Geschichte der Mitbestimmung - einige Ihrer Kollegen sind ja der Meinung, wenn man die Geschichte bemühe, sei das möglicherweise unzulässig;

(Rohe (SPD): Wie man das macht!)

warum, weiß ich nicht, für mich ist sie wichtig -, daß sie hier im Revier entstanden

ist, und zwar als Gemeinschaftsleistung der großen gesellschaftlichen Bewegungen in der Nachkriegszeit. (C)

(Zuruf von der SPD)

Daran hat sich bis heute nichts geändert; das wissen Sie genausogut wie ich!

(Böse (SPD): Dann erklären Sie das doch mal! - Weitere Zurufe von der SPD)

Die Formulierung, die Sie hier gebraucht haben, enthält eine eindeutige Aufkündigung dieser Gemeinschaft. Es ist eine zynische Formulierung, vor allen Dingen wegen des zweiten Halbsatzes: daß wir das dann mit Sozialleistungen versüßen. - Herr Trinius, das mag Ihre Denkstruktur sein im Verhältnis zu Menschen, unsere ist das nicht und wird es nie werden!

(Anhaltender Beifall bei der CDU)

Wir werden auch in den nächsten Monaten dieses Lied nicht mitsingen, Herr Trinius. Wir werden uns weiter darum bemühen, hier in Düsseldorf aus einer ziemlich schwierigen Oppositionslage, in Bonn aus der Verantwortung, den wirklichen Gehalt dessen zu realisieren, was solidarische Gesellschaft bedeutet.

(Zurufe von der SPD: Na, na!)

Ich habe vor wenigen Tagen die Gelegenheit gehabt, mit einem Schüler von Pater von Nell-Breuning, Professor Lay, über die Weiterentwicklung von Tarifautonomie und Sozialsystem zu diskutieren. Das war sehr interessant und lehrreich für mich, weil Professor Lay, offenbar auch in Übereinstimmung mit Pater von Nell-Breuning, der Meinung war - und ich teile diese Auffassung -, daß der Grundsatz von Solidarität und Subsidiarität vor der Wirklichkeit, wie sie sich entwickelt, ständig neu überprüft werden muß und daß auch immer wieder die Frage zu stellen ist, wenn wir wirklich eine freiheitlich-solidarische Gesellschaft sein sollen, was der einzelne selbst kann, was also der einzelne aus eigener Kraft zu leisten vermag - was ja nicht eine Enteignung des einzelnen ist, sondern ein Stück Inpflichtnahme für die Gemeinschaft, also auch ein Stück Solidarität. (D)

(Zuruf von der SPD: Was heißt denn das?)

- Das heißt ganz konkret, daß ich von der veränderten Wirklichkeit, wie sie sich heute darstellt, auszugehen habe. Das gilt etwa für die Einkommens- und Vermögensverhältnisse. Herr Posser hat ja erklärt: 200 000 DM Ver-

(Dr. Biedenkopf (CDU))

- (A) mögen sollen mit Freibeträgen ausgestattet werden.

(Heiterkeit bei der CDU - Zurufe von der SPD - Minister Dr. Posser: Das war eine Überlegung!)

- Bitte, ich nehme Sie einmal beim Wort. Das bedeutet doch, daß sich inzwischen in einer großen Zahl von Privathaushalten - sonst würde man doch als sozialdemokratischer Finanzminister hier gar nicht darüber reden - Vermögen gebildet haben.

(Elfiring (CDU): So ist das!)

Wenn sich solche Vermögen gebildet haben - was doch eine großartige Sache ist! -, dann muß man die Menschen auch in die Lage versetzen, eigene Verantwortung zu übernehmen,

(Zustimmung bei der CDU)

und das Sozialsystem entsprechend weiterentwickeln.

(Beifall bei der CDU)

Wenn wir uns darüber einig sind - was ich sehr begrüßen würde -, dann hören Sie doch um Gottes willen damit auf, jeden Versuch eines solchen Nachdenkens mit sozialdemagogischen Formeln zu blockieren! Das tun Sie doch! Jede Anfrage - Wie könnte die Rentenversicherung erweitert oder erneuert werden? Wie könnte sich die Krankenversicherung entwickeln? Wie könnte der Familienlastenausgleich geändert werden? Wie könnte die Arbeitnehmerbeteiligung neu gestaltet werden? Wie kann man Tarifverträge differenzieren und regionalisieren? -, alle diese Überlegungen, die für die Zukunft unseres Landes entscheidend sind, werden von Ihnen doch niedergemacht mit der Behauptung: Sozialdemontage, Abbau der sozialen Besitzstände, Umverteilung von unten nach oben. Da kann doch kein Mensch mehr reden; das sind Totschlag-Worte!

(Zustimmung bei der CDU - Zurufe von der SPD)

Wenn es Ihnen ernst ist mit der solidarischen Gesellschaft, meine Damen und Herren von der SPD,

(Zurufe von der SPD: Sehr ernst!)

- ja, dann zeigen Sie es! Dann lassen Sie eine Diskussion über Alternativen und Weiterentwicklungen zu!

(Trinius (SPD): Aber sicher!)

- Nein, das tun Sie nicht, wo immer Sie auftreten, wo immer die Regierung handelt! Lesen Sie nach, was Sozialdemokraten in den Anhörungen zum Beschäftigungsförderungsgesetz geredet haben! Was da zu diesem behutsamen Versuch der Regierung vorgetragen wurde, ein Stück Bewegung in den Arbeitsmarkt zu bringen,

(Zuruf des Abg. Aigner (SPD))

war gleichbedeutend mit einer totalen Diffamierung jeder Veränderung. Sie wollen keine Veränderung Ihrer Machtbesitzstände hier im Revier, gleichgültig, was es die Menschen kostet. Das ist das Problem, und darüber entscheiden wir hier.

(Lebhafter Beifall bei der CDU)

Solange es nicht möglich ist, die Diskussion ohne die Vokabeln zu führen, die vorhin hier zur Sozialpolitik oder zu unserer Haltung zur Mitbestimmung oder zur Gewerkschaft verwendet wurden - ich habe solche Formeln in vergleichbaren Sachverhalten gegenüber der SPD bisher nicht gebraucht -, solange es nicht möglich ist, unter Verzicht auf solche semantischen Übungen über die Sozialpolitik, über die Erneuerung des Sozialsystems zu reden, wird es auch keine bessere Situation für unsere Menschen in diesem Land geben.

(Aigner (SPD): Herr Blüm hat Sie doch zurückgepfiffen!)

Wir wollen daran arbeiten, wir wollen mit der Mehrheit in Bonn helfen. Aber wir können nur helfen, wenn es einen Dialog gibt, und wir können nicht helfen, wenn jede Bewegung der CDU, gleichgültig, in welche Richtung und mit welcher Motivation, auch bei ausführlicher Begründung, von einer Kombination von SPD und Teilen der Gewerkschaften niedergeschrien und damit jeder Dialog verweigert wird. - Ich fordere Sie zu diesem Dialog auf.

(Lang anhaltender, lebhafter Beifall bei der CDU)

Präsident Denzer: Für die Fraktion der SPD hat Herr Abg. Prof. Dr. Farthmann das Wort.

Dr. Farthmann (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich frage mich natürlich auch wie eben schon Herr Biedenkopf nach dieser doch etwas bizarren Diskussion über den Haushalt - bizarr einmal im Hinblick auf die angesprochenen Themen, bizarr aber ein bißchen auch im Hinblick auf das Niveau -, welches Thema ich jetzt vorrangig behandeln sollte. Herr Biedenkopf hat

(C)

(D)

(Dr. Farthmann (SPD))

- (A) ja zunächst auch beklagt, daß wenig über den Haushalt gesagt worden sei; dann habe ich aber bei Ihnen auch vieles gehört, was mit dem Haushalt nichts zu tun hat oder allenfalls sehr mittelbar, und ich nehme mir, Herr Biedenkopf, die Freiheit, das auch zu tun.

Ich will mich - das sage ich hier ganz ausdrücklich, meine Damen und Herren - nicht auf das Niveau von Ihnen, Herr Schauerte, begeben; ich will mich jedenfalls bemühen. Ich muß Ihnen offen sagen - lassen Sie mich das wirklich als Älterer einmal sagen -: Sie hätten das, was Sie in der Sache gesagt haben, besser anbringen können, wenn Sie auf einiges verzichtet hätten, was Sie meinten dem hinzufügen zu müssen. Was Sie hier an Verbalinjurien von sich gegeben haben bis hin zu der Behauptung, daß ich nur nachplapperte, kann ich nur als lämmelhaft bezeichnen; es tut mir leid, daß ich das so sagen muß.

(Zustimmung bei der SPD)

Daß Herr Posser zu den ruhigen Vertretern hier im Lande gehört, ist ja wohl unstrittig, und wie Herr Posser Sie beschämt hat, Herr Schauerte, das sollte mindestens Ihrer Fraktion, wenn nicht Ihnen selbst, zum Nachdenken verhelfen.

(Beifall bei der SPD)

Nun zu der Rede von Herrn Biedenkopf. Herr Biedenkopf, der einzige Nachteil ist ja, daß derjenige, an den Sie die Rede in erster Linie gerichtet haben, nämlich Herr Pützhofen, nicht hier im Saal ist.

(B)

(Beifall bei der SPD - Zurufe von der CDU)

- Ich bessere mich noch.

(Zuruf von der CDU: Sie waren schon einmal besser! - Weitere Zurufe von der CDU)

- Das kommt noch. - Herr Biedenkopf, dann haben Sie gemeint, Sie müßten Herrn Posser wegen seines beherrschenden Charakters zensieren. Es gibt ein Sprichwort: "Wer im Glashaus sitzt, ..."

(Dr. Biedenkopf (CDU): Wir sind ja beide Professoren!)

- Einverstanden! - Meine Damen und Herren, dann hat Herr Biedenkopf zuletzt einen sehr ernstzunehmenden Appell an uns alle gerichtet: Wir sollten gemeinsam in einen Dialog eintreten und Lösungen suchen, wie wir mit unseren Schwierigkeiten fertig werden kön-

nen. Ich bedaure nur folgendes, Herr Biedenkopf: Wir haben als SPD-Fraktion erstmalig am letzten Freitag das Experiment eines Forums über ein, wie mir schien, sehr interessantes Thema gemacht, und wir hatten das Vergnügen, drei sehr prominente Referenten zu haben, die Ihrer Partei angehören. Nicht ein einziger aus Ihrer Partei ist unserer Einladung gefolgt. Das ist kein Zeichen für Dialogbereitschaft.

(C)

Lassen Sie mich auch noch sagen: Sie haben ja eine besonders elegante Art, sozusagen politische Positionen des Andersdenkenden abzuqualifizieren. Die elegante Art ändert aber nichts an der Härte der Ablehnung und ist nicht gerade zum Dialog einladend.

(Zustimmung bei der SPD)

Herr Biedenkopf hat - wie wäre es auch anders möglich? - noch einmal das Thema Filzokratie aufgeworfen, und er hat die Frage gestellt: Wie viele Betriebsräte gehören denn im Ruhrgebiet der CDA an? Es mag ja die Fälle geben, an die Sie, Herr Biedenkopf, gedacht haben, in denen CDA-Betriebsräte "abgemeiert" worden sind, nicht auf die Liste gekommen sind. Aber ich bin ja nun 15 Jahre hauptamtlicher Gewerkschaftsfunktionär gewesen und habe in diesen Jahren fast ausschließlich in der mitbestimmten Industrie im Ruhrgebiet gearbeitet, und ich muß sagen: Fast mein einziger Kampf, wenn es um CDU- oder SPD-Vertreter ging, war, dafür zu sorgen, daß CDA-Vertreter in die Betriebsräte oder Aufsichtsräte hineinkamen, nicht, sie herauszuhalten, sondern sie hineinzukriegen; denn Ihre CDA-Leute haben mit der F.D.P. eines gemeinsam, nämlich daß sie keine Stimmen haben, das heißt, daß sie nur hereinkommen, wenn man sie "huckepack" nimmt. Das haben wir immer wieder versucht; aber daß das bei dem politischen Anklang, den Ihre Partei im Ruhrgebiet hat, nicht einfach ist, das ist doch das Problem.

(D)

(Maedge (SPD): So ist es! - Beifall bei der SPD)

Der Versuch, Einheitslisten aufzustellen, Herr Biedenkopf, dient doch nur dazu - das ist in der Tat eine Gefahr, das sehe ich auch, wenn eine Gruppe eine so überwiegende Mehrheit zustande bringt wie unsere Sozialdemokraten sie in den Gewerkschaften, namentlich im Ruhrgebiet, haben -, auf diese Weise CDA-Mitglieder in die Betriebsräte zu bekommen. Persönlichkeitswahlen, die unsere Leute viel lieber haben wollen, werden vielfach vermieden, um durch "Huckepack" auf einer Einheitsliste den einen oder anderen CDA-Vertreter mit durchzubekommen. Sie

(Dr. Farthmann (SPD))

- (A) können das natürlich immer wieder behaupten - niemand kann ja den konkreten Fall widerlegen, und es mag auch solche Einzelfälle geben -; aber ich kann Ihnen nur sagen - und ich weiß es nicht nur von mir, sondern auch von vielen Kollegen -: Das durchgängige Bemühen war es gerade, Vertreter der CDU entgegen dem Volumen ihres Stimmenanteils auf Listen und in Positionen zu bringen.

(Zustimmung bei der SPD)

Wenn Sie das Filz nennen, meine Damen und Herren, dann bekenne ich mich zu diesem Filz, dann ist für mich dieser Filz ein Stück Demokratie.

(Beifall bei der SPD)

Nun zur Haushaltsdiskussion. Ich möchte noch einmal den Versuch machen, ob wir uns nicht um eine etwas redlichere Diskussion bemühen könnten. Dabei sind die Höhe der Verschuldung und die katastrophale Finanzsituation völlig unstrittig. Herr Biedenkopf, Sie haben meine Charakterisierung wiederholt. Ich stehe dazu, und ich hätte sie hier auch noch einmal vorgetragen, wenn sie nicht schon mehrfach vorgetragen worden wäre.

- (B) Dabei will ich an dieser Stelle auch Ihren Gedanken aufgreifen - und ich finde es gut, daß Sie ihn ausgesprochen haben -: Wir dürfen bei aller Diskussion, auch bei allem Anprangern des hohen Verschuldensgrades nicht draußen den Eindruck entstehen lassen, als ob Nordrhein-Westfalen so etwas wie ein Schrotthaufen wäre. Wir sind ein höchst leistungsfähiges Land. Ob das dem einen oder anderen politisch in den Kram paßt oder nicht, es ändert nichts an der Tatsache, daß Nordrhein-Westfalen - ich will die Zahlen wiederholen, obwohl Herr Biedenkopf sie schon genannt hat, weil sie so schön sind und weil wir sie auch in unserem gemeinsamen Interesse in der Öffentlichkeit bekanntmachen müssen - beim Bruttoinlandsprodukt pro Erwerbstätigen an zweitoberster Stelle liegt. Zuerst kommt Hessen mit 53 870 DM, dann Nordrhein-Westfalen mit 53 780 DM. Erst dann folgt Baden-Württemberg mit 50 100 DM, und an letzter Stelle liegt Niedersachsen mit 47 650 DM.

Wir sind ein hochleistungsfähiges Land. Der Wert der nordrhein-westfälischen Warenexporte betrug 1984 rund 130 Milliarden DM, das ist gegenüber dem Vorjahr ein Zuwachs von 10,6 %. Unser Land steht mit seiner Exportkraft im Vergleich der Flächenländer hinter Baden-Württemberg und Saarland auf dem dritten Platz.

Nordrhein-Westfalen ist für ausländische Investoren der attraktivste Wirtschaftsraum der Bundesrepublik. Hier wurden 1983 rund 19,3 Milliarden DM an ausländischen Direktinvestitionen getätigt. (C)

Nach Bosch in Stuttgart - übrigens auch ganz interessant - ist Thyssen der zweitgrößte Automobilzulieferer. Jährlich setzt Thyssen allein mit den Automobilfirmen rund 6 Milliarden DM um. Daimler-Benz hat 6700 Lieferanten in Nordrhein-Westfalen. Ein Viertel aller für VW und Audi unternommenen Einkäufe werden in Nordrhein-Westfalen getätigt.

Schließlich noch ein Letztes, was moderne Techniken anbetrifft: Die OECD in Paris kennt die Einteilung "technologiehaltige Produkte". Das sind nach der Definition Produkte, die besonders moderne Techniken aufweisen. Hier hat Nordrhein-Westfalen deutliche Fortschritte erzielt. Während die Zunahme des Produktionswertes technologiehaltiger Erzeugnisse von 1977 bis 1981, als wir noch einen F.D.P.-Wirtschaftsminister hatten, mit 25 % hinter dem Durchschnitt der übrigen Bundesländer, die 32 % aufwiesen, zurücklag, hat sich der Trend in jüngster Zeit umgekehrt: Mit plus 10 % im Zeitraum 1981 bis 1983 haben wir den Bundesdurchschnitt, der bei 9 % liegt, überholt.

Nordrhein-Westfalen hat 65 % der Forschungspotentiale auf dem Sektor Informationstechniken. In Nordrhein-Westfalen sind drei der sechs großen Software-Unternehmen. Nordrhein-Westfalen ist führend im Bereich der Umweltschutztechnik. (D)

Nun hat Herr Biedenkopf ja nicht bestritten, daß wir als Land Nordrhein-Westfalen sehr leistungsfähig sind. Aber, Herr Biedenkopf, wenn Sie sagen: "Die Blockade muß aufhören! Wir müssen wieder eine Aufbruchstimmung erzeugen!", dann muß ich Ihnen entgegenhalten: Das sagt man nur, wenn bisher etwas blockiert worden ist, wenn etwas kaputt ist. Das kann ich nach diesen Zahlen, die ich vorgetragen habe, aber überhaupt nicht bestätigen.

(Beifall bei der SPD)

Dann haben Sie, Herr Biedenkopf, gesagt: "Mehr Offenheit!" - Ich weiß nicht genau, an welche Offenheit Sie gedacht haben; aber ich bin wirklich der Meinung - nicht, weil ich Ihnen jetzt rhetorisch etwas entgegensetzen will -, daß unser Land Nordrhein-Westfalen, was Offenheit gegenüber Ausländern und Gästen und anderen Regionen anbetrifft, mindestens eines der offensten Länder ist, die es in der Bundesrepublik gibt.

(Beifall bei der SPD)

(Dr. Farthmann (SPD))

- (A) Sie haben gesagt: "Kein Neid!" - Neid ist eine negative Sache. Neidisch will niemand gerne sein; ich hoffe, ich bin es auch nicht oder jedenfalls nicht mehr als der Durchschnitt der Bürger. Aber, Herr Biedenkopf, wir lassen uns nicht mit dem Neidargument unser Ringen um soziale Gerechtigkeit kaputt machen!

(Beifall bei der SPD)

Präsident Denzer: Herr Abgeordneter! Lassen Sie - -

Dr. Farthmann (SPD): Wenn, meine Damen und Herren, heute viele Bürger 50 000 oder 100 000 DM privates Vermögen angesammelt haben, dann freuen wir uns darüber. Ich sage ausdrücklich: Ich bin froh, wenn in unserem Lande möglichst viele Bürger möglichst viel verdienen und möglichst viele Bürger möglichst viel Sparkapital haben. Nur, Herr Biedenkopf, das müssen Sie doch auch zugeben: Diese 100 000 DM oder vielleicht sogar 200 000 DM Vermögen, die Sie veranschlagen, sind unter dem bisherigen sozialen System gebildet worden. Diese Fähigkeit dazu möchten wir erhalten.

Sie sagen dann ja immer sehr klug: Wir müssen dann aber mehr Verantwortung damit verbinden. - Über Verantwortung lasse ich mit mir reden. Aber wenn es um den Abbau sozialer Sicherungssysteme geht, dann beurteile ich das sehr viel vorsichtiger. Aber ich will Ihnen den Dialog dazu ausdrücklich nicht verweigern.

(B)

Präsident Denzer: Herr Abgeordneter, lassen Sie eine Frage des Herrn Abg. Schauerte zu?

Dr. Farthmann (SPD): Das wäre eine Frage von Herrn Schauerte, die - da bin ich ganz sicher - schon weit hinter dem zurückhängt, bei dem ich jetzt bin. Das bringt nichts mehr, Herr Schauerte.

(Heiterkeit bei der SPD)

Das hält nur auf. Sie haben den Landtag heute wirklich schon ein paarmal aufgehalten; das brauchen wir nicht mehr.

Nun zurück zu der Verschuldung! - Vielleicht kommen Sie dann noch einmal ins Spiel, Herr Schauerte. - Die Frage ist ja, und da muß ich einmal ein ganz ernstes Wort an Sie richten: Die Verschuldung ist extrem hoch. Die Finanzlage ist katastrophal. Wenn Sie das kritisieren, bitte ich Sie aber sehr herzlich, uns zu sagen, welche Mark und welche Position wir nach Ihrer Meinung unnötig oder zuviel ausgegeben haben.

(Beifall bei der SPD)

Ich bin es leid, draußen bei den Jugendverbänden von dem flinken Herrn Arentz zu hören, wir gäben nicht genug aus, und hier an die Wand gestellt und kritisiert zu werden, weil wir zuviel ausgaben!

(Lebhafte Zustimmung bei der SPD)

Sie müssen sich schon bekennen, welche Version Sie übernehmen wollen! Haben wir Beträge ausgegeben, haben wir Dinge finanziert oder zu hoch finanziert, die nach Ihrer Meinung nicht nötig gewesen wären, oder haben wir das nicht getan, haben wir sogar für manche Dinge zuwenig ausgegeben?

Präsident Denzer: Herr Abgeordneter, lassen Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Pohl zu?

(Dr. Farthmann (SPD): Bitte schön, Herr Pohl!)

- Sie haben das Wort, Herr Kollege.

Dr. Pohl (CDU): Herr Farthmann, darf ich Sie daran erinnern, daß im Jahre 1981 - Sie waren damals Mitglied des Landeskabinetts - derselbe Finanzminister, Herr Posser, Ihnen als Kabinettsmitglied zu einer Klausursitzung Ihres Landeskabinetts eine Liste mit 23 Maßnahmen vorgelegt hat, bei denen nach Auffassung des Finanzministers und teilweise auch nach Auffassung der CDU-Opposition das Land Mehrausgaben tätigte, die in keiner Weise gerechtfertigt waren und in die Verschuldung treiben mußten?

(D)

Dr. Farthmann (SPD): Herr Pohl, daß Herr Posser gegen manche Position Bedenken hat, ist mir aus schmerzlicher Diskussion mit ihm bekannt. Ich hätte nur gerne gewußt, wie Sie das beurteilen, ob Sie das auch streichen wollen, welche Positionen Sie streichen wollen!

(Beifall bei der SPD)

Denn, Herr Pohl, ich höre von Ihnen nur - ich habe mir das einmal auflisten lassen; hören Sie einmal gut zu! -: 1983 forderte die CDU, den Landesanteil an der Grunderwerbsteuer den Kreisen und kreisfreien Städten zuzuweisen; jährliche Kosten: 240 Millionen DM. 1983 forderte die CDU, den Verbundsatz im allgemeinen Steuerverbund - das waren alles Anträge -, von 25,5 auf 26,5 % anzuheben; Kosten für den Landeshaushalt: 326 Millionen DM. 1984 wollte die CDU ein Landesfamiliengeld einführen; Kosten: 230 Millionen DM im Jahr. 1984 verlangte die CDU, eine Stiftung "Hilfe für die Familie" zu gründen; jährliche Kosten: 75 Millionen DM. In diesem Jahr forderte die Opposition, die

(Dr. Farthmann (SPD))

- (A) infolge der Steuerschätzung notwendige Kürzung der Zuweisungen an die Gemeinden nicht 1985, sondern erst 1986/87 wirksam werden zu lassen; Kosten: rund 181 Millionen DM.

(Schmidt (SPD): So war es!)

Ich kenne von Ihnen nur Anträge, mit denen Sie die Verschuldung des Landes erhöhen und die Ausgaben steigern wollten, nicht solche, mit denen Sie sparen wollten.

(Zustimmung bei der SPD - Dreyer (CDU): Das stimmt nicht!)

Meine Damen und Herren, ich sagen Ihnen in aller Deutlichkeit: Ich werde politisch alles dafür tun, daß Ihnen das nicht mehr durchgelassen wird; daß Sie sich entweder zu den Ausgaben bekennen, die wir leider tätigen mußten, oder daß Sie sich dazu bekennen, wo nach Ihrer Meinung, wenn Sie das Sagen gehabt hätten, gekürzt worden wäre oder wo gekürzt werden soll.

(Beifall bei der SPD)

Alles andere ist eine unredliche Diskussion.

Präsident Denzer: Herr Abgeordneter, lassen Sie eine weitere Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Pohl zu?

(Zustimmung des Abg. Dr. Farthmann (SPD))

(B)

Dr. Pohl (CDU): Herr Farthmann, wie lange noch wollen Sie dieses Spiel, das auch Herr Posser in verschiedenen Haushaltsdebatten vorgetragen hat, fortführen, wonach Sie jeweils die Erhöhungsanträge der Union vortragen, aber die Deckungsvorschläge der Union nie dagegen aufrechnen? Wenn das so ist, brauchen wir zukünftig Deckungsvorschläge nicht mehr zu machen!

(Zustimmung bei der CDU)

Dr. Farthmann (SPD): Herr Pohl, regen Sie sich nicht künstlich auf! Das, was Sie jetzt machen, ist eine Debatte, die in den Ausschüssen geführt werden muß. Ich habe da oft miterlebt, als ich noch Minister war, da kommt manchmal das nicht so zum Ausdruck, wie die Opposition das wollte. Das will ich gern zugeben.

(Zuruf von der CDU: Wahrheit! Wahrheit!)

Aber das Entscheidende ist, wir haben das erlebt: Die Druckerschwärze in der Broschüre

von Herrn Arentz ist kaum trocken, in der er uns Hunderte von Millionen ankredet, die wir nicht ausgegeben haben, nicht etwa, daß wir sie zuviel ausgegeben hätten.

(Beifall bei der SPD - Anhaltende Zurufe bei der CDU)

Ihre Rechnung stimmt auch nicht so ganz genau. Darauf will ich mich aber gar nicht einlassen. Entscheidend ist die prinzipielle Redlichkeit, die wir in dieser Diskussion bekommen müssen.

Wenn nun nach Ihrer Auffassung an Ausgaben nichts gekürzt werden soll, müssen wir doch fragen, wie es dazu kommt und was wir tun können. Da muß jedem, der noch nicht ganz parteipolitisch verklemmt ist, auffallen, daß es ein Land in der Bundesrepublik gibt, das haargenau die gleiche Entwicklung gehabt hat und noch hat, das sogar noch weit vor uns liegt in der Pro-Kopf-Verschuldung: Das ist das Saarland. Wenn wir das vergleichen, muß jedem unverbildet denkenden Menschen und Bürger und Politiker zweierlei auffallen: erstens, daß das mit Parteipolitik offenbar nichts zu tun hat; denn das Saarland ist bis vor wenigen Monaten stramm und allein seit Kriegsende von der CDU regiert worden. Zweitens hat das Saarland in der Industriestruktur eines mit uns gemeinsam, nämlich überproportional Montanindustrie: Kohle und Stahl. Genau da liegt der Punkt. Mir liegt daran, das auch den Bürgern deutlich zu machen.

(D)

Wir stehen unter einer finanziellen Zangenbewegung, was die Montanindustrie anbetrifft. Auf der einen Seite haben wir von diesen Kernindustrien in unserem Lande, Stahlunternehmen und Bergbau, seit 20 Jahren so gut wie keine gewinnabhängigen Steuern mehr bekommen. Der Bergbau hat mindestens seit 20 Jahren keine Gewinne mehr, die Stahlindustrie hat vielleicht in den letzten 20 Jahren in fünf oder sechs Jahren Gewinne gemacht. Selbst in diesen Jahren konnten sie die Gewinne bei den Steuern durch den Verlustvortrag weitgehend wegdrücken. Die letzte gewinnunabhängige Steuer - das will ich auch mit allem Freimut sagen - hat uns die sozialliberale Koalition genommen, und das hat kein Land so betroffen wie das Land Nordrhein-Westfalen. Das ist die eine Klaue der Zange, die andere Klaue sind die Lasten: Da haben wir allein von 1980 bis 1986 900 Millionen DM an Stahlhilfen, und wir haben den berühmten Milliardenbetrag aus dem Bergbau.

Nun wehrt sich Herr Schauerte dagegen, und Herr Biedenkopf hat sich ihm angeschlossen, wir dürften das nicht mit Zins und Zinseszins

(Dr. Farthmann (SPD))

- (A) rechnen. Natürlich, Herr Schauerte, kann man nicht jeden Haushaltsposten mit Zinseszinsen berechnen; das wäre eine groteske Rechnung. Es geht ja auch nicht darum, einen neuen Haushalt aufzustellen. Da würde auch niemand die Bergbaulasten mit Zinsen angeben. Aber es geht darum, festzustellen, wie die Situation wäre, wenn man bestimmte Punkte vermieden hätte. Das ist nun wirklich juristische Klippschule, daß man so rechnen muß, als wäre das schadenstiftende Ereignis nicht eingetreten, in diesem Fall die Lasten, die wir für den Bergbau haben zahlen müssen. Daß die dann aufgezinnt werden, ist bei einer wirtschaftlich-realistischen Betrachtungsweise eine pure Selbstverständlichkeit.

(Aigner (SPD): Richtig!)

Daran kommen Sie nicht vorbei. Dann hätten wir wegen unserer Finanzkraft sowohl die Stahlkosten als auch die ganzen Steuerausfälle noch gut verkraftet. Wenn wir nur die Bergbaulasten nicht gehabt hätten, ständen wir jetzt hinter Bayern in der Pro-Kopf-Verschuldung an zweiter Stelle. Das bezeichnet das Dilemma und erübrigt alle weiteren Diskussionen.

Herr Biedenkopf will die mangelnde Solidarleistung des Bundes damit rechtfertigen, daß er sagt, da hätten die Interessen definiert werden müssen, sie seien nicht definiert gewesen. Ich erinnere mich noch, wie Herr Biedenkopf von dieser Stelle im Mai 1983 sehr deutlich und für mein Gefühl damals sehr überzeugend gesagt hat, die Umstellung der Kraftwerke auf die neuen Anforderungen des Umweltschutzes sei eine nationale Aufgabe.

(B)

(Widerspruch des Abg. Dr. Biedenkopf (CDU))

- Sicher, das haben Sie gesagt! Nur, übergekommen ist kein blanker Pfennig.

(Abg. Dr. Biedenkopf (CDU) meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

- Lassen Sie mich den einen Satz noch sagen. Sie haben jetzt gesagt, es gibt auch Landesanteile, und die müssen uns angerechnet werden. Darüber können wir ja vielleicht reden. Aber übergekommen ist kein Pfennig.

Bitte schön!

Dr. Biedenkopf (CDU): Herr Kollege Farthmann, stimmen Sie mit mir darin überein, daß es sich bei der eben zitierten Erklärung um die Frage handelt, ob bei den Umstellungskosten der Kraftwerke ein Zuschuß des Bundes erfolgen soll und daß die

Kraftwerke selbst einen solchen Zuschuß nie verlangt haben, so daß die Realisierung des Angebotes aus diesem Grunde nicht möglich war?

(C)

Dr. Farthmann (SPD): Dem letzten Absatz kann ich nicht zustimmen. Ich gebe zu, die Kraftwerke haben es nicht verlangt. Ich bin aber überzeugt, sie hätten es genommen, wenn wir es ihnen angeboten hätten; denn das sind gewaltige Kosten. Da hätte es auch keine Meinungsverschiedenheiten über die Definition des Interesses gegeben. Daß es nämlich ein Landesinteresse war, diese Umweltinvestitionen vorzunehmen, kann wohl nicht zweifelhaft sein. Aber das Ende vom Lied ist: Unsere Bürger müssen diese Kosten heute mit höheren Strompreisen bezahlen, weil wir ihnen bei den Investitionen nicht haben helfen können.

Die Frage ist also: Was können wir für die Zukunft tun? Ich kann Ihnen nur sagen, lassen Sie uns gemeinsam mithelfen, daß der Bund uns nicht bei Steuerentlastungen in die Taschen greift. Gerade das beabsichtigt er jetzt. Der Bund bringt uns erneut um zwei Milliarden DM Einnahmen pro Land. Lassen Sie uns gemeinsam mitwirken, daß diese zwei Milliarden DM uns auf anderem Wege erstattet werden; die tun uns sehr, sehr gut!

Ich will mich jetzt nicht mit Ihnen darüber streiten, ob Steuerentlastungen nötig sind oder nicht. Ich halte sie nicht für das Nötigste. Aber selbst wenn Sie, meine Damen und Herren, meinen, sie wären nötig, bin ich ganz sicher: Wenn wir die zwei Milliarden mehr hätten und könnten dafür Fernwärmanlagen bauen und die Krankenhausinvestitionen vornehmen, die dem Ministerium für Arbeit und Gesundheit vorliegen, wären das für unsere Handwerksmeister landesweit 3,5 Milliarden DM allein an Krankenhausinvestitionen, und das wäre sehr viel wichtiger, als Spitzenverdienern, von meiner Verdienstklasse angefangen, eine steuerliche Entlastung von 6 000 DM im Jahr zu gewähren.

(D)

(Beifall bei der SPD)

Zweitens, meine Damen und Herren, lassen Sie uns gemeinsam mithelfen, daß die Lasten, die wir im nationalen Interesse erbringen, uns teilweise abgenommen werden! Dafür gilt das, was zur Kohlevorrangpolitik gesagt worden ist. Herr Biedenkopf hat von dem Stromverbraucher in Baden-Württemberg gesprochen. Wenn wir die Kohlevorrangpolitik ernst meinen, meine Damen und Herren, und wenn das bei Ihnen nicht nur Sonntagsreden sind, dann ist ja wegen des Anteils der heimischen Energieträger wohl richtig, daß die angeblich

(Dr. Farthmann (SPD))

- (A) billige Stromerzeugung aus Kernkraftwerken in Baden-Württemberg und Bayern nur möglich ist, weil die sichere und teure Energieerzeugung bei uns stattfindet, und dann muß an den Preisen auch das gesamte Bundesgebiet beteiligt werden. Das ist doch der Punkt!

Drittens lassen Sie uns gemeinsam mithelfen, daß wir künftig eine gerechtere Verteilung der Steuereinnahmen bekommen, bei der unser Land nicht ständig über den Löffel barbiert wird. Auch dann tun wir im Interesse unserer Bürger viel Gutes, und dann wird unsere Haushaltssituation erheblich besser. - Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Frau Vizepräsident Friebe: Ich danke Herrn Abg. Dr. Farthmann und darf jetzt Herrn Dr. Rohde für die Fraktion der F.D.P. das Wort erteilen.

- (B) Dr. Rohde (F.D.P.): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Abgesehen davon, Herr Farthmann, daß die Saar, die Sie angesprochen haben, erst 1956 in die Bundesrepublik Deutschland zurückgekommen ist und ich bis jetzt noch keine französische CDU kenne, finde ich, daß Sie das Angebot von Herrn Biedenkopf, doch gemeinsam nach neuen Lösungen für dieses Land zu suchen - gemeinsam im Dialog nach einer neuen Innovationspolitik für dieses Land zu suchen -, mit dem Argument etwas leicht abgelenkt haben, Herr Biedenkopf sei zu Ihrer Veranstaltung "Staat und Markt" nicht gekommen.

Ich muß Ihnen sagen, ich wäre sehr gern zu Ihrer Veranstaltung gekommen, wenn es die Möglichkeit gegeben hätte, daß dort Vertreter der CDU oder der F.D.P. als Redner hätten auftreten können. Das war nicht der Fall. Allerdings war dies der Fall - wir sollten uns davon leiten lassen - bei der Veranstaltung des DGB am Samstag in Oberhausen, wo wir alle die Möglichkeit hatten, in einem festen Redebeitrag die Position unserer Parteien darzulegen.

Deswegen habe ich, Herr Ministerpräsident, Ihren Brief, den Sie mir geschrieben haben, nachdem uns Ihr Brief an den Bundeskanzler veranlaßt hatte, auf einen gemeinsamen Antrag zu verzichten - ich fand diesen Brief außerordentlich fair, muß ich sagen -, zum Anlaß für die Aussage genommen, daß die F.D.P.-Fraktion alles versuchen werde, damit es in Nordrhein-Westfalen zu einer gemeinsamen Innovations-, Technologie- und Wirtschaftspolitik kommt, um die Arbeits-

- (C) plätze, die in der Stahlindustrie freigesetzt werden, zu ersetzen. Ich fand das fair; das möchte ich hier ausdrücklich betonen.

Ich hatte den Eindruck, Herr Finanzminister, daß Sie bei den Argumenten - ich fand, das ging in Richtung des Kollegen Farthmann -, die Herr Biedenkopf zur Kohle vorgetragen hat, etwas blaß geworden sind. Ich glaube, es würde Ihnen gut anstehen, anschließend hierhinzukommen und zu sagen, daß Herr Kollege Biedenkopf insbesondere in dem recht gehabt hat, was er zur Kohle vorgetragen hat.

(Zustimmung bei F.D.P. und CDU - Minister Dr. Posser: Das ist doch falsch!)

- Sie sagen "falsch". Was ist denn eigentlich falsch? Falsch ist, was im Landesentwicklungsbericht steht, den der Ministerpräsident zu verantworten hat. Falsch ist, was Sie - auch der Ministerpräsident oder der Kollege Farthmann - ständig von sich geben: daß im Lande Nordrhein-Westfalen die Lasten für die Kohle, die Sie mit 21,5 Milliarden DM beziffern, kreditfinanziert worden seien. Das stimmt nicht. Sie sind genau zu 2,1 Milliarden DM kreditfinanziert worden. Wir können noch den Haushaltsplan Nordrhein-Westfalen lesen. Kommen Sie doch nicht immer mit Ihren Rechenkunststückchen, die nicht stimmen!

Herr Finanzminister, ich finde, Sie reden immer ungewöhnlich klug, mit sehr ausgearbeiteten - ich bin versucht zu sagen: mit exquisiten - Argumenten. Es gibt ja keinen einzigen Haushalt, den Sie nicht in bewährter Manier verteidigt haben. Aber Sie müssen sich nicht an Ihren klugen Worten, sondern an den Realitäten messen lassen. Und diese sind nun einmal fast 7 Milliarden DM Schulden, fast 7 Milliarden DM Nettokreditaufnahme

(Minister Dr. Posser: Schlimm!)

und fast 100 Milliarden DM Schulden zum Ende dieses Jahrzehnts. Darüber kann man nicht mit schönen Worten hinwegreden. Sie haben möglicherweise bei jeder Haushaltsargumentation für sich recht. Aber dennoch ist es eine Tatsache, daß die Gemeinden im nächsten Jahr 1 Milliarde DM weniger investieren können. Es ist auch trotzdem eine Tatsache, daß wir nicht genügend Mittel haben, um für die Zukunft zu investieren.

Von daher hatten wir den Eindruck, daß Ihre jetzige Haushaltsrede nicht mehr als das Plädoyer eines Pflichtverteidigers war. Ich gebe zu: Bei den Vorlesungen, die wir als Juristen hatten, war es nicht vorgesehen, daß der Verteidiger gleichzeitig der Täter ist.

(Dr. Rohde (F.D.P.))

- (A) Das wäre sicherlich eine besondere Form der Strafprozeßordnung,

(Zustimmung bei F.D.P. und CDU)

an die zu gewöhnen Sie ebenso wie ich Schwierigkeiten hätten. Deswegen waren Sie vielleicht in Ihrem Plädoyer als Pflichtverteidiger für den Landeshaushalt so unwillig. Sie haben nur Schuldzuweisungen an andere vorgebracht. Der Finanzminister als Pflichtverteidiger bat um mildernde Umstände.

Lassen Sie mich feststellen: Wir sind der Meinung, daß die Landesregierung, in deren Amtszeit dieser Haushalt fällt und die es zu dieser katastrophalen Haushaltslage hat kommen lassen, für diesen Haushalt genauso verantwortlich ist, wie das jede andere Landesregierung für ihren Haushalt auch ist.

Ich stelle weiter fest, daß Sie den Bürgern in Nordrhein-Westfalen, von denen Sie ja, was Informationspflichten angeht, so viel halten, nicht die Wahrheit mitgeteilt haben. Jedenfalls haben Sie Ihren Brief, in dem Sie den Haushalt Nordrhein-Westfalens mit dem von Mexiko oder von Polen verglichen haben, erst nach dem 12. Mai geschrieben. Wir hätten es begrüßt, wenn Sie diesen Brief vor dem 12. Mai geschrieben hätten.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

- (B) Sie müssen sich genauso wie der Kanzlerkandidat der SPD entgegenhalten lassen: Spare in der Zeit, so hast du in der Not! An diesem sehr väterlichen Ratschlag, Herr Ministerpräsident, der Sie ja immer so väterlich tun, haben Sie sich jedenfalls nicht gehalten. Das heißt: Wir haben nicht genug gespart, wir haben nicht genug, um jetzt in der Not zu investieren.

Herr Kollege Biedenkopf hat ja meines Erachtens sehr nachdenklich stimmende und beherzigenswerte Worte zu der notwendigen Innovationskampagne, zu der notwendigen Erneuerungspolitik für dieses Land gefunden; denn eines, meine sehr verehrten Damen und Herren - und ich würde mich freuen, wenn wir darüber diskutierten -, ist doch Tatsache: daß uns die Südschiene davongezogen ist und daß wir nicht die notwendigen Mittel haben, die Nachteile, die wir gegenüber der Südschiene haben, jetzt durch eine entsprechende Innovations- und Technologiepolitik überzukompensieren. Ich sage bewußt: überzukompensieren; denn wir müssen mehr für die Zukunft tun als die anderen Länder. Was die Technologiemitel im Haushalt Baden-Württembergs angeht, so hat Herr Kollege Biedenkopf darauf hingewiesen.

(C) Ich fand das sehr bemerkenswert - und das ist ja in den letzten Tagen untergegangen -, was der frühere Bundeswirtschaftsminister Graf Lambsdorff zur Südschiene-Problematik, auch - ich sage es einmal bewußt - zu dem Fast-Wirtschaftskrieg gesagt hat, der hier zwischen der Südschiene Baden-Württemberg/Bayern und den nördlichen Ländern geführt wird. Aber ich kann mir nicht vorstellen, daß die anderen Bundesländer aufhören, die Vorteile, die sie haben, durch systematische Politik abzumildern, sondern sie werden natürlich die von ihnen inzwischen errungenen Wettbewerbsvorteile ausbauen - und da können Sie nicht mithalten. Da muß man dann eben über die Entwicklung der Energiepreise sprechen, die im Süden günstiger geworden sind als hier im Norden. Wir müssen uns also gemeinsam um eine neue Einordnung der Energiepolitik kümmern.

Wir haben Ibbenbüren, die anderen Länder haben gute Preise, zusammengesetzt aus Wasser, Kernenergie und Kohle. Ich verkenne ja gar nicht, daß die Landesregierung damals bei Ibbenbüren große Schwierigkeiten hatte, auf den 200-Milligramm-Grenzwert zu kommen. Wir müssen uns nur darauf einstellen, daß die anderen Bundesländer in der Lage sind, auch durch Veränderung der Lebensqualität - sprich: härtere Grenzwerte - Konkurrenz gegenüber Nordrhein-Westfalen zu machen, und natürlich tut das Herr Späth.

(D) Herr Farthmann hat eben einige Unternehmen in Nordrhein-Westfalen mit technologiehaltigen Produkten genannt. Natürlich gibt es die auch. Er hat die Zulieferindustrie zur Automobilindustrie im Süden genannt. Aber man muß doch sehen, daß das, was sich inzwischen im Süden angesiedelt hat - ich will nur einige Namen nennen: Bosch, Siemens, Mercedes, AEG, MBB, BMW -, auch Unternehmen der Hi-tec-Industrie sind, die die Möglichkeit haben, Tausende von Ingenieuren abzugeben, die wir für unser Land brauchen, die wir auch im Interesse einer guten Wissenschaftspolitik ausbilden. Man muß sehen, daß diese Unternehmen also auch die Möglichkeiten des Know-how für unser Land diktieren. Darauf kommt keine Antwort von Ihnen.

Man muß sich ebenfalls einmal vor Augen führen - wir haben das ja im Fall DEMAG/Gutehoffnungshütte gemerkt -, daß in Baden-Württemberg nicht nur verschiedene Landesbanken zu einer Großbank zusammengefaßt werden, sondern daß es dort auch große Versicherungskonzerne gibt - ich will nur einmal Allianz nennen -, die doch auch für ihre eigenen Länder, ihre eigenen Agglomerationsvorteile sorgen. Dann aber ist es wirk-

(Dr. Rohde (F.D.P.))

- (A) lich Zeit, für eine neue Innovationspolitik, eine neue Technologiepolitik in diesem Lande zu sorgen.

In diesem Zusammenhang, Herr Ministerpräsident, liegt meines Erachtens die Tragödie dieses Landes nicht nur in gewissen Mentalitätsunterschieden - die haben alle Landschaften, jede auf ihre Art -, sondern darin, daß wir hier in Nordrhein-Westfalen niemanden haben - Sie sind nicht derjenige -, der für diesen Erneuerungsprozeß steht, der für eine solche Innovationspolitik steht, an dem man technologischen Fortschritt festmachen kann, wie das in Bayern oder Baden-Württemberg feststellbar ist. Deswegen werden die Chancen, die dieses gute Land Nordrhein-Westfalen hat, nicht genutzt - ein Land, dem weder Brom nützt noch Chloroform, sondern das eine Vitaminspritze braucht; aber diese Vitaminspritze setzt auch nicht Herr Dr. Rau.

Der Finanzminister hat die Pflichten, die ein ordentlicher Kaufmann wahrzunehmen hat, nicht beachtet. Der muß nämlich seine Bilanzen nach dem Vorsichtsprinzip, nach dem Imparitätsprinzip, wie das so schön heißt, erstellen. Wenn er also seine Einnahmen einschätzt, muß er immer das Schlechteste annehmen. Das hat dieser Finanzminister nie getan. Er hat immer das Beste angenommen. Er hat sich immer auf das Beste eingestellt. Bei ihm war immer der Wunsch der Vater des Gedankens. Und deswegen hat er bei seinen Einnahmeschätzungen immer Lotto gespielt, allerdings kein Glück gehabt.

- (B) Kredit ist nichts weiter als übertriebener Optimismus. Richtig daran ist: Der Optimismus ist hier übertrieben worden. Ich denke, mit dem Wort "wenn" - wenn wir mehr Einnahmen hätten, wenn wir weniger Ausgaben hätten, wenn wir ein anderes Land wären - kann man vernünftige Finanzpolitik nicht machen.

Der Finanzminister ist soeben auf die unterschiedlichen Steuerschätzungen eingegangen, die natürlich nicht er vorgenommen hat; das ist klar. Dafür gab es das notwendige Sachverständigenremium. Aber niemand hat ihn dazu gezwungen, diese Schätzungen zu übernehmen und in seine Finanzplanung einzustellen. Daraus ergibt sich eben, daß sich der Finanzminister von Ende der 70er bis Anfang der 80er Jahre um über 60 Milliarden DM verschätzt hat. Das muß man einmal nachrechnen. O.k.! Inzwischen ist er vorsichtiger geworden. Zwischen 1980 und 1984 hat er sich nur um 2,5 Milliarden DM verschätzt, aber er hat sich eben verschätzt. Der Finanzminister dieses Landes, Herr

- (C) Posser, der ja immer einen ungewöhnlich ehrlichen Eindruck vermittelt,

(Zuruf von der SPD: Er ist auch ehrlich!)

wird jedenfalls als der Finanzminister der Kreditemächtigungspolster in die Geschichte eingehen, weil von Jahr zu Jahr uneingeschränkt nicht ausgeschöpfte Kreditemächtigungen übertragen worden sind. Damit hat er sich einen - ich nenne ihn einmal so - Johannesturm geschaffen, demgegenüber sich der Juliturm der Vergangenheit verhält wie der Düsseldorfer Schloßturm zum Kölner Dom, Herr Ministerpräsident.

(Beifall bei der F.D.P.)

Tatsache ist auch, daß die Mehrheit es mitgemacht hat, daß der Finanzminister ständig Ausgabenreste übertragen hat, zuletzt von 1983 auf 1984 in Höhe von 2,5 Milliarden DM. Es mußte erst der Landesrechnungshof kommen, um Sie dabei zu erwischen, wie Sie 10 Milliarden DM am Haushaltsbewilligungsrecht des Parlaments vorbei verschoben haben.

Was - Herr Kollege Farthmann hat das ja vor ein paar Tagen gesagt - die fehlende Einstellung von 300 Millionen DM für die Kohlehilfe angeht, so war dies bekannt. Jeder kennt doch die Dollarkurse. Ich habe den Eindruck, Sie haben diese 300 Millionen DM bewußt draußen gelassen, um für mildernde Umstände zu werben, indem Sie darauf hinweisen, daß die ganze Misere Nordrhein-Westfalens nur auf die Kohle zurückzuführen sei.

(Ministerpräsident Dr. Rau: Herr Rohde, darf ich dazu etwas sagen?)

- Bitte!

(Ministerpräsident Dr. Rau: Wir haben im Sommer den damaligen Kurs des Dollars genauso wie die Bundesregierung zugrunde gelegt!)

- Ihr Argument ist mir bekannt, wie der Bundeswirtschaftsminister, richtig.

(Ministerpräsident Dr. Rau: Wir müssen jetzt genauso korrigieren wie der Bundeswirtschaftsminister!)

- So ist es. Nur hätten Sie schon korrigieren können, bevor sie den Haushalt eingebracht haben; denn der Bundeswirtschaftsminister hat seinen Kurs schon vor vier Wochen korrigiert.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

(Dr. Rohde (F.D.P.))

- (A) Herr Ministerpräsident, Sie kommen immer mit unterschiedlichen Argumenten. Ich sage bewußt: unterschiedliche Argumente. Zum einen liegt die Misere des Landes an der Steuerschätzung von 1980; so die Begründung zum Haushalt 1984. Ein anderes Mal wollen Sie eine beschäftigungssichernde Finanzpolitik treiben. Einmal sagt man, man wolle ein höheres Bruttosozialprodukt, ein anderes Mal heißt es wieder, es brauche eine andere Qualität. Auf einmal werden die Kohle-Stahl-Subventionen entdeckt. Dann liegt es wieder an den Steuerentscheidungen des Bundes. Schließlich liegt es daran, daß Sie die Gemeinden zu stark entschuldet haben. Ich denke, zur Abwechslung sollten Sie - ebenso wie der Finanzminister - einmal ehrlich sein und sagen: "Wir haben uns geirrt." Das ist es, worauf wir warten. Irren ist menschlich. Aber tun Sie doch nicht so, als wenn Sie immer recht gehabt hätten! Wenn Sie sich an den Realitäten des Haushalts messen lassen, kann uns jeder Finanzminister und kann uns jeder Ministerpräsident gestohlen bleiben, der recht hat, aber das Land in Richtung Staatsbankrott führt.

(Beifall bei der F.D.P.)

Deswegen haben wir alle es sicherlich am eigenartigsten empfunden, daß Sie jetzt sagen, die Begründung für die schlechte Lage liege darin, daß es an Steuereinnahmen fehle. Ich denke, das sind doch Gelder, die den Bürgern zustehen, und über diese Gelder können Sie nicht verfügen. Darauf haben Sie keinen Anspruch.

(B)

Aber offenbar ist Ihnen, Herr Ministerpräsident, was die Vorlage der mittelfristigen Finanzplanung, der Finanzplanung überhaupt, angeht, die Hutschnur geplatzt. Denn in die Geschäftsordnung der Landesregierung wurde, von der Öffentlichkeit fast unbemerkt, eine neue Regelung aufgenommen, nämlich: Die Aufstellung der Finanzplanung erfolgt auf der Grundlage einer vorausgegangenen, laufenden wechselseitigen Abstimmung der Finanzplanung mit der Regierungsplanung zwischen dem Finanzminister und dem Ministerpräsidenten. Prima, sagen wir in Nordrhein-Westfalen. Aber was haben Sie eigentlich vorher gemacht? Ist dabei mit der Regierungsplanung nichts abgestimmt worden?

Der Finanzminister ist im Moment nicht anwesend.

(Frau Thoben (CDU): Er sucht Geld!  
- Heiterkeit bei der CDU)

- Er sucht Geld.

(Ministerpräsident Dr. Rau: Der Finanzminister ist da! Er führt nur gerade ein Gespräch dort oben!)

- Ich nehme das zurück. Verehrter Herr Finanzminister - er führt ein Gespräch oben auf der Tribüne -, Sie haben häufig recht gehabt. (C)

(Nagel (CDU): Er hat schon die Konsequenzen gezogen! - Heiterkeit - Zuruf von der CDU: Ich würde mich auch langsam dort oben hinsetzen!)

- Das war sehr gut, Sie konnten es nicht hören. - Aber, Herr Finanzminister, statt ständig interne Briefe zu schreiben, wäre es sicherlich besser gewesen, wenn Sie das Kabinett dazu gebracht hätten, daß es auf Sie hört. So haben Sie jedenfalls Ihren persönlichen Kredit immer dazu benutzt, den Eindruck zu erwecken, es sei alles in Ordnung. Ich glaube jedoch, in Ordnung ist nichts. Spare in der Zeit, so hast du in der Not! Sie haben nicht gespart; wir haben nun nicht genug in der Not.

Was es heißt, die Finanzplanung jetzt mit der Regierungsplanung abzustimmen, machen Sie vor, Herr Ministerpräsident, nämlich erstens: Einrichtung der Stelle eines Wahlkampfstaatssekretärs im Bundesratsministerium; zweitens: Stellenvermehrung für die Staatskanzlei; drittens: für die Kandidatendarstellung umfunktionierte Sachtitel - wir werden das ja sehen -, insbesondere im Bereich der Wirtschaftsförderung, vor allem im Ausland, Landespresseamt usw.

Wir werden jedenfalls den Landesrechnungshof sehr inständig bitten, alle diese Praktiken einmal zu überprüfen. (D)

(Henning (SPD): Sie haben es gerade nötig!)

Ich will auf zwei - wie ich denke - entscheidende Punkte kommen für die Entschuldigungsstrategie, die Sie fahren. Sie haben gesagt, das Land Nordrhein-Westfalen sei in die Miesen gekommen, weil es an der ausreichenden Solidarität der Mehrheit der anderen Bundesländer fehle. Warum sagen Sie eigentlich "Mehrheit" der anderen Bundesländer? Es gibt kein einziges Bundesland, das auf der Seite Nordrhein-Westfalens steht, nicht einmal die Genossen von Bremen oder an der Saar - die wollen nämlich auch mehr haben -, während die anderen, auch Hamburg und Hessen, Baden-Württemberg sowieso, nicht soviel zahlen wollen, wie sie das in der Vergangenheit getan haben.

Deswegen, Herr Finanzminister, muß man auch anmerken, daß jedenfalls der Finanzausgleich so gerecht ist, daß Nordrhein-Westfalen seit acht Jahren - mit Ausnahme des Jahres

(Dr. Rohde (F.D.P.))

- (A) 1980 - an andere Bundesländer überhaupt nichts mehr zahlt. Ich erwähne das Jahr 1980 deshalb, weil es ein Beweis für die unerschöpflichen Jonglierungskünste mit Argumenten ist, die die Landesregierung wirklich bis zur Perfektion beherrscht. Für 1980 schreibt jedenfalls die jetzige Staatssekretärin Heide Dörrhöfer am 6. September 1980 an die Pressereferenten als Argumentationshilfe für den damaligen Haushalt:

Wer sagt, das Land sei pleite, der muß sich fragen lassen, warum es denn eigentlich im Länderfinanzausgleich zahlungspflichtig ist.

Also, 1980/81 hat man sich der Tatsache gerühmt, hat man gesagt: Wir sind reich, wir haben keine Probleme. 1985 gilt das Umgekehrte, wird der Finanzausgleich beweint.

Aber da wir bei Zahlen sind, möchte ich doch einmal klarstellen, was seit Beginn der sozial-liberalen Koalition 1969 in Bonn denn in Wirklichkeit beim Länderfinanzausgleich gezahlt worden ist. Da hat Nordrhein-Westfalen am wenigsten gezahlt:

(Kuhl (F.D.P.): Hört, hört!)

von 1970 bis 1984 3,5 Milliarden DM, Hessen 5 Milliarden DM, also 1,5 Milliarden DM mehr, Hamburg 6,8 Milliarden DM, also fast das Doppelte von Nordrhein-Westfalen, und Baden-Württemberg fast 15 Milliarden DM, also das Vierfache von Nordrhein-Westfalen. Ich sage das nicht, weil wir Ihnen - und uns, uns gemeinsam - nicht wünschen würden, daß es einen besseren Länderfinanzausgleich gibt. Für den setzen wir uns ein, zuletzt noch bei unseren Kollegen auf der Fraktionsvorsitzendenkonferenz der F.D.P. Wir tun das auch in Bonn, soweit Bonn überhaupt Einfluß darauf hat. Aber glaubt denn jemand, die Geberländer, die ich soeben genannt habe - Hamburg, Hessen oder Baden-Württemberg -, empfinden diesen Länderfinanzausgleich als gerecht?

(Ministerpräsident Dr. Rau: Nein!)

Die haben doch auch geklagt, Herr Ministerpräsident, Herr Finanzminister. Sie müssen sich doch eingestehen, daß Sie erst 1983 geklagt haben. Offenbar haben Sie bis dahin den Finanzausgleich für so gerecht gehalten, daß Sie sich nicht dagegen gewehrt haben.

(Ministerpräsident Dr. Rau: Nein, ich habe drei Jahre vergeblich verhandelt.)

- Gut, Sie haben vergeblich verhandelt, aber Sie haben erst 1983 geklagt. - Und was Sie verschweigen: Sie tun immer so, als hätten

Sie Bonn verklagt. Bonn haben Sie überhaupt nicht verklagt, Sie haben nur das System des Länderfinanzausgleichs verklagt.

(Mayer (Düsseldorf) (SPD): Was soll das?)

- Das soll heißen, wer uns vormachen will, Herr Mayer, daß über neue Zahlen im Länderfinanzausgleich der Haushalt von Nordrhein-Westfalen auf eine wesentlich bessere Grundlage zu stellen sei, der irrt, der wiegt unser Land in Illusionen. Das ist überhaupt nicht zu machen. Alle Ministerpräsidenten haben diesem Land 330 Millionen DM angeboten. Ich kann mir nicht vorstellen, daß es dem Land Nordrhein-Westfalen gelingt, mehr herauszuholen.

Was die Förderabgabe angeht, mit der der Ministerpräsident auch ständig durch das Land zieht: Wenn die Förderabgabe zu 100 % - sie wird jetzt nur bis zu 50 % angesetzt - in den Länderfinanzausgleich eingebracht würde, würde das für das Jahr 1986 allenfalls 40 Millionen DM ausmachen. Das sind nun wirklich Peanuts angesichts der Probleme, mit denen wir im Lande Nordrhein-Westfalen zu tun haben.

Ausgerechnet der Finanzminister des Landes Nordrhein-Westfalen, der ja mit dem Innenminister zusammen beim Landesverfassungsgericht mit der Aufstockung II aufgelaufen ist, versucht, dieselbe Übernivellierungspolitik, mit der er an der Verfassung von Nordrhein-Westfalen gescheitert ist, jetzt dem Bundesverfassungsgericht schmackhaft zu machen, und glaubt, mit dieser Übernivellierungspolitik, mit der wir schon in Nordrhein-Westfalen gescheitert sind, könnten wir in Karlsruhe Erfolg haben. Das ist doch Kinderfersehen, was Sie da vorspielen. Damit kommt doch niemand zurecht. Das kann man doch den anderen Ländern nicht erzählen.

Herr Finanzminister, Sie wissen doch auch - Herr Innenminister, bei der Gelegenheit -: Wir haben es in Nordrhein-Westfalen auch nie geschafft, etwa einen Landeshauptstadtansatz zu finden oder einen Siegerlandansatz oder einen Abwanderungsansatz. Das heißt, daß der Länderfinanzausgleich doch in erster Linie Einnahmeausgleich ist. Er ist ja nicht einmal ein Bedarfsausgleich. Von daher haben Sie sich sagen lassen müssen, was die anderen Länder davon halten. Das, was Sie hier als erhöhten Bedarf betrachten, ist für die anderen Länder nur Folge erhöhter Ausgaben.

Wer mit einem geänderten Finanzausgleich, der in den Sternen steht, und mit einem Spruch des Bundesverfassungsgerichts Ein-

(C)

(D)

(Dr. Rohde (F.D.P.))

- (A) nahmepolitik für die nächsten Jahre machen will - Sie können es ja nur für die nächsten Jahre machen, denn es wird sicherlich nichts zurückgezahlt -, wer selbst in Nordrhein-Westfalen mit der Aufstockung II Schiffbruch erlitten hat, der macht, Herr Finanzminister, Lottogewinne zur Basis seiner Einnahmeplanungen.

(Beifall bei der F.D.P.)

Mit anderen Worten: Das Geschrei über ungeordneten Finanzausgleich gehört in die Trickkiste. Damit können Sie in Nordrhein-Westfalen arbeiten, aber nicht gegenüber den anderen Bundesländern und nicht gegenüber Bonn.

Dann kommt das schwerste Geschütz, das Sie nie müde werden aufzufahren, nämlich daß es an der Solidarität des Bundes gegenüber Nordrhein-Westfalen fehle, daß Bonn schuld sei an der Finanzmisere in Nordrhein-Westfalen. Das sagen Sie ja, Herr Finanzminister, Herr Innenminister, Herr Ministerpräsident, Herr Kollege Farthmann, um für den Wahlkampf ganz gezielt ein Argument aufzubauen, das hier ziehen soll.

(Dr. Farthmann (SPD): Wir dienen nur der Wahrheit!)

- Dann will ich einmal von der Wahrheit her zitieren. Wie gezielt das Feindbild aufgebaut wird, ergibt sich aus dem Schreiben des Chefs der Staatskanzlei, Dr. Leister, vom 30. August 1985 an die Kollegen Staatssekretäre. Überschrift: Betrifft "Leistung des Bundes für NRW" - ich zitiere:

(B)

Gegenstand der Untersuchung soll sein, ob und in welchem Umfang die Bundesregierung in verschiedenen Aufgabenbereichen Leistungen an NRW reduziert hat, während andere Bundesländer keine Einschränkungen erfahren oder sogar größere Leistungen in anderen Bereichen erhalten haben. Der Zielrichtung der Untersuchung entsprechend sind darüber hinaus auch solche Benachteiligungen aufzunehmen, die sich nicht im Landeshaushalt niedergeschlagen haben.

Also: Dieses Schreiben des Chefs der Staatskanzlei - das kann jeder nachlesen - macht deutlich, es geht Ihnen nicht um ein objektives Bild dessen, was Bonn geleistet hat oder was andere Länder bekommen haben. Ich sage, es ist eine Unverfrorenheit, die zur objektiven Arbeit verpflichtete Bürokratie zu mißbrauchen, einseitig Material gegen Bonn aufzustellen.

(Schauerte (CDU): Und dann geheimhalten!)

Deswegen, Herr Finanzminister, ist auch die These, Nordrhein-Westfalen verfüge nicht über eigene Einnahmen, falsch. Soll das heißen, daß Sie etwa jetzt ein neues Hebesatzrecht einführen wollen, oder gibt es jetzt neue Landessteuern, oder soll das Bundesgesetz, soll das Grundgesetz geändert werden? Ich kann mir nicht vorstellen,

(C)

(Tschoeltsch (F.D.P.): Farthmannsteuer!)

daß Ihre Freunde in Bonn bereit sind, auf ihr Steuerbewilligungsrecht zu verzichten.

Lassen Sie mich deswegen eines zu den Sonderleistungen des Bundes, zu den neuen Sonderleistungen von Bonn in Richtung Düsseldorf, die Sie ständig verschweigen, sagen. Diese sind in den letzten Jahren mit mindestens 65 Milliarden DM zu beziffern. Wenn Sie sich das vor Augen führen, sage ich Ihnen - und damit sollten Sie, Herr Posser, ins Land gehen -: Der Haushalt des Landes Nordrhein-Westfalen samt Nettokreditaufnahme und samt Zinszahlungen ist voll von Bonn bezahlt worden. Der gesamte Landeshaushalt von Düsseldorf ist von Bonn bezahlt worden. Das ist die Wahrheit, und mit dieser Wahrheit - wenn Sie ehrlich sind - sollten Sie einmal über Land gehen.

(Minister Dr. Posser: Dann bräuchten wir keine Kredite!)

Wenn Sie jetzt sagen, 30 Jahre lang habe Nordrhein-Westfalen insgesamt 11,2 Milliarden DM an die anderen Länder gezahlt, hat Ihnen der Bund das sechsmal zurückgezahlt. Wenn Sie den Zeitraum von 30 Jahren rechnen, kommen Sie auf eine Zahl, die bestimmt zwischen 60 und 70 Milliarden DM liegt.

(D)

Ich will Ihnen den Beweis dafür, daß Bonn den Landeshaushalt 1986 voll bezahlt hat, antreten. Da haben Sie keine müde Mark dazugetan. Ich nenne Ihnen die 43 Milliarden DM für die Kohle.

(Dr. Farthmann (SPD): Abenteuerlich!)

- Hören Sie einmal, Herr Farthmann, Sie sagen "abenteuerlich". Sie haben doch ständig gesagt, Sie hätten für die Kohle 21,5 Milliarden DM kreditfinanziert - abgesehen davon, daß wirklich nur 2,1 Milliarden DM kreditfinanziert und Schulden zurückgezahlt worden sind -: Wenn diese 21 1/2 Milliarden DM die Eindrittelrechnung darstellen und Bonn - niemand zweifelt ja daran - zwei Drittel bezahlt, dann sind zwei Drittel 43 Milliarden DM. Oder? - Vielen Dank!

(Beifall bei der F.D.P. - Dr. Farthmann (SPD): Das hat nichts mit dem Landeshaushalt zu tun!)

(Dr. Rohde (F.D.P.))

(A) Ich wollte nur sagen: 43 Milliarden DM hat Bonn gezahlt

(Dr. Farthmann (SPD): Rechnen Sie doch noch die Ausgaben für die Bundeswehr dazu!)

plus 1,2 Milliarden DM für Stahl

(Minister Dr. Posser und Minister Dr. Schnoor: Das kommt doch nicht aus dem Landeshaushalt!)

- ja, Sie rechnen doch immer alles zusammen! - plus Arbeitsindikator NRW bei der Gemeinschaftsaufgabe - das sind 100 Millionen DM - plus Sonderleistungen für den ÖPNV von 700 Millionen DM plus Lohnsummensteuerspitzenausgleich von 1,5 Milliarden DM plus Ruhrprogramm 1,5 Milliarden DM plus Kalkar 3,8 Milliarden DM plus THTR 2,3 Milliarden DM plus Kohle-Öl-Anlage Bottrop 100 Millionen DM plus Fernwärme, Straßen, S-Bahn, Wohnungsbau!

(Henning (SPD): Plus Regenwetter!)

So sehen Ihre Rechnungen aus, verehrter Herr Kollege Farthmann. Das müssen Sie nun einmal entgegennehmen, daß der gesamte Landeshaushalt von Bonn bezahlt worden ist.

(Minister Dr. Posser: Die Kredite haben wir aus Versehen aufgenommen!)

(B) - Die Kredite haben Sie nur in Höhe von 2,1 Milliarden DM aufgenommen. Es ist doch eine Lüge, was da ständig in dem Landesentwicklungsbericht steht. Da steht auf Seite 79 oder 80 - lesen Sie es doch nach -, diese Leistungen für die Kohle seien vom Land kreditfinanziert worden. Das stimmt doch einfach nicht! Das kann doch jeder nachprüfen. Reisen Sie doch nicht ständig damit über Land! Hören Sie doch auf mit Ihren Zahlenspielchen! Die stimmen doch zu 90 % nicht.

(Zustimmung bei der F.D.P. - Minister Dr. Posser schüttelt den Kopf.)

Ich erinnere mich noch an die Zeit, als hier in Nordrhein-Westfalen über die Kohle debattiert wurde. Jetzt gehen Sie hin und versuchen, Franz Meyers, einen wirklich großen Ministerpräsidenten, madig zu machen mit dem Satz - ich zitiere weiter aus dem Landesentwicklungsbericht -:

Obwohl die sektorale Wirtschaftspolitik alleinige Angelegenheit des Bundes ist, war bisher die Bundesregierung nicht bereit, Nordrhein-Westfalen von dieser Last zu befreien.

(Minister Dr. Schnoor: Richtig!)

(C) Ich glaube, Sie haben überhaupt keine Ahnung, von was Sie sprechen.

(Zustimmung bei der F.D.P.)

Sehen Sie sich doch einmal die Auswirkungen dessen, was an Subventionen nach Nordrhein-Westfalen hineinfließt, an. Ich meine, Ibbenbüren ist doch wirklich das beste Beispiel für die Kombination von Arbeitsplatz und Sozialpolitik.

Sie versuchen es jetzt so darzustellen, im Landesentwicklungsbericht tun Sie es ständig, der Kohle- und Stahlbereich habe nur 196 Millionen DM aufgebracht. Ich finde es sehr gefährlich, wie Sie versuchen, die Leistungen von Kohle und Stahl für das Land herunterzurechnen. Das ist eine gefährliche Rechnung, und sie stimmt nicht.

Schauen Sie sich doch einmal das RWI-Gutachten an, das besonderen Wert darauf gelegt hat - deshalb ist es im letzten Herbst erstellt worden -, einmal den volkswirtschaftlichen Nutzen von Subventionen zu beziffern. Auch Frau Thoben hat einmal die Zahl von 5 Milliarden DM Subventionen genannt. Das Gutachten weist nach, daß die 5 Milliarden Subventionen, die Bund, Land, wer auch immer, für die Kohle aufbringen, zurückgezahlt werden. Es ist nicht nur so, daß die Kohle und die von der Kohle abhängigen Branchen Nettozahler sind. 5 Milliarden DM werden eingesetzt, 9 Milliarden DM kommen zurück an Steuern, an Abgaben, an Gebühren. Von den Löhnen ganz zu schweigen, von der Sicherung der Arbeitsplätze ganz zu schweigen! Sie bestreiten das ja ständig. Herr Posser hat ja gesagt, 196 Millionen. Er macht da völlig falsche Rechnungen auf. Was die Gemeinschaft für Nordrhein-Westfalen, für die Kohle - 5 Milliarden DM - gegeben hat, das kommt in Höhe von 9 Milliarden DM zurück. Mit einem Aufschlag von 80 % kommt das zurück. Das ist eine Wahrheit, die Sie ebenfalls völlig verschweigen.

(D) Herr Finanzminister, wenn Sie dann sagen, wir brauchen einen Länderfinanzausgleich, glauben Sie denn, daß die anderen Bundesländer die Bundesergänzungszuweisungen in Höhe von 65 Milliarden DM nicht ebenso geltend machen werden wie die Kohlesubventionen, die mit 80 % Aufschlag zurückgezahlt werden? Natürlich werden sie das geltend machen. Also rechnen Sie uns doch nicht vor, es bedürfe nur eines neuen Länderfinanzausgleichs, es bedürfe nur der Einbeziehung der Kohlelasten von Nordrhein-Westfalen, und in Nordrhein-Westfalen würden paradiesische Zustände einkehren, der Haushalt des Landes komme in Ordnung.

(Dr. Rohde (F.D.P.))

- (A) Ich sage Ihnen noch eines: Sie sagen so leicht - das tun Sie ja in den letzten Tagen -, um die Finanzmisere nicht deutlich werden zu lassen, um einen Schuldigen zu haben, daß Sie aus der Finanzierung der Kohlevorrangpolitik aussteigen wollen. Daß Sie ständig Cassandra-Briefe geschrieben haben, um etwas für Ihr inneres Alibi zu tun, das nehme ich Ihnen nicht übel. Das ist Ihr eigenes Problem. Aber daß Sie jetzt sagen, wir wollen aus der Kohlevorrangpolitik aussteigen, was die Finanzierung angeht, das, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist doch sehr gefährlich. Das ist doch das, was Sie sagen.

Ja, Herr Posser, wenn Bonn alleine die Kohlevorrangpolitik des Landes zu bestimmen hätte, wenn die anderen Bundesländer die Kohlevorrangpolitik des Landes zu bestimmen hätten, sähe sie doch anders aus. Das wissen Sie selbst. Herr Biedenkopf hat Ihnen doch klargemacht, welche Opfer wir anderen Bürgern von Garmisch bis Kiel zumuten, um unsere Kohlevorrangpolitik zu tolerieren. Man braucht sich doch nur anzusehen, was zuletzt im Energie-Report Baden-Württemberg steht. Die sagen nämlich: Wir wollen die Kohlevorrangpolitik nicht so fortsetzen, weil die volkswirtschaftlichen Kosten zu groß sind; wir wollen eine andere Politik. Ein Kraftwerk - ich glaube, die Baden-Werke - sagt: Nur für unser Kraftwerk kostet die Kohlevorrangpolitik Nordrhein-Westfalens unsere Kunden 100 Millionen DM. Und: Wieso sollen denn eigentlich unsere Kunden zum parafiskalischen Instrument herabgewürdigt werden? - Das brauchen Sie nur nachzulesen!

(B)

Ich sage Ihnen: Der Weg, den Sie gegangen sind, die Kosten der Kohlevorrangpolitik auf die Länder und auf den Bund abzuwälzen, ist ein außerordentlich gefährlicher Weg. Wer die Hand nicht mehr darin hat, wer nicht mitzubestimmen hat, der braucht sich nicht zu wundern, wenn zum Schluß eine ganz andere Kohlevorrangpolitik gemacht wird.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Deswegen, Herr Finanzminister, wäre ich Ihnen sehr dankbar, wenn Sie zu den Argumenten, die sowohl Herr Biedenkopf als auch ich zur Kohlevorrangpolitik und zum Länderfinanzausgleich vorgetragen haben, Stellung nehmen würden, statt wider besseres Wissen den Weg zu gehen, als könnten über einen neuen Finanzausgleich und über ein neues Programm von Bundesergänzungszuweisungen die Probleme des Landes gelöst werden. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie hier sagen würden: Das ist ein falscher Weg.

(C) Sie haben die ganze Zeit über die Verantwortung für diesen Haushalt geredet. Deswegen muß man Ihnen sagen, daß Sie den finanziellen Handlungsspielraum, auf den Nordrhein-Westfalen in diesen Jahren wie kein anderes Land angewiesen ist, um gegenüber der Südschiene aufzuholen, verspielt haben, weil Sie durch Verteilung von Wohltaten die Gelder, die die Bürger dieses Landes aufgebracht haben, verplempert haben.

Deswegen sind Sie, auch der Ministerpräsident, auch das Kabinett, auch die SPD-Fraktion, Nordrhein-Westfalens Zukunftskiller Nummer Eins.

(Zustimmung bei F.D.P. und CDU)

Es gibt ein arabisches Sprichwort, das besagt: Wenn du der Eule folgst, darfst du dich nicht wundern, wenn du in den Ruinen landest. - Die Eulen im Lande Nordrhein-Westfalen heißen Posser und Rau.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Frau Vizepräsident Friebe: Meine Damen und Herren, ich danke Herrn Abg. Dr. Rohde und erteile das Wort Herrn Abg. Evertz von der Fraktion der CDU.

Evertz (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bin dem Kollegen Dr. Rohde sehr dankbar, daß er noch einmal versucht hat, durch die Herausstellung einer Reihe von Kernfragen unserer Landespolitik die SPD-Mehrheitsfraktion in diesem Hause und auch die Landesregierung zu veranlassen, zu den politischen Problemen des Landes Nordrhein-Westfalen Stellung zu nehmen.

(D)

(Zuruf von der SPD: Wir werden es noch erleben!)

Der Ministerpräsident unseres Landes sitzt dabei und schweigt. Er sitzt dabei und schweigt, genauso wie er in der Debatte des Deutschen Bundestages geschwiegen hat, wo man sich, ähnlich wie hier, mit seiner Politik auseinandergesetzt hat. Auch eine Fülle von Vorhaltungen, die dieses Parlament ihm macht, kann ihn nicht dazu bewegen, zu den Sachverhalten Stellung zu nehmen.

Wir haben sicherlich Verständnis dafür, daß er dies nicht mehr in dem bisherigen Umfang tut, wenn man sich die Überschriften ansieht, die in den letzten Tagen die Zeitungen bestimmen: "Jusos kritisieren unglaubliche Rolle von Rau", "Das strahlende Image ist angekratzt",

(Henning (SPD): Jusos beißen Hund!)

(Evertz (CDU))

- (A) "Rau - die Zweifler wachsen", "Jusos warnen Rau vor einem Horrorkabinett", "Dem Kandidaten Rau vergehen die Witze" und so weiter und so fort. Das macht deutlich, daß der strahlende Gewinner der Landtagswahl im Jahre 1985 in unserer Bundesrepublik Deutschland nicht mehr vorhanden ist.

(Zustimmung bei der CDU - Lachen bei der SPD)

Sie, meine Damen und Herren von der SPD, sollten einmal zur Kenntnis nehmen, daß es in der Bundesrepublik Deutschland noch keinen Politiker gegeben hat, dessen Popularität nach Angaben eines bedeutenden sozialwissenschaftlichen Instituts

(Henning (SPD): Noelle-Neumann - CDU!)

in drei Monaten so abgenommen hat wie das des Ministerpräsidenten von Nordrhein-Westfalen, nämlich von Zustimmungsgraden von 67 % auf unter 50 %.

(Dr. Farthmann (SPD): Wo sind denn Ihre Wahlergebnisse?)

Das macht deutlich, daß dieser Mann, der hier in der Rolle eines besonders glaubwürdigen Ministerpräsidenten unseres Bundeslandes angetreten ist, inzwischen selbst in den eigenen Reihen in eine sogenannte Glaubwürdigkeitslücke hineingekommen ist mit der Folge,

(B)

(Heidtmann (SPD): Das hätten Sie wohl gern!)

daß selbst Ihre eigenen Genossen diesem Mann nur noch sehr wenig von dem abnehmen, was er politisch nach außen vertritt.

Meine Damen und Herren, das ist deutlich geworden an seiner Ankündigung, er wolle als Bonner Regierungschef alle sozialen Kürzungen seines Vorgängers wieder zurücknehmen.

(Henning (SPD): Haben wir schon gehört!)

Das ist deutlich geworden, als er gesagt hat, er werde den Nato-Nachrüstungsbeschluß rückgängig machen, was immer an außenpolitischer Kompetenz eine solche Aussage beinhaltet. Das ist deutlich geworden an den Einlassungen, die ihm aus allen Teilen der SPD im Zusammenhang mit der Einweihung des Kraftwerks in Ibbenbüren entgegengehalten worden sind. Obwohl sein Umweltminister ihm geraten hatte, nicht dort hinzugehen, ist er trotzdem mangels Koordination dort hinge-

fahren und hat damit die größte Offenbarung eingeleitet, die die umweltpolitische Moral, die der Umweltminister dieses Landes für die SPD aufbauen will, durch das Auftreten und die Haltung des Ministerpräsidenten zerstört hat. (C)

Aber der Ministerpräsident ist weiter dabei, seine Glaubwürdigkeit zu beeinträchtigen und die Glaubwürdigkeitslücke zu vergrößern,

(Dr. Farthmann (SPD): Ist das zum Haushalt oder zum GFG?)

wenn man bedenkt, daß er es duldet, daß hier ein Haushalt vorgelegt wird, Herr Professor Farthmann, dessen Inhalt beispielsweise den Bediensteten der Polizei verdeutlicht: Obwohl ihr drei bis vier Millionen Überstunden im Jahr macht, sind wir nicht in der Lage, eine einzige neue Stelle für die Polizei zu bewilligen, sondern wir müssen abbauen.

(Schleußer (SPD): Ist das Ihr Sparvorschlag?)

Dem Justizvollzug wird gesagt: Trotz eurer katastrophalen Arbeitsbedingungen, die landesweit beklagt werden, werden wir keine zusätzlichen Stellen schaffen, sondern streichen.

(Schleußer (SPD): Noch ein Sparvorschlag!)

Er sagt den Hochschulen: Ihr könnt nichts mehr bekommen. - Aber der Ministerpräsident selbst, meine Damen und Herren, bewilligt sich in einer unerträglichen Art und Weise zusätzliche Planstellen für seine Staatskanzlei! (D)

(Zustimmung bei CDU und F.D.P.)

Wenn das, was Sie den Bürgern und auch den Mitarbeitern in der öffentlichen Verwaltung in Nordrhein-Westfalen zumuten, wirklich hausaltspolitisch begründet ist, ist es ein Schlag ins Gesicht dieser Leute, was Sie im Bereich der Staatskanzlei, im Bereich des Bundesratsministeriums und, wie ich gleich noch nachweisen werde, in bezug auf sonstige Titelgruppen im Bereich des Ministerpräsidenten zulassen, mit denen angeblich hohe Sachkosten ausgegeben, in Wirklichkeit aber Diplom-Soziologen und Diplom-Kaufleute bezahlt werden, die den Wahlkampfstab des Ministerpräsidenten anstelle der Bonner Baracke finanzieren. Das ist die Wirklichkeit, die hier im Lande Nordrhein-Westfalen in dieser Frage praktiziert wird.

(Zustimmung bei der CDU - Zuruf des Abg. Henning (SPD))

(Evertz (CDU))

- (A) Meine Damen und Herren, wir werden diesem Problem auf den Grund gehen. Wir werden deutlich machen, daß sich dieser Ministerpräsident an der Beantwortung der an ihn gestellten Fragen nicht vorbeidrücken kann. Und wir werden in Zukunft - das wird auch in der Öffentlichkeit immer deutlicher - auch nicht weiter zulassen, daß er den an ihn gestellten Fragen ausweicht.

In den letzten Wochen hat sich der schleswig-holsteinische Landesvorsitzende der SPD, Jansen, an die Öffentlichkeit gewandt und gesagt, man müsse sich jetzt mit einem in den Startlöchern befindlichen Kanzlerkandidaten beschäftigen, der die Grundvoraussetzungen für seine Nominierung eigentlich noch nicht erfüllt habe. Er hat formuliert, welche Erwartungen - so wörtlich - "die Nordlichter" an den Kanzlerkandidaten stellen. Dabei hat er ausgeführt:

Wir wollen erstens von ihm wissen, zu welchem Zeitpunkt er endlich die Schnellbrutreakorttechnologie beendet, wir wollen zweitens wissen, ob der Ministerpräsident auf die Inbetriebnahme und den Bau von Wiederaufbereitungsanlagen verzichtet, wir wollen drittens von ihm wissen, mit welchem Ablaufplan er den Ausstieg aus der Kernenergie einzuleiten gedenkt, und wir wollen viertens wissen, wie er zu einem generellen Tempolimit steht und was er in dieser Frage zu tun beabsichtigt.

- (B) Meine Damen und Herren, das, was Herr Rau darauf geantwortet hat, ist das Übliche, nämlich solche Fragen dürfe man ihm nicht stellen, und in der Art und Weise dürfe man mit einem Kanzlerkandidaten nicht umgehen. - Ein Ausweichen in der Sache, wie wir es hier in Nordrhein-Westfalen erlebt haben, wird diesem Kanzlerkandidaten in der Bundesrepublik Deutschland nicht gestattet. Die Entwicklung, die wir in den letzten Monaten beobachten, zeigt auf, daß wir es wahrscheinlich nicht mit einem Kanzlerkandidaten, sondern auf lange Sicht mit einem Kanzlerkandidaten-Kandidat zu tun haben.

In diesem Sinne, meine Damen von der SPD-Fraktion, möchte ich Sie bitten, die Lage kritisch zu betrachten und einen Teil der Forderungen, die Herr Rau Ihnen abverlangt, in der Weise zu behandeln, daß Sie auch einmal mit uns gemeinsam die Aufgabe der Kontrolle in diesem Parlament wahrnehmen

(Zuruf des Abg. Dr. Farthmann (SPD)  
- Weitere Zurufe von der SPD)

und verhindern, daß er sich im zunehmenden Maße der öffentlichen Mittel dieses Staates für

- die Finanzierung von Wahlkampfmaßnahmen der SPD bedient. (C)

(Beifall bei der CDU)

Frau Vizepräsident Friebe: Meine Damen und Herren, wir eröffnen jetzt die Runden zum Gemeindefinanzierungsgesetz.

Hier darf ich als erstem Redner Herrn Abg. Stump von der Fraktion der CDU das Wort erteilen.

Stump (CDU): Frau Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Herr Innenminister hat am vergangenen Mittwoch das Gemeindefinanzierungsgesetz 1986 eingebracht. Die Einbringungsrede, der wir nach monatelanger Diskussion über unsere Haushaltslage und den kommunalen Verbundsatz erwartungsvoll entgegengesehen haben, wurde zu einer großen Enttäuschung. Sie brachte nichts Neues, lediglich die Rechtfertigung für die verkorkste Finanzlage unseres Landes, stets verbunden mit dem Hinweis, der Bund sei an allem schuld.

Die Rede entsprach der stereotypen Argumentationsweise des Herrn Finanzministers und ebenso der Drohung des SPD-Fraktionsvorsitzenden, der, wie anlässlich der Aussprache über die Regierungserklärung gesagt, den Bund für jede Mindereinnahme anklagen will.

- Was wir heute hier gehört haben, war nichts anderes; es war ein Aufguß der Argumente der SPD-Fraktion, ohne daß sie den Anspruch erheben dürften, inhaltlich zu überzeugen. (D)

Diese Reaktionen, meine Damen und Herren, sind der Ausdruck sozialdemokratischer Hilflosigkeit als Folge einer gescheiterten Finanzpolitik im Land.

(Schleußer (SPD): Ach, ach!)

Diese Hilflosigkeit wird dadurch noch verdeutlicht, daß die Regierung offenbar nicht fähig ist, eine realistische Einschätzung und, Herr Finanzminister, eine seriöse Bewertung der kommunalen Finanzen vorzunehmen. Statt dessen greift die Regierung zu Rechen- und Zahlentricks, zu Verniedlichungen, zur Vernebelung, und das Ganze endet in einer Flickschusterei.

Die Regierung Rau ist offensichtlich, was die kommunale Finanzausstattung anbetrifft, mit ihrem Latein am Ende!

Meine Damen und Herren, die negative Finanzentwicklung der Gemeinden macht deutlich, daß sich der Ministerpräsident schon seit